

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



Haben wir eine Wahl? ab Seite 8

Interview:
Bewusste JungwählerInnen

Politikwissenschaftlerin Sylvia Kritzinger über das Wahlverhalten in Österreich

8

Aus AK und Gewerkschaften:
Anton Benya zum 100. Geburtstag

Der ehemalige ÖGB-Präsident, seine Zeit und die Einflüsse auf die Gegenwart 12-17

Schwerpunkt:
Manche sind gleicher

Immer öfter gerät die Wahlbeteiligung aus dem sozialen Gleichgewicht

26



8



18



28



36

Schwerpunkt:

Wir brauchen mehr Demokratie

18

Demokratie unter Kritik: „Ein Placebo für das Volk, in Wahrheit regieren Eliten im eigenen Interesse“, so die provokante These.

Was, kein Kreuz?

20

In Österreich ist es selbstverständlich: Das Kreuz auf dem Stimmzettel. Doch nicht überall, auch bei uns war das nicht immer so.

Einsatz mit Semmerl

22

Ein Überblick über den Wahltag von WahlhelferInnen und ihre demokratisch notwendige, triviale Tätigkeit im Wahlsprengel.

Big Player – nicht nur in Wahlzeiten

24

In Zeiten des Web 2.0 geht die Meinungsforschung neue Wege. Erstmals sind auch politische Trends in Echtzeit beobachtbar.

Sozial ungleiche Wahlbeteiligung

26

Je mehr Einkommen und Bildung Menschen haben, desto eher nutzen sie ihre demokratischen Rechte.

Klein(st)parteien-Party

28

Neue Parteien bei der Nationalratswahl 2013. Stronach, Piraten, Christen und Männer wollen frischen Wind in Politik bringen.

Keimzelle betrieblicher Demokratie

30

Eine Initiative der Gewerkschaft GPA-djp hebt die besonderen Stärken von Betriebsratskörperschaften hervor.

Gefährliche Elektrowahl

32

Vorteile durch E-Voting bei Betriebsratswahlen? Bedenken, die über Probleme bei allgemeinen Wahlen hinausgehen.

Alternative Mehrheitswahlrecht?

34

In Großbritannien und auch in Kanada gibt es mittlerweile starke Bewegungen für die Änderung der jeweiligen Wahlsysteme.

Fast „FORWARD“?

36

Was die amerikanische Präsidentenwahl für ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaftsbewegung bedeuten könnte.

Beobachtungen eines Beobachters

38

Das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Republik Moldau war kein Wahlwunder – Erlebnisse rund um eine zweifelhafte Wahl.

Der freie Wille und die Wahl 40
Die Verwunderung über so manche (auch politische) Einstellung und ein Erklärungsversuch dazu.

Interview:

Wahlvolk ist nicht so manipulierbar 8
Sylvia Kritzinger über das Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen, das sie wissenschaftlich untersucht.

Aus AK und Gewerkschaften:

Der Vertrauensmann 12
Am 8. Oktober wäre Anton Benya 100 Jahre alt geworden. Artikel-
auszug aus dem Buch „Anton Benya. Der Vertrauensmann“.

„Goldene Sechziger- und Siebzigerjahre“? 14
Ein Rückblick auf die große Ära des langjährigen ÖGB-Präsi-
denten Anton Benya.

Benya-Formel für Europa 16
Die „Benya-Formel“ stellt seit Jahrzehnten die Leitlinie für die
Lohnpolitik der österreichischen Gewerkschaften dar.

Bad Ischler Dialog 2012: „Zukunft Europa“ 44

Standards:

Standpunkt: Die Qual der Wahl 4

Veranstaltung: Die Integrationslüge 5

Aus AK & Gewerkschaften 6/7

Historie: Generalstreik für Demokratie 11

Zahlen, Daten, Fakten 42

Man kann nicht alles wissen 46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Wahltag ist Zahltag

Redaktion intern

„Die österreichischen Jugendlichen gehen zwar seltener zur Wahl, als Personen über 30, auf der anderen Seite sind sie politisch sehr interessiert. Sie wissen ganz genau, welche Partei am besten zu ihnen und ihren Interessen passt“, erklärt Sylvia Kritzinger, Projektleiterin von AUTNES, der akademischen Wahlforschung in Österreich, im Interview mit der „A&W“ 10/2012.

Angesichts des Wahljahrs 2013 lautet unser Schwerpunktthema „Haben wir eine Wahl?“ Doch bevor es in der aktuellen A&W darum geht, verneigen wir uns

noch vor Einem, der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, der Sozialpartnerschaft und der 2. Republik eine wichtige Rolle gespielt hat – immer wieder gewählt: Anton Benya, der „Präsident“, der am 8. Oktober seinen 100. Geburtstag gehabt hätte (S. 12–17).

Wir sehen uns an, wieviel Demokratie wir brauchen (S. 18), wie das Kreuz auf den Stimmzettel kam (S. 22) und was sich an einem Wahltag in Wien tut (S. 22). Neben Meinungsforschung (S. 24), der Wahl der Reichen (S. 26) und Kleinstparteien (S. 28) ist uns selbstverständlich


das Thema Betriebsratswahl ein besonderes Anliegen (S. 30–33).

Nach einem Blick ins Ausland aufs Mehrheitswahlrecht (S. 34), den US-Wahlkampf (S. 36) und die Republik Moldau (S. 38) kehren wir zum Thema Sozialpartnerschaft zurück (S. 44).

Sie finden die A&W übrigens auch auf Facebook oder auf unserer Homepage: www.arbeit-wirtschaft.at.

Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee



Katharina Klee
Chefredakteurin

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Die Qual der Wahl

Endlich wahlberechtigt! Meine erste Wahl war die Tiroler Landtagswahl 1984. Wählen hatte etwas Feierliches bei uns daheim, erinnere ich mich. Wir zogen uns „schön an“ und gaben unsere Stimme ab. Mein Vater nahm die damals bestehende Wahlpflicht ernst und ich war froh, endlich mitreden zu können, wenn es um meine Welt, meine Zukunft ging. Zu Hause diskutierten wir kontroversiell, aber auch sehr fair über Politik. Dass meine Stimme damals „nichts“ bewirkt hat, enttäuschte mich ein wenig.

Recht oder Pflicht?

In den folgenden Jahren waren Wahlsonntage für mich ein willkommener Grund aus Wien nach Hause zu fahren. Ich wählte vor allem gegen Haider und die FPÖ. Später, als Journalistin, waren Wahltage vor allem Großkampftage mit Live-Einstiegen, Hochrechnungen und Zusammenfassungen. Da „vergaß“ ich schon mal meine Stimme abzugeben, weil der Sonntag schön war oder verregnet, der Abend zu lang, das mit der Wahlkarte zu kompliziert etc. Heute schäme ich mich ein wenig dafür, dass ich einige Male auf ein Recht verzichtet habe, für das seit Jahrhunderten Männer und Frauen kämpfen und sterben. Bis heute. Allein das verwandelt für mich das Wahlrecht in eine Wahlpflicht.

Verwunderlich erscheint mir, dass trotz der in den vergangenen Jahren stetig sinkenden Wahlbeteiligung diverse Parteien und Gruppierungen nach mehr direkter Demokratie schreien. Das Internet soll die Demokratie gar verflüssigen, meinen die Piraten, und auch Onkel Franks Team kann sich einen Wahlentscheid per Mausclick vorstellen. Mit einer Online-Umfrage will das Stronach-Institut erkunden, wie die Demokratie 2.0 bei den WählerInnen ankommt. Da liest man von Werkzeugen für „direktere Mitarbeit und Mitbestimmung“ – und das von einem, der sich immer gegen Betriebsräte in seinen Unternehmen gewehrt hat. Dabei beginnen Mitarbeit und Mitbestimmung in der Schule und im Betrieb.

Die viel beschworene Internet-Demokratie mit E-Voting und Basisnähe würde allerdings einen beunruhigenden Trend nur verstärken. Immer öfter sind es die Ressourcen-Starken, die Wohlhabenden und Gebildeten, die zu den Wahlen gehen und demokratische Werkzeuge nützen. Einkommensschwächere und bildungsfernere Schichten hingegen gehen oft nicht einmal mehr zur Wahl, frustriert haben sie resigniert und fühlen sich von „denen da oben“ verkauft. Daran würde auch die „liquid democracy“ nichts ändern. Wo E-Voting bisher getestet und eingeführt wurde, brachte es

keinen nennenswerten Zuwachs in der Wahlbeteiligung.

Ausgenommen alle andere...

Kein Wunder in Zeiten, für die der Politikwissenschaftler Colin Crouch das Schlagwort von der Postdemokratie geprägt hat, „einem Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt.“

Kommt Ihnen das Szenario bekannt vor? Überlassen wir unsere Demokratie, getragen vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht, nicht dem von Crouch diagnostizierten stetig wachsenden „Einfluss privilegierter Eliten“, sondern kämpfen wir für ihr Überleben, indem wir sie leben. Geben wir dieses kostbare Gut unseren Kindern weiter, ermuntern wir sie teilzuhaben, schon in der Schule als KlassensprecherInnen, im Jugendvertrauensrat und im Betriebsrat. Unterschreiben wir für unsere Anliegen, gehen wir dafür auf die Straße und verzichten wir nicht auf unser Wahlrecht. Die Demokratie ist es wert, denn wie meinte schon Churchill: „Sie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“

Die Integrationslüge

Am Donnerstag, dem 27. September 2012, fand in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags die Präsentation des Buches „Die Integrationslüge“ von Martin Schenk und Eva Maria Bachinger statt.

In der ÖGB-Fachbuchhandlung gab es eine spannende Diskussion mit den AutorInnen Martin Schenk und Eva Maria Bachinger sowie Bernhard Achitz (Leitender Sekretär im ÖGB) und Olivera Stajic (Ressortleiterin dastandard.at) zum Buch „Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung“.

Kaum eine Frage wird so emotional und unsachlich debattiert wie jene der Integration von „Menschen mit Migrationshintergrund“. Die AutorInnen zeigen in

ihrem fundierten und provokanten Buch: Integration ist eine Frage der sozialen Rangordnung und das wichtigste Merkmal zur Unterscheidung von Menschen ist Geld. Doch statt über Bildung, Arbeitsmarkt oder Aufstiegschancen diskutieren wir über kulturelle Eigenheiten und Religionszugehörigkeit.

Die AutoreInnen liefern Reportagen aus dem Alltag von Menschen, die nach Berlin, Zürich oder Wien gekommen sind und sich weniger mit kulturellen als mit sozialen Problemen konfrontiert sehen.

BUCHTIPP

Eva M. Bachinger/
Martin Schenk
Die Integrationslüge
Deuticke im Zsolnay Verlag,
2012, 206 Seiten, € 18,40
ISBN 978-3-5520-6185-9



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



Bereits im Frühjahr ist das Buch „Die Integrationslüge“ erschienen. Eine der wichtigsten Thesen darin: Wir sprechen über Kulturen, wo wir über Menschenrechte sprechen sollten.



A&W-Chefredakteurin Katharina Klee moderierte die Diskussion mit dem Autorenduo, dem Sozialexperten der Diakonie Martin Schenk und der Journalistin Eva Maria Bachinger.



Bildung ist ein Schlüsselfaktor bei der Integration. Dazu braucht es Vereinfachungen bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, forderte Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.



„Ich persönlich bin nie diskriminiert worden“, betonte Olivera Stajic, Ressortleiterin der Onlineplattform dastandard.at, die die Tageszeitung für Menschen mit Migrationshintergrund eingerichtet hat.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw. Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw. Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793
Dw. E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer,
Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig,
Richard Halwax, Katharina Klee (Chefredakteurin), Georg Kovarik,
Barbara Lavaud, Sylvia Ledwinka, Sabine Letz, Pia Lichtblau,
Florian Kräftner, Markus Marterbauer, Klaus-Dieter Mulley,
Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Alexander Schneider,
Georg Sever, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser,
Gabriele Zgubic, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Eva Angerer,
Martin Bolkovac, Astrid Fadler, Sonja Fercher, Sophia
Fielhauer-Resei, Erich Foglar, Daniel Flamme, Martin Haiden,
Nani Kauer, Harald Kolerus, Florian Kräftner, Michael Mazohl,
Willi Mermly, Stefan Moritz, Klaus-Dieter Mulley, Brigitte Pellar,
Elke Radhuber, Christian Resei, Marcus Strohmeier, Paul Sturm,
Valentin Wedl, Christian Zickbauer, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw. E-Mail: Renate.Wimmer@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-
Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.
stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

AK:

AK-Tipps – Schlau einkaufen

ÖsterreicherInnen geben immer mehr für Essen aus.

ÖsterreicherInnen müssen immer mehr fürs Essen ausgeben. In vielen Preisen ist ein nicht erklärbarer Österreich-Aufschlag enthalten. Die Verbraucherpreise sind in Österreich 2011 um 3,6 Prozent angestiegen, in Deutschland um 2,5 Prozent. Die AK-KonsumentenschützerInnen haben ein paar Einkaufstipps für Sie zusammengestellt.

» Achtung, was als „Sonderangebot“ daherkommt, zahlt sich nicht immer aus: Aktionen wie „1 + 1 gratis“ zum Beispiel bringen Ihnen nur etwas, wenn Sie das Produkt sowieso regelmäßig nachkaufen oder wenn es länger haltbar ist.

» Wer sparen will, muss in die Knie gehen: Im Regal sind die Produkte unten meistens billiger. Manchmal kann es auch sein, dass Waren in der Blickrichtung von links nach rechts teurer werden.

» Kundenkarten: Überlegen Sie gut, ob die Vergünstigungen dafür stehen, Ihre Daten preiszugeben. Schauen Sie genau, an wen die Daten weitergegeben werden. Lesen Sie das Kleingedruckte!

» Vergleichen Sie Grundpreise. Packungsgrößen sind oft unterschiedlich.

» Achtung beim Ratenkauf: „Heute kaufen, später zahlen.“ Ratenkäufe zählen zu den teuersten Krediten.

Kennen Sie Ihre Ausgaben und Einnahmen? Mit dem AK-Haushaltsbudgetrechner können Sie ausrechnen, was Ihnen an Geld übrig bleibt.

haushaltsbudget.arbeiterkammer.at

Mit dem AK-Supermarkt schaffen Sie sich einen Überblick:

tinyurl.com/8zpm5p

GPA-djp:

Allzeit bereit: Wie uns Arbeit stresst

Testen Sie Ihr eigenes Arbeitsverhalten!

Die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen immer stärker: Entgrenzte Arbeit ist längst kein Phänomen des gehobenen Managements mehr, sondern hat bereits die breite Masse der ArbeitnehmerInnen erfasst. Die Fakten: laut einer deutschen Studie sind 88 Prozent der ArbeitnehmerInnen auch außerhalb ihrer Arbeitszeit für Kundinnen/Kunden, Kolleginnen/Kollegen und Vorgesetzte erreichbar. Vor zwei Jahren waren es noch 73 Prozent – ein Plus von 15 Prozent! Knapp ein Drittel, nämlich 29 Prozent der Beschäftigten, ist jederzeit erreichbar. Jeder Zweite gibt an, selbst im Urlaub täglich zu arbeiten. Lediglich 15 Prozent sind nur in Ausnahmefällen erreichbar. In der Praxis lösen sich die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit meist schleichend auf. Die Mitarbei-

terInnen engagieren sich, nutzen die moderne Technik, zeigen Einsatz – und sind dann irgendwann ausgelaugt von der ständigen Einsatzbereitschaft.

Wie steht es um Ihre Freizeit? Testen Sie Ihr eigenes Arbeitsverhalten! Arbeiten Sie entgrenzt? Zum Test: Auch All-in-Verträge, Überstundenregelungen und Konkurrenzdruck unter den Beschäftigten verleiten zur Verlagerung der Arbeitszeit in die Freizeit hinein. Abgrenzen kann man sich am besten durch klare, auch individuell ausgemachte Vereinbarungen mit dem Dienstgeber, zu welchen Zeiten Mailbox und Posteingang abgerufen werden müssen und wie rasch auf elektronische Post reagiert werden sollte.

Lesen Sie mehr unter:

www.kompetenz-online.at

GPA-djp:

Empörung über Aufkündigung des Journalisten-KV

Journalistengewerkschaft startet Internet-Unterstützungsaktion.

„Die Aufkündigung des Kollektivvertrages für journalistische MitarbeiterInnen bei Tages- und Wochenzeitungen durch den Verband der Österreichischen Zeitungen (VÖZ) just im Zuge der Terminkoordination für die nächste Verhandlungsrunde ist ein völlig unangebrachter Eskalationsschritt“, erklärt der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) Franz C. Bauer. „Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp fordert die Arbeitgeber auf, diesen Schritt im Sinne weiterer vertrauensvoller Gespräche zu überdenken. Offenbar geht es den Arbeitgebern doch um eine dramatische Verschlechterung bei den Einkommen und Rahmenbedingungen, auch wenn man öffentlich Gegenteiliges beteuert.“ Die GPA-djp

tritt auch der durch die ArbeitgeberInnen vertretenen Ansicht entgegen, durch die Kündigung entstehe ein völlig rechtsfreier Raum bei der Vertragsgestaltung. „Nur zur Klarstellung: Es gilt in solchen Fällen immerhin noch das ortsübliche Entgelt und das ist immer noch das im Kollektivvertrag festgelegte Entgelt“, so Karl Proyer, GPA-djp.

Trotz dieser Provokation durch die ArbeitgeberInnen, steht die Gewerkschaft weiterhin für konstruktive Verhandlungen im Sinne einer nachhaltigen Lösung für die Branche zur Verfügung und hält die vereinbarten Verhandlungstermine aufrecht. In einem offenen Brief wendet sich die Journalistengewerkschaft an alle JournalistInnen in Österreich und kritisiert die Vorgangsweise des VÖZ scharf. Auf die

Kündigung des Journalisten-KV durch den Verband Österreichischer Zeitungen reagieren das Präsidium der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp und die BetriebsrätInnen-Konferenz mit dem einstimmigen Beschluss, Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik einzuleiten. Der Antrag auf Freigabe wird umgehend vom GPA-djp-Präsidium an den ÖGB-Vorstand übermittelt. Die Gewerkschaft will damit verhindern, dass mit 1. Jänner 2013 ein vertragsloser Zustand entsteht, der für die JournalistInnen in den einzelnen Unternehmen im schlechtesten Fall nachteilige Arbeitsbedingungen bis hin zu finanziellen Einschränkungen bedeuten könnte.

Zur Unterstützungserklärung im Internet:

tinyurl.com/927yvle

ÖGB:

Wer mehr fordert, wird besser bezahlt

Equal Pay Day: Frauen bleiben heuer für 87 Tage „unbezahlt“.

Manche Unternehmen machen es sich leicht: Andrea S. wollte für einen Job als Grafikerin ein deutlich geringeres Monatsgehalt als ein männlicher Bewerber. Beide wurden eingestellt, beide erhielten ihr Wunscheinkommen. Frau S. verdient daher trotz gleichwertiger Tätigkeiten monatlich um 700 Euro weniger als ihr Kollege. Das ist unzulässig, entschied der Oberste Gerichtshof bereits vor einigen Jahren. Es gilt daher: Unterschiedliche Gehaltsvorstellungen dürfen nicht zu ungleicher Bezahlung führen.

Fehlende Informationen und bescheidene Entgeltforderungen tragen dennoch dazu bei, dass Frauen oft nicht ihrer Qualifikation entsprechend bezahlt werden. Manchmal liegt es auch daran, dass Frauen – bewusst oder unbewusst – anders als Männer behandelt werden. „Unsere Erfahrungen zeigen, dass Frauen oft geringere Zulagen als Männer erhalten“, sagt Brigitte

Ruprecht, ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende. Nicht nur das erweist sich oft als „Einkommensfalle“. Frauen „verlieren“ Geld durch die Babypause, durch Teilzeitarbeit und haben allgemein geringere Karrierechancen.

Für 87 Tage „unbezahlt“: Im Ganzen verdienen Frauen in Österreich für die gleiche Arbeit durchschnittlich 23,7 Prozent weniger als Männer – das ist einer der schlechtesten Werte in der EU. In Tagen gerechnet bedeutet der Einkommensunterschied, dass Männer am 6. Oktober (Equal Pay Day) bereits jenes Einkommen erreicht haben, wofür Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Statistisch gesehen bleiben 87 Tage des Jahres für Frauen „unbezahlt“.

Richtig verhandeln: Damit Frauen bereits vor Gehaltsverhandlungen wissen, was sie zumindest erwarten können, haben die ÖGB-Frauen im vergan-

genen Jahr die Angabe des Mindesteinkommens in Jobinseraten durchgesetzt. „Damit gibt es für Frauen eine Hürde weniger, wenn es darum geht, gleich gut wie Männer bezahlt zu werden“, sagt Ruprecht.

Das ausgeschriebene Einkommen dient aber nur zur Orientierung: Sonderzahlungen müssen im Inserat nicht angegeben werden. Daher gilt nach wie vor: Wer richtig verhandelt, wird besser bezahlt.

Wenn das gewünschte Einkommen aber nicht von Beginn an durchgesetzt werden kann, gibt es die Möglichkeit, Neuverhandlungen nach einer festgelegten Probezeit zu vereinbaren. Vorab am besten beim Betriebsrat darüber informieren, welches Einkommen im Unternehmen üblich ist.

Weitere Tipps zu Einkommensverhandlungen unter „Downloads“:

tinyurl.com/9mfhqaz



Wahlvolk ist nicht so manipulierbar

Sylvia Kritzinger ist Leiterin der akademischen Wahlstudie AUTNES, die das Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen wissenschaftlich untersucht.

ZUR PERSON

Univ.-Prof. Mag. Dr. Sylvia Kritzinger



Geboren 1974 in Bozen, Italien
Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien
1997–1999 Hochschullehrgang für Markt- und Meinungsforschung, Universität Wien

1998 Magisterium

1998–2000 Postgraduate-Scholarin am Institut für Höhere Studien, Wien, Abteilung Politikwissenschaft

1998–2002 Doktoratsstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien, Dissertation zum Thema „Die Legitimität und Bewertung der Europäischen Union in Italien: politische und ökonomische Faktoren“

2000 Studienassistentin am Institut für Staatswissenschaften, Universität Wien

2000 TMR-Kandidatin des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), Abteilung „Institutionen und Sozialer Wandel“

2001–2002 TMR-Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Trinity College Dublin, Abteilung Politikwissenschaft

2002–2003 Lehrbeauftragte (Lecturer) ebenda

2003–2007 Assistenzprofessorin am Institut für Höhere Studien, Abteilung Politikwissenschaft

2004 Experte für das Belgische Föderale Forschungspolitikkbüro für die Ex-post-Evaluierungen von Forschungsberichten

2004 Gastprofessorin an der Donauuniversität Krems

2004–2005 Generalsekretärin der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft

2005–2006 Lehrbeauftragte am Institut für Staatswissenschaften, Universität Wien

2006–2012 Vorstandsmitglied des Programms „Quantitative Methoden der Sozialwissenschaft (QMSS I und II)“ der European Science Foundation

seit September 2007 Professur für Methoden der Sozialwissenschaft am Fakultätszentrum für Methoden der Sozialwissenschaft, Universität Wien

Arbeit&Wirtschaft: Frau Univ.-Prof. Dr. Sylvia Kritzinger, Sie sind Projektleiterin bei der nationalen Wahlstudie AUTNES – was ist das?

Sylvia Kritzinger: AUTNES ist die Abkürzung für Austrian National Election Study und das ist die erste akademische Wahlstudie zu den österreichischen Nationalratswahlen. Das Projekt wird im Rahmen der Exzellenzinitiative Nationales Forschungsnetzwerk vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) in Österreich gefördert.

Unser Bestreben ist es, verschiedene theoretische Modelle und Indikatoren, die sich in der internationalen Wahlforschung etabliert haben, auch in Österreich zu untersuchen. Wir haben den Anspruch, einerseits höchsten wissenschaftlichen Standards zu entsprechen und diese auch weiterzuentwickeln, um international einen Beitrag zur Forschung zu liefern, andererseits Aussagen über Österreich und das österreichische Wahlverhalten bei den Nationalratswahlen zu machen – auf akademischer Ebene, komplett unabhängig, also nicht im Auftrag politischer Parteien.

Diese Art Wahlstudie ist neu für Österreich?

Akademische Wahlstudien haben in anderen Ländern eine sehr lange Tradition. In Schweden und Großbritannien gibt es sie z. B. seit den 1950ern bzw. 1960ern. Seit den 1980er-Jahren gibt es solche Studien in allen westeuropäischen Demokratien und selbst bei den neuen Demokratien wurde in den 1990er-Jahren darauf

geachtet, akademische Wahlstudien einzuführen. Als wir 2009 starteten, waren wir neben Griechenland die einzige westeuropäische Demokratie ohne nationale akademische Wahlstudie. Wahlanalysen wurden vorher sehr stark von Parteien-seite betrieben. Es hat aber auch mit den Veränderungen an den Universitäten zu tun. Erst jetzt hat man die Methoden, die diese Forschung überhaupt erst möglich machen, an den Unis verankert.

Was genau ist akademische Wahlforschung?

Die akademische Wahlforschung geht davon aus, dass Wahlen sehr komplexe Systeme sind, in denen jede Menge an Faktoren, Indikatoren und Variablen Wahlentscheidungen beeinflussen.

Da gibt es viele Theorien, die alle seit den 1940er-Jahren hauptsächlich in den USA weiterentwickelt worden sind, die dann auch mit den empirischen Daten in Österreich getestet werden. Es geht nicht darum, wer die Wahlen gewinnt, wer sie verliert. Uns geht es darum, zu erklären, wieso die Leute zur Wahl gegangen sind und wieso nicht. Oder auch, wieso wer was gewählt hat.

Im Rahmen der Meinungsforschung geht es vor allem darum: Wer wählt am Wahltag welche Partei, was muss diese im Wahlkampf noch tun, damit ihr Wahlergebnis besser aussieht als aktuell? Die Medien wollen das Publikum informieren – Wahlen sind natürlich spannende News und dementsprechend machen sich Umfragen auch sehr gut.

Aber uns geht es nicht darum, zu sagen, diese Partei ist zwei Prozentpunkte

Die österreichischen Jugendlichen gehen zwar seltener zur Wahl, als Personen über 30, auf der anderen Seite sind sie politisch sehr interessiert. Sie wissen ganz genau, welche Partei am besten zu ihnen und ihren Interessen passt.



vor der anderen und die haben aufgeholt um 1,5 Prozent, sondern: Warum wählt man diejenigen, die man wählt bzw. welche Veränderungen gibt es dabei während des Wahlkampfes und worauf sind diese Veränderungen zurückzuführen? Hat es etwas damit zu tun, wie die Parteien kommunizieren? Oder wie die Medien kommunizieren? Hat es damit zu tun, in welchem persönlichen Umfeld man gerade ist, was Familie, Freunde gesagt haben oder ob man in Kontakt mit Parteien, PolitikerInnen, MitarbeiterInnen gekommen bin und, und, und. Es geht uns da um mehr, als wer gewinnen wird und wieviel Männer und wieviel Frauen gewählt haben.

Nämlich?

Wir befragen WählerInnen, und zwar österreichweit und ab dem Alter von 16 Jahren, weil ja „Wählen ab 16“ eine österreichische Besonderheit ist. Wir befragen sie vor der Wahl, während des Wahlkampfes und nach der Wahl, damit wir eventuelle Unterschiede und Entwicklungen feststellen können. Wir analysieren Parteikommunikation, wir analysieren Wahlprogramme, Aussagen in den Medien, Webauftritte etc. Wir analysieren aber auch die Medien selbst. Wie berichten sie über den Wahlkampf? Und wir schauen uns genau an, welche Person konsumiert welches Medium und mit welchen Informationen kommt sie in Kontakt, um eben Aussagen darüber machen zu können, wieso er oder sie die Meinung im Vorfeld der Wahl eventuell geändert hat und eine andere Wahlentscheidung getroffen hat.

Und Social Media?

Bei der Nationalratswahl 2013 werden wir uns zum ersten Mal auch das Web 2.0 ansehen. Das wird immer wichtiger, auch in Österreich, weil wir eben die wahlberechtigten 16-Jährigen und 17-Jährigen haben. Vor allem JungwählerInnen sind in diesen Foren aktiv. Uns interessiert dabei, ob die sich die politischen Informationen hauptsächlich aus diesem Bereich der Kommunikation holen. Wir wissen ja, dass Parteibindung und Parteimitgliedschaft stark im Sinken begriffen sind. Aber das heißt eben nicht, dass die Menschen nicht trotzdem politisch sind. Vielleicht wurden dazu bisher die falschen Fragen gestellt.

Welche Ergebnisse brachte AUTNES bisher?

Was wir uns sehr detailliert angesehen haben, weil Österreich in diesem Bereich eben sehr außergewöhnlich ist, ist das Wahlverhalten bzw. die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen. Es gab ja im Vorfeld viel Kritik an der Entscheidung, das Wahlalter zu senken. Manche haben gemeint, die JungwählerInnen sind nicht reif genug, haben kein Interesse, kein Wissen und dementsprechend ist das auch eine Wahlentscheidung, die nicht gut begründet ist. Das haben wir uns angesehen.

Und was haben Sie festgestellt?

Wir können den Kritikern sagen: Das stimmt alles nicht. Die österreichischen Jugendlichen gehen zwar seltener zur Wahl, als Personen über 30, auf der an-

deren Seite sind sie politisch sehr interessiert. Sie wissen ganz genau, welche Partei am besten zu ihnen und ihren Interessen passt. Sie gehen nicht einfach zur Wahl und machen spontan ein Kreuz bei irgendjemandem, sondern sie wählen sehr bewusst jene Partei, die ihnen ideologisch am nächsten steht. Wir haben dazu sehr positive Ergebnisse aus der Wahl 2008. Und dementsprechend hat sich diese Entscheidung „Wählen mit 16“ bewährt. Natürlich ist das 2008 stark medial begleitet worden, die Parteien haben sich bemüht. Wir werden sehen, wie es sich 2013 weiter bewährt.

Wie sind die Unterschiede zwischen den Generationen?

Wenn wir uns die Politikbereiche ansehen, sehen wir, dass die älteren Generationen eher sozioökonomische Politikfelder heranziehen, um z. B. SPÖ oder ÖVP zu wählen, während Jüngere mehr auf soziokulturelle Aspekte Wert legen. Das hat natürlich damit zu tun, dass in der Nachkriegszeit mehr auf Folgendes geachtet wurde: Ist meine Arbeitsstelle sicher, wächst mein Einkommen, fühle ich mich in einer sozialen Hängematte gut aufgehoben? Bei Jüngeren ist das weniger wichtig als soziokulturelle Aspekte, wie Frauenpolitik, Umweltpolitik, Ausländerpolitik. Das kann sich mit der Euro-Krise ändern. Die hat ja großen Einfluss auf die jüngere Generation, die Jugendarbeitslosigkeit steigt. Die Finanzmarktkrise kann durchaus Einfluss auf das Wahlverhalten haben und hier zu Veränderungen bei der jüngeren Generation führen.

Das Phänomen Stronach werden Sie ja erst 2013 untersuchen – wie sieht es aus mit anderen Splitterparteien?

Wir haben bei der europäischen Parlamentswahl die Liste Hans-Peter Martin untersucht, auf nationaler Ebene wird die Liste jedoch von uns nicht untersucht. In unsere Vorwahlstudie nehmen wir auch das Team Stronach auf. Wie viel Vertrauenswürdigkeit besitzt Stronach? Wo würde man ihn einordnen auf einer Skala von links bis rechts? Diese Fragen werden wir zu Herrn Stronach stellen. Und die Frage: Würden Sie ihn als Bundeskanzler sehen, wenn man ihn direkt wählen könnte? Meines Erachtens wird jedoch seine Stärke überschätzt – selbst in dieser Konstellation von sehr viel politischem Zynismus und Korruptionsvorwürfen.

Haben Sie festgestellt, inwieweit eher Personen und inwieweit eher Ideen gewählt werden?

Das ist eine lange diskutierte Frage in der Wahlforschung und in der Politikwissenschaft. Es ist tatsächlich immer wieder die Hypothese aufgetreten, dass auch in Ländern wie Österreich Personen wichtiger werden als Parteien. Das kommt ja sehr stark aus den USA, wo sich die Wahlkämpfe stark auf die Personen konzentrieren. Ich würde das ein bisschen für Österreich abschwächen, weil ich glaube, dass es natürlich ein paar WählerInnen gibt, die Persönlichkeiten, Leadership-Eigenschaften als wichtigen Aspekt in ihrer Wahlentscheidung sehen, aber das österreichische Wahlsystem, das ja sehr stark auf Parteien aufbaut, ist weniger anfällig für Persönlichkeitswahl. Wichtiger sind die Positionen der Parteien: Wo stehen sie und welche Vorschläge machen sie zu für mich relevanten Themen?

Welche Rolle spielen die Medien?

Wir haben in Österreich sicher sehr mächtige Medien. Da muss ich auch wieder auf die Arbeit der Kollegen Dr. David Johann und Dr. Günther Lengauer verweisen, die das untersucht haben. Und zwar, ob in manchen Zeitungen eher über bestimmte Personen und Parteien berichtet wird – und das fanden sie tat-

sächlich bestätigt. Die zweite Frage war dann: Hat das auch einen Einfluss darauf, wie die WählerInnen, die diese Zeitungen lesen, über diese Personen denken? Da haben sie auch einen leichten Einfluss feststellen können. Das darf man jetzt nicht überbewerten, aber es gibt diese Tendenzen.

Woher beziehen die Menschen ihre Informationen über die Parteien noch?

Es gibt die direkte Parteienkommunikation – vor allem am Land, wo sich die Leute ja sehr gut kennen –, die man nicht unterschätzen darf. Das soziale Umfeld sollte man auf keinen Fall unterschätzen: Mit wem spricht man über welche politischen Themen? Welche Meinungen werden übertragen? Verändert das irgendetwas an meinem Verhalten, an meinen Meinungen? Ich glaube, es wäre falsch zu sagen, dass die WählerInnen komplett ungeschützt den Medien ausgesetzt sind. Sie haben durchaus auch andere Aspekte, die auf sie einwirken und außerdem haben sie eine eigene Persönlichkeit.

Das Wahlvolk ist nicht so einfach manipulierbar, wie manche glauben?

Alle Modelle des Wahlverhaltens, die von einem extrem einfachen Ansatz ausgehen, würde ich als ungültig betrachten. Wahlentscheidungen sind komplexe Entscheidungen.

Ist die Entscheidung, nicht zur Wahl zu gehen, ebenso komplex?

Durchaus. Wenn wir jetzt von einer rationalen Perspektive ausgehen, würde man sagen: Es ist eigentlich rationaler, nicht zur Wahl zu gehen. Was soll meine Stimme unter sechs Mio. Wahlberechtigten schon ausrichten. Wenn man von einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung ausgeht, ist der Nutzen im Vergleich zu den Kosten gering. Wir gehen aber in der Forschung davon aus, dass für viele Menschen ein großer Nutzen allein darin begründet ist, dass man so etwas wie ein staatsbürgerliches Pflichtgefühl hat, das einen dazu bringt, zur Wahl zu gehen. Auch wenn man glaubt, dass man etwas dazu beitragen kann, dass sich die Politik, die Welt ändert, geht man eher zur Wahl.

Wir haben nur in der Umfrageforschung ein großes Problem, was die Erfassung der Wahlbeteiligung angeht: Aufgrund dieser sozialen Erwünschtheit behaupten sehr viele, sie waren bei der Wahl, obwohl dies nicht der Fall war. Das gehört sich einfach. 2013 wollen wir es den Personen leichter machen, in diesem Punkt die Wahrheit zu sagen.

Wer nützt AUTNES?

Wir haben keine Kunden. Alles steht auf unserer Homepage. Wer auch immer daran interessiert ist, kann sich unsere Datensätze, Arbeiten usw. runterladen. Wir sagen, wir haben akademische Arbeit geleistet, auf die soll jeder Zugriff haben. Neben der Verwendung in unseren Forschungsarbeiten nutzen wir die Daten vor allem natürlich in der Lehre, weil das auch einer unserer wichtigen Aspekte ist, dass wir unsere Studierenden dahin gehend ausbilden wollen, dass sie mit Daten umgehen können und dass sie Daten kritisch reflektieren können.

Was für ein Urteil würden Sie unserer Demokratie ausstellen?

Das ist eine schwierige Frage. Wahlen kann man immer wieder als korrigierendes Element betrachten – WählerInnen sprechen Urteile aus. Und Parteien sollten diese Urteile, die an einer Wahlurne abgegeben werden, sei es bei der Wahlbeteiligung oder bei der Abstimmung, durchaus gründlich reflektieren. Was zwischen den Wahlen passiert, glaube ich, da sind wir demokratiepolitisch auf einem guten Weg. Alles in allem haben wir eine gesunde Demokratie, wenn man sich ansieht, was wie diskutiert wird, von den Medien aufgegriffen wird.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Mehr Infos unter:
www.autnes.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Generalstreik für Demokratie

Die Streikentscheidung der Wiener Freien Gewerkschaften von 1906 trug wesentlich zur Abschaffung des Besitzwahlrechts bei.

Bis 1907 durften nur Bürger, die einen Mindestsatz an Steuern zahlten, die Parlamentarier im Abgeordnetenhaus des Reichsrats wählen. Das in diesem Jahr beschlossene allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hatte zwar noch so viele Schönheitsfehler, dass man nicht von einer echten Demokratie sprechen konnte, aber immerhin: Die überwiegende Mehrheit der männlichen Bevölkerung wurde jetzt unabhängig vom Einkommen einbezogen und erhielt auch das Recht zu kandidieren.

Dass dieses Etappenziel zur Demokratie erreicht werden konnte, war nicht zuletzt den Freien Gewerkschaften zu verdanken – sie standen in der über 14 Jahre laufenden Wahlrechtskampagne der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ganz vorne und waren dabei manchmal für die Parteipolitiker recht unbequeme Partnerinnen. Als die Parteiführung von der „Agitation“ für einen „Massenstreik“ als Druckmittel abrückte, warnte die Gewerkschaftskommission davor, unglaublich zu werden:

Die Genossen, die im Prater gesprochen und gesagt haben, man müsse die Bourgeoisie zwingen, gewisse Rechte zu geben, zeigten uns den Weg, den wir zu gehen haben. Bevor die Genossen davon gesprochen haben, war die Masse der österreichischen Arbeiter davon beseelt und wartete auf die Kampfparole. Jeder Ehrliche musste sich sagen, es muss etwas ge-

schehen. ... Nicht ... einen bestimmten Zeitpunkt verlangen wir, sondern wir wollen, dass für den Generalstreik agitiert und fest vorgearbeitet wird, um für den gegebenen Zeitpunkt gerüstet zu sein.

Der Zeitpunkt kam 1906. Nach der großen Wahlrechtsdemonstration von 1905 beschäftigte sich der Reichsrat zwar kurz mit der Wahlrechtsreform, legte das Thema aber wieder auf Eis. Da entschied die Wiener Gewerkschaftsführung – nach wie vor gegen die Bedenken der Parteispitze – den Druck durch das Ausrufen eines regionalen Generalstreiks zu verstärken. Vor dem Hintergrund des Nationalitäten-Konflikts und eines reichsweiten Eisenbahner-Streiks konnte dabei die Angst der Machthaber vor Unruhen einkalkuliert werden. Kommissionssekretär Anton Huber berichtete darüber dem Gewerkschaftskongress 1907:

Nun bin ich Ihnen noch Rechenschaft schuldig darüber, dass die Kommission – wenn auch mit Zustimmung der Vertrauensmänner Wiens – sich mit dem dreitägigen Generalstreik in Wien einverstanden erklärt hat. Mögen Sie das auch in Ihrer Begeisterung als selbstverständlich angesehen haben, so waren wir doch in einer der schwierigsten Situationen. Aber weil es ein Augenblick gewesen ist, wo man mit Recht sagen konnte: ‚Jetzt oder nie!‘, haben wir unsere Zustimmung gegeben. ... Zum Glück



© Prof. Erwin Buchinger für „Österreichs Illustrierte Zeitung“ 1908.

Unbeabsichtigt zeigt dieses symbolische Bild die Grenzen der Demokratie in der Monarchie: Männliche Arbeiter dürfen zwar ab 1907 wählen, aber der Kaiser steht weiter über dem Gesetz.

waren uns alle Umstände so günstig, dass wir es wagen konnten. Aber wir haben ganze Nächte erwogen, ehe wir unsere Zustimmung gaben, und wir glauben, dass wir mit unserem Beschlusse gewiss nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Bewegung große Dienste geleistet haben.

Ausgewählt und kommentiert von
Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Der Vertrauensmann

Am 8. Oktober wäre Anton Benya 100 Jahre alt geworden.

Dieser Text ist die Kurzfassung eines Beitrags, der im Buch „Anton Benya. Der Vertrauensmann“ erschien.

Autor: Erich Foglar
ÖGB-Präsident

Der Blick in die Vergangenheit hat letztlich nur dann einen Sinn, wenn er uns hilft, die Aufgaben der Gegenwart besser zu bewältigen und Kräfte für die Gestaltung der Zukunft freizumachen.¹ Mit diesem Zugang, den Anton Benya 1975 beschrieb, gedenken wir 2012 seines 100. Geburtstages. Nicht etwa, weil wir der Vergangenheit nachtrauern und uns die „alten Zeiten“ zurückwünschen. Weil wir für die Zukunft lernen wollen, und weil wir daran erinnern wollen, dass GewerkschafterInnen – unter ihnen Anton Benya ganz besonders – bei der Entwicklung unseres Landes und beim Aufstieg der ArbeitnehmerInnen eine bedeutende Rolle gespielt haben. Wir erinnern uns auch, um es ins Gedächtnis zu rufen, dass gerade für die ArbeitnehmerInnen noch nie etwas vom Himmel gefallen ist, dass sie sich jeden Millimeter an Fortschritt immer hart erkämpft haben – und das in Zukunft weiterhin werden tun müssen.

Engagement für den Fortschritt

Anton Benyas 100. Geburtstag ist auch ein guter Anlass, so manche Selbstverständlichkeit – Lohn- und Gehaltserhöhungen, Mitbestimmung und vieles mehr – ins rechte Licht zu rücken: Engagierte Menschen haben die Fortschritte erreicht. Und es sind auch heute engagierte Menschen, die dafür sorgen, dass es weiterhin Fortschritte gibt, keine Rückschritte. Die Verbesserungen, die

wir heute erreichen können – bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen, auf betrieblicher Ebene oder in der Sozialpolitik –, haben in vielen Bereichen ihr Fundament in der Zeit Anton Benyas.

Benya-Formel veraltet?

Eine unmittelbare Verbindung zwischen Benyas Wirken und der Gegenwart zeigt sich in der „Benya-Formel“². Im Zuge von Lohn- und Gehaltsverhandlungen ist immer wieder davon die Rede. Mitte 2012 haben manche Wirtschaftsexperten und Arbeitgebervertreter diese Formel angezweifelt. Dazu muss man sich einige Fragen stellen: Nützt oder schadet es den ArbeitnehmerInnen im Land, wenn die Lohn- und GehaltsverhandlerInnen der Gewerkschaften die Benya-Formel archivieren? Haben sie einen besseren Weg gefunden, um sowohl das gesamtwirtschaftliche Wohl als auch die Verbesserung von Einkommen und Lebensstandard der Beschäftigten weiterzuentwickeln? Nein, haben sie nicht. Es ging nur darum, die Macht und die Kraft der Gewerkschaften, die auch in dem Begriff „Benya-Formel“ ihren Ausdruck finden, infrage zu stellen, altmodisch erscheinen zu lassen, um so andere, neoliberale Wege zu beschreiten.

Anton Benya legte einen der Grundsteine für die Sozialpartnerschaft: Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Julius Raab, vereinbarten Unternehmer-

BUCHTIPP

Nani Kauer (Hg.)

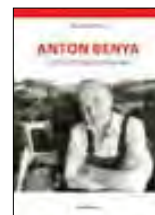
Anton Benya Der Vertrauensmann

Anton Benya, der am 8. Oktober 2012 hundert Jahre alt geworden wäre, war ein großer Mitgestalter der österreichischen Politik. Wichtige Teile der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik tragen seine Handschrift: das Modell der österreichischen Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft, die Sozialgesetzgebung, das Arbeitsrecht. Er war mitverantwortlich für jenen „österreichischen Weg“, der unserem Staat weltweiten Respekt und Anerkennung eingetragen hat. Benya war 24 Jahre Präsident des ÖGB, 15 Jahre Präsident des Nationalrats und er war und ist eine der wichtigsten Symbolfiguren der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

ÖGB-Verlag, 2012,
156 Seiten, € 24,90
ISBN 978-3-7035-1567-5

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



¹ Stenographisches Protokoll, 145. Sitzung des Nationalrates, Mai 1975

² Siehe dazu den Beitrag von Sepp Zuckerstätter, Seite 16

vertreter und Gewerkschaft im Raab-Benya-Abkommen die Errichtung eines Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen. Dass es auch anderer Mittel bedarf und er keine Scheu hatte, sie anzuwenden, hat uns der Sozialpartner Anton Benya ebenso vorgelebt. Die Weigerung der Metallarbeitgeber im Jahr 1962, die Ist-Löhne zu erhöhen und die in höchst-



Die Beschneidung der Mitspracherechte, dieser Angriff auf die Demokratie, war es auch, die ihn 2001 erneut aktiv werden ließ: Anton Benya sah es als seine Verpflichtung an, im Alter von knapp 90 Jahren noch einmal öffentlich aufzutreten.

tem Maß diskriminierenden Frauenlohngruppen abzuschaffen, war am Verhandlungstisch nicht zu beseitigen. Es folgten Streiks mit massiver Beteiligung der Belegschaften, die schlussendlich erfolgreich waren. Und Benya sollte noch einmal für einen Kollektivvertrag kämpfen: 1996 kam es im Metallgewerbe zu einem Konflikt, eine Kundgebung vor der Zentrale der Wirtschaftskammer sollte ein deutliches Warnsignal sein. Als Anton Benya die Bühne betrat und sprach, war seine Empörung bis in die letzten Reihen zu spüren. „Dass ich das noch erleben muss, dass man für einen Kollektivvertrag heute noch auf die Straße gehen muss.“

Sozialer Fortschritt

Im Arbeits- und Sozialrecht gab es in der Ära Benya zahlreiche Verbesserungen zum Nutzen der ArbeitnehmerInnen. Man könnte meinen, dass viele Gesetze, die zwischen Mitte der 1960er- und Ende der 1980er-Jahre beschlossen wurden, heute nicht mehr gelten, unmodern oder in der Form gar nicht mehr in Kraft sind. Das Gegenteil ist aber aus meiner Sicht der Fall: Bis heute profitieren wir von den sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Ära Anton Benya. Niemand würde wohl behaupten, dass Mutterschutz, Mindesturlaub oder Regelungen für Schwerarbeit heute unmodern sind und nicht mehr gebraucht werden. Was damals erreicht wurde, geschah in einer Zeit des Aufbruchs im noch jungen Österreich, die man natürlich nicht mit der heutigen Zeit vergleichen kann. Das Prinzip, nach dem wir

handeln, bleibt aber dasselbe: Fortschritt für die ArbeitnehmerInnen.

Mitsprache und Mitbestimmung statt Abhängigkeit und Fremdbestimmung, das war es, was Anton Benya mit dem Arbeitsverfassungsgesetz erreichen wollte. Er war aus tiefstem Herzen Demokrat. Fremdbestimmung oder gar Diktatur waren ihm ein Gräuöl, hatte er sie doch selbst miterlebt und war für seinen Widerstand dagegen inhaftiert worden.

Die Beschneidung der Mitspracherechte, dieser Angriff auf die Demokratie schlechthin, war es auch, die ihn 2001 – viele Jahre nach seinem Rückzug aus der Politik – erneut aktiv werden ließ: Anton Benya sah es als seine Verpflichtung an, im Alter von knapp 90 Jahren noch einmal öffentlich aufzutreten.

Am 5. Juli 2001 stand er bei einer Demonstration gegen die per Gesetz verfügte Ablöse des damaligen GPA-Vorsitzenden Hans Sallmutter von der Spitze des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger auf der Bühne vor 50.000 DemonstrantInnen. Er warnte die schwarz-blaue Bundesregierung davon, sich am Sozialstaat zu vergreifen.

Kampf für Demokratie ist aktuell

Wie aktuell der Kampf für die Demokratie heute noch ist, sehen wir in vielen Staaten Europas angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise: Nationale Parlamente kommen aufgrund hoher Staatsschulden, die durch die Kosten der Finanz- und Bankenkrise stark angestiegen sind, unter Druck und müssen Entschei-

dungen über Sparmaßnahmen treffen, die letztendlich unregulierte Finanzmärkte oder Ratingagenturen diktieren, die in keinsten Weise demokratisch legitimiert sind.

Wozu Gewerkschaften fähig sind

Anton Benyas Verhandlungsgeschick in der Sozialpartnerschaft, sein Blick für das große Ganze, seine einfache, aber wirkungsvolle Fokussierung auf die Verbesserung der Lage der ArbeitnehmerInnen, seine unverfälschte, den ArbeitnehmerInnen immer verbundene Art – an all das erinnern wir uns zu seinem 100. Geburtstag.

Wir erinnern vor allem die jungen Menschen daran, dass vieles, das für sie selbstverständlich ist, von GewerkschafterInnen hart erkämpft wurde und immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. Und wir erinnern auch daran – ganz im Sinne von Benyas Worten bei der Demonstration 2001 –, dass wir jederzeit in der Lage sind zu zeigen, wozu die Gewerkschaften in diesem Land fähig sind: zu Verhandlungen, zu Konsens und Kompromiss, zu Einigungen, genauso aber auch zu Konflikten – wenn nötig.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/968qu42

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

„Goldene Sechziger- und Siebzigerjahre“?

Die große Ära des langjährigen ÖGB-Präsidenten Anton Benya.

Autor: Klaus-Dieter Mulley

*Institut für Geschichte der Gewerkschaften
und AK*

Am 8. Oktober 2012 wäre Anton Benya, langjähriger Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 100 Jahre alt geworden. Grund genug, sich an jene „Epoche“ der 1960er, 1970er und Teile der 1980er-Jahre zu erinnern, die – vielfach begünstigt durch gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen – von **Heinz Kienzl** heute als „Zeit des Austrosozialismus“ bezeichnet wird.

Gelernter Elektromechaniker

Anton Benya, 1912 in Wien geboren, absolvierte in den 1920er-Jahren nach der Volks- und Bürgerschule eine Lehre zum Elektromechaniker. Nach sechs Wochen Arbeitslosigkeit gelang es ihm 1930, eine Stelle bei der Firma **Ingelen** zu erhalten, wo er bis zu seiner Berufung als Sekretär in den ÖGB mit 1. Mai 1948 blieb. 1929 trat Benya der Sozialdemokratischen Partei bei und bereits als 21-Jähriger kandidierte er 1933 erfolgreich als Betriebsrat. In der Zeit des Austrofaschismus wurde Benya zweimal (1934 und 1937) inhaftiert. Nach seiner Bestellung zum Generalsekretär 1956 und zum Vizepräsidenten des ÖGB 1959 wurde er, nach dem Rücktritt Franz Olahs 1963, am 5. Bundeskongress des ÖGB zum Präsidenten gewählt, eine Funktion, die er bis 1987 ausübte. Von 1956 bis 1986 war Benya Abgeordneter zum Nationalrat, dem er von 1971 bis 1986 als Erster Nationalratspräsident der

Republik Österreich vorstand. Benya war geprägt vom Weg einer wirtschafts- und sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, den der erste ÖGB-Präsident **Johann Böhm** und Wirtschaftskammer-Gründer **Julius Raab** nach 1945 eingeschlagen hatten. In seiner Antrittsrede als Präsident des ÖGB am Bundeskongress 1963 forderte Benya, dass ein „Weg gefunden werden muss, der das entstandene Misstrauen beseitigt und der uns wieder einen gemeinsamen Plan aufstellen lässt, dessen Durchführung ein größeres Wachstum des Sozialproduktes bringt, um dessen gerechte Verteilung man sich dann bemühen muss“. Mit der von ihm und Julius Raab im Oktober 1963 vereinbarten Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in der **Paritätischen Kommission** wurde dies realisiert. Der Beirat trug in der Folge durch seine umfassenden Expertisen dazu bei, dass wichtige Themenbereiche der österreichischen Wirtschaftspolitik außer Streit gestellt und zukunftsorientiert verwirklicht werden konnten.

Die ersten Jahre der Präsidentschaft Benyas wurden jedoch überschattet vom „Fall Olah“. **Franz Olah** trat bekanntlich im Frühjahr 1963 mit der Übernahme des Innenministeriums als Präsident des ÖGB zurück. Doch bereits bei der Vorbereitung zum Bundeskongress Ende September 1963 wurden Unregelmäßigkeiten in der Kassengebarung des ÖGB festgestellt, deren Bekanntwerden nur durch eine Einzahlung der Sozialistischen Fraktion kaschiert werden konnte. Nachdem in der Folge weitere, vom früheren Präsidenten eigenmächtig durchgeführte, Transaktionen aufge-

BUCHTIPP

Heinz Kienzl/Herbert Skarke
**Anton Benya
und der Austrosozialismus**
ÖGB-Verlag, 2012,
316 Seiten, € 29,90
ISBN 978-3-7035-1566-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

deckt wurden – wie etwa die Hinterlegung eines Gewerkschaftssparbuches über zehn Millionen Schilling zugunsten der Kreditbesicherung der „Kronen Zeitung“ –, musste Olah auch seine Funktionen in der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter zurücklegen. Der „Fall Olah“ sowie die „Causa Kronen Zeitung“ beschäftigten in der Folge den ÖGB mit einer Reihe von Prozessen bis 1973. Benya wurde außerdem in den Sechzigerjahren „persona non grata“ für die Kronen Zeitung und ihren Starkolumnisten Staberl.

Fortschritte für ArbeitnehmerInnen

Davon unbeeinflusst, gelang es der Gewerkschaftsbewegung in den 1960er-Jahren, besonders jedoch in den 1970er-Jahren, durch Einflussnahme auf die Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik gewaltige Fortschritte für die ArbeitnehmerInnen zu erzielen. Vollbeschäftigung, eine stete Zunahme der Löhne und Gehälter, Ausgestaltung der Sozialsysteme und eine Verbesserung der



„Ich habe nur einen Wunsch: Dass es mir gelingt, in beiden Funktionen die gestellten Aufgaben zu lösen. Und als Gewerkschafter, dass es weiterhin möglich sein wird, in diesem Lande mit dazu beizutragen, dass der soziale Friede erhalten wird, dass aber trotzdem das Lebensniveau, der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung gehoben wird.“



Mitbestimmung waren die grundlegenden Ziele, die Anton Benya mit seinen MitstreiterInnen erfolgreich verfolgte. Darüber hinaus war Anton Benya die Humanisierung der Arbeitswelt ein großes Anliegen, wobei ihm die FacharbeiterInnen-Ausbildung besonders am Herzen lag. Benya maßte sich nie an Wirtschaftsfachmann oder Sozialrechtler zu sein. Sein Arbeitsstil war geprägt von regelmäßigen Diskussionen im kleinen Kreis über die jeweils einzuschlagenden Verhandlungslinien und von einem hohen Vertrauen in die Eigenverantwortung seiner MitarbeiterInnen. An dem letztlich mit den Sozialpartnern und der Bundesregierung geschlossenen Verhandlungsergebnis durfte dann nicht mehr gerüttelt werden, es musste sowohl in den eigenen Reihen wie auch nach außen vertreten werden.

„Den sozialen Frieden erhalten“

Am 25. April 1973 – die sozialistische Alleinregierung unter Bruno Kreisky war erst drei Jahre im Amt – wurde Anton Benya als Erster Präsident des Nationalrates und Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in einem Fernsehinterview nach seinen persönlichen Zielen und Wünschen gefragt. Benya antwortete: „Ich habe nur einen Wunsch: Dass es mir gelingt, in beiden Funktionen die gestellten Aufgaben zu lösen. Und als Gewerkschafter, dass es weiterhin möglich sein wird, in diesem Lande mit dazu beizutragen, dass der soziale Friede erhalten wird, dass aber trotzdem das Lebensniveau, der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung gehoben wird, für mich na-

türlich in erster Linie jener der Arbeitnehmer, die ja noch immer ein kleines Stück zurückliegen.“ In der Tat gelang es in den vorangegangenen wie auch in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten, sowohl das ArbeitnehmerInnen-Einkommen sukzessive zu steigern als auch die Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig zu halten. Die 1970er-Jahre wurden zu einem „Jahrzehnt der Sozialpolitik“. Im Jänner 1970 trat der Generalkollektivvertrag zur etappenweisen Einführung der 40-Stunden-Woche in Kraft. 1971 begann man das Urlaubsrecht der ArbeiterInnen an jenes der Angestellten anzugleichen. Die Erhöhung des Mindesturlaubs von drei auf vier Wochen konnte durchgesetzt, die Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall für ArbeiterInnen durch das Entgeltfortzahlungsgesetz gesichert und der Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen verbessert werden. Das 1973 vom Nationalrat beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz war ein entscheidender Schritt in Richtung der seit Jahrzehnten von den Gewerkschaften geforderten Kodifikation des Arbeitsrechts und bedeutete einen weiteren Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Darüber hinaus ging auch die erfolgreiche Bewältigung der wirtschaftlichen Krisen der Siebziger- und Achtzigerjahre auf das Politikmanagement des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes und des als Nationalratspräsidenten protokollarisch dem Rang nach „zweithöchsten Mannes im Staate“ zurück.

Konnte sich Österreich im Laufe der Jahrzehnte einen vorzüglichen Platz im Ranking der Industrienationen sichern,

so hatte jedoch der Erfolg auch seinen Preis. Die Intransparenz der Entscheidungsfindung innerhalb der Sozialpartnerschaft, die Konzentration der politischen Macht in den Händen weniger, die Hintanstellung von wahrscheinlich damals schon notwendigen Reformen innerhalb der großen Verbände und im gesamtstaatlichen Gefüge führten ab Beginn der 1990er-Jahre, in der Zeit „nach dem Boom“, zu einer mit Einflussverlust des ÖGB und der Gewerkschaften verbundenen Neuorientierung des politischen Systems.

Geänderte Rahmenbedingungen

Das mit Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien einsetzende neoliberale Paradigma, dessen Einfluss in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre in Österreich von der Gewerkschaftsbewegung noch begrenzt werden konnte, durchsetzte in den Neunzigerjahren, einem Virus gleich, alle politischen Parteien und Verbände und stellte den ÖGB und die Gewerkschaften unter nun grundlegend geänderten politischen Rahmenbedingungen vor völlig neue Herausforderungen.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/92efora

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
klaus.mulley@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Benya-Formel für Europa

Die „Benya-Formel“ stellt seit Jahrzehnten die Leitlinie für die Lohnpolitik der österreichischen Gewerkschaften dar.

Autor: Josef Zuckerstätter

*Lohn- und Einkommensentwicklung,
Lohnstruktur, Arbeitsmarkt in der AK Wien*

Wenn sich die Lohnpolitik an der legendären „Benya-Formel“ orientiert, sichert sie eine Nachfrageentwicklung, die in Einklang mit der Produktion steht. Dann ist sichergestellt, dass weder von Profiten zu Löhnen noch von Löhnen zu Profiten umverteilt wird und dass alle Beschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Fortschritt Anteil haben.

Der einzige Weg aus der Krise

Für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa ist die Orientierung der Löhne an der Benya-Formel der einzige Weg, der Krise zu entkommen. Die Benya-Formel fordert, dass die Höhe der Lohnsteigerung der Inflation plus dem mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs entsprechen muss. In den Beschlüssen des ÖGB-Bundeskongresses wird als Ziel eine „gesamtwirtschaftlich ausgerichtete, produktivitätsorientierte, solidarische Lohnpolitik“ vorgegeben.

Dabei geht es nicht nur um den ökonomischen Inhalt, sondern auch darum, dass diese Ziele nicht als mathematische Formel vorgegeben werden. Lohnverhandlungen haben keinen statistisch vorbestimmten Ausgang. Es ist kein Fall bekannt, in dem Unternehmen die Löhne erhöht haben, nur weil neue Zahlen publiziert wurden. Lohnsteigerungen kommen nur zustande, wenn sich die ArbeitnehmerInnen orga-

nisieren und Lohnerhöhungen durchsetzen. Denn Lohnpolitik ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den VertreterInnen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen.

Mehr Produktivitätsorientierung

Durch die Produktivitätsorientierung sollen die realen Löhne und Gehälter etwa gleich schnell steigen wie die Menge der Güter und Dienstleistungen, die pro Stunde oder Monat produziert werden. Wenn dies nicht der Fall ist, bleibt die Nachfrage zurück und die Unternehmen müssen mangels Absatz ihre Produktion drosseln.

Die Lohnforderungen der Gewerkschaft orientieren sich dabei nicht am kurzfristigen Auf und Ab der Produktion pro Beschäftigtem, sondern am längerfristigen Trend. So können die Löhne eine stabilisierende Funktion für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und auch für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft erfüllen. Nicht jeder kurzfristige Produktionseinbruch des Unternehmens soll gleich zu massiven Problemen der Beschäftigten führen, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren und ihren laufenden Zahlungsverpflichtungen wie Mietzahlungen und Kredittilgungen nachzukommen.

Gesamtwirtschaftlich bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich die Lohnerhöhungen in den einzelnen Branchen an der Produktivitätsentwicklung der Gesamtwirtschaft orientieren sollen. Dadurch stellt die Benya-Formel eine breite Beteiligung aller Beschäftigtengruppen am technischen und or-

ganisatorischen Fortschritt sicher. Die Beschäftigten in Sektoren mit schnellem technischem Fortschritt nutzen die Produktivitätssteigerungen nicht gänzlich für Lohnforderungen aus. Damit bleibt ein Spielraum für Preissenkungen bei diesen Produkten. Gleichzeitig können die Dienstleistungssektoren im Vergleich zu ihrer schwächeren Produktivitätsentwicklung höhere Löhne bezahlen, die sie teilweise durch höhere Verkaufspreise finanzieren können. Da die anderen Waren billiger werden, steigt die Inflation insgesamt nicht an.

Europäische Dimension

Um zu erkennen, warum eine solche Politik die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa verhindern könnte, sollte man folgende Entwicklungen betrachten: Mit der Einführung der gemeinsamen Währung kam es zu einem deutlichen Sinken der Zinsen in der Euro-Zone. Gerade in Ländern wie Spanien oder Irland, die bereits vorher einen rasanten Aufholprozess gestartet hatten, führte dies zu einem Wachstumsschub.

Da aber in dieser Zeit die Lohnentwicklung in Deutschland oder auch Österreich hinter der Produktivität zurückblieb, sich also nicht an der Benya-Formel orientierte, entstand daraus kein zusätzliches Wachstum für den Kauf der Produkte aus den aufholenden Ländern.

Einfach gesagt: Die Deutschen verkauften den SpanierInnen zwar mehr Autos, konnten sich aber den Urlaub in Spanien nicht mehr leisten, weil ihre Löhne stagnierten. So wie es innerhalb

Durch die Produktivitätsorientierung sollen die realen Löhne und Gehälter etwa gleich schnell steigen wie die Menge der Güter und Dienstleistungen, die pro Stunde oder Monat produziert werden. Wenn dies nicht der Fall ist, bleibt die Nachfrage zurück und die Unternehmen müssen mangels Absatz ihre Produktion drosseln.



eines Landes nicht aufwärts gehen kann, wenn alle nur Güter verkaufen und keiner Güter kaufen will, so kann es in Europa nicht aufwärts gehen, wenn Länder zwar viel exportieren, umgekehrt aber ihren Partnerländern nichts abkaufen.

Auch in Österreich will jede Firma billige ArbeiterInnen und gut verdienende Kundinnen und Kunden. Wenn jedoch alle nach diesem Prinzip handeln, geht es sich nicht aus, denn ohne gut verdienende Arbeitskräfte gibt es zu wenig kaufkräftige Kundschaft.

Die Orientierung der Lohnpolitik an der Benya-Formel befreite die Unternehmen in Österreich lange Zeit aus diesem Dilemma.

Europa produziert für Europa

Europa produziert zu fast 90 Prozent Güter für Europa. Wenn Europa dauernd mehr produziert als die EuropäerInnen kaufen wollen oder können, führt das in die Krise. Um die Eurozone stabil zu halten, muss die Nachfrage mit der Produktion wachsen. Mittelfristig geht das nur, wenn die Löhne und Gehälter, die die ArbeitnehmerInnen pro Stunde oder Monat erhalten, etwa gleich schnell steigen wie die Menge der Güter und Dienstleistungen, die sie pro Stunde oder Monat herstellen. Die EU kann nur gedeihen, wenn die EU sich nicht am Prinzip „je geringer die Löhne, desto besser“, sondern am Prinzip „fairer Lohn für faire Leistung“ orientiert.

Ein zentraler Aspekt der Benya-Formel ist, sie niemals als strenge Formel zu verstehen. Lohnpolitik im Zeichen der

Benya-Formel ist und war immer ein Verhandlungsprozess.

Im Sinne der Tarifautonomie kann Lohnpolitik immer nur von demokratisch legitimierten VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen gemacht werden und nicht von statistischen Ämtern. Eine angemessene Einschätzung gesamtwirtschaftlich sinnvoller Lohnerhöhungen gibt es nur innerhalb von Verhandlungen, in denen auch auf unvorhergesehene Entwicklungen oder Irrtümer der Vergangenheit reagiert werden kann.

Mit einer im Kern verteilungsneutralen Lohnpolitik und einer auf Vernunft und Pragmatismus beruhenden Verhandlungskultur lassen sich wirtschaftliche Erfolge erzielen – wie das österreichische Beispiel zeigt. Auf europäischer Ebene ginge es zunächst darum, die Institutionen zu schaffen bzw. zu stärken, die eine solche gemeinsame Orientierung ermöglichen.

Die momentane Krisenpolitik der EU und der Euro-Zone ist gesamtwirtschaftlich gesehen bisher nur den halben Weg gegangen. Die Stabilisierung der Finanzsysteme wird inzwischen solidarisch angegangen, Finanzstabilität wird als europäische Aufgabe gesehen.

Der halbe Weg in die falsche Richtung

Bei der Stabilisierung der Arbeitsmärkte ist die EU, oder besser die Troika aus EU, Weltwährungsfonds und Europäischer Zentralbank, ebenfalls nur den halben Weg gegangen, allerdings in die falsche Richtung. Statt auf konstruktive Verhandlungen und auf die gleichgewich-

tige Entwicklung von Angebot und Nachfrage in der Union, setzt sie auf Lohnkürzungen, die Einschränkung der Grundrechte von ArbeitnehmerInnen und das Prinzip „Jeder gegen jeden“.

Eine Politik wie von Benya

Nach den Europäischen Gewerkschaften sollten endlich auch die ArbeitgeberInnenverbände eine Lohnleitlinie beschließen, die auf Produktivitätsorientierung in den Mitgliedsstaaten abzielt.

Die Troika müsste all jene stärken, die in den Krisenstaaten eine gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik betreiben können. Die EU und die Euro-Zone sollten diese Orientierung auch bei der neuen wirtschaftspolitischen Koordination unterstützen.

Solidarität zwischen und mit den Banken sowie Wettbewerb und Konkurrenz zwischen den ArbeitnehmerInnen werden die Menschen nicht von der Idee des gemeinsamen Europas überzeugen.

Eine Politik, die alle Beschäftigten gleichmäßig am Wohlstand teilhaben lässt, wie von Anton Benya angestrebt, schon eher.

Internet:

Mehr Infos unter:

de.wikipedia.org/wiki/Benya-Formel

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

josef.zuckerstaetter@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wir brauchen mehr Demokratie

Demokratie unter Kritik: „Sie ist lediglich ein Placebo für das Volk, in Wirklichkeit regieren Eliten im eigenen Interesse“, so die provokante These.

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Der griechische Dramatiker Euripides konfrontiert in seinem Werk „Hiketiden“ einen Herold aus Theben mit den Charakteristika der Demokratie Athens, nämlich Gleichheit vor dem Gesetz, Redefreiheit, gemeinsame Beratung und schriftlich festgehaltene, verbindliche Gesetze. Der Herold antwortet erstaunt: „... in der Stadt, die mich entsandte, wird die Herrschaft von einem Manne, nicht vom Pöbel ausgeübt; und keinen gibt es, der das Volk durch eitles Schwatzen – zum eigenen Vorteil nur! – bald hier, bald dorthin lenkt. (...) Und ein armer Bauersmann mag zwar nicht unvernünftig sein – im Drange seiner Arbeit kann er jedoch kaum den Blick auf das Gemeinwohl richten!“ (Zitiert aus „Demokratie“ von Hans Vorländer, Verlag C. H. Beck.)

Skepsis in der Antike

In der Antike war die Demokratie eine neue Errungenschaft, die durchaus auch bei philosophischen Schwergewichten auf beträchtliche Skepsis stieß. So meinte etwa Aristoteles, dass Demokratie als Volksherrschaft auch Pöbelherrschaft bedeuten könne. Sie sei damit lediglich eine andere Form der Tyrannei, nur dass sie eben nicht von einem Einzelnen, sondern von der Gesamtheit ausgeübt werde. Auch bei Platon ist von der Kritik am bildungsfernen Pöbel zu lesen. Nun ist das alte Griechenland natürlich kaum mit modernen demokratischen Systemen der Gegenwart zu vergleichen. In Athen wurden politische Entscheidungen in generellen Volksversamm-

lungen („Ekklesia“) der männlichen Bürger getroffen, was natürlich nur in kleinen politischen Stadtstaaten praktikabel war. Die Ekklesia war das Machtzentrum, obwohl hier auch von „einfachen Menschen“ politische Reden gehalten wurden – von Matrosen, Handwerkern, kleinen Kaufleuten. Arm und Reich kamen zu Wort; Gebildete und Ungebildete. Man muss hinzufügen, dass in der Praxis nicht die gesamte Bevölkerung (zur Blütezeit der Demokratie in Athen 30.000 bis 35.000 EinwohnerInnen) an den Volksversammlungen teilnahm. Verschiedenen Aufzeichnungen zufolge waren in der Ekklesia im Schnitt rund 6.000 Menschen anwesend. In Staaten mit mehreren, sogar hundert Millionen EinwohnerInnen lässt sich dieses Konzept der direkten Demokratie logischerweise nicht umsetzen.

Heute werden demokratische Länder bekanntlich vom indirekten Wahlsystem gekennzeichnet: Die BürgerInnen entscheiden sich für politische RepräsentantInnen, die das Regieren übernehmen. Ein Kritikpunkt allerdings, der sich vom Altertum in die Gegenwart gerettet hat, ist die von Aristoteles, Platon und anderen thematisierte mangelnde politische Bildung der BürgerInnen. So sprachen die Vertreter der linksgerichteten Frankfurter Schule von der uninformierten – genauer gesagt desinformierten – Masse. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule erfreute sich besonders in den unruhigen 1960er-Jahren im studentischen und generell intellektuellen Niveau großer Beliebtheit und war vor allem durch ihre scharfe Kapitalismuskritik gekennzeichnet. Die „jungen Wilden“ gingen davon aus, dass Massenmedien von der

BUCHTIPP

Colin Crouch
Postdemokratie
Suhrkamp Verlag, 2012,
159 Seiten, € 10,30
ISBN 978-3-5181-2540-3



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Finanzelite gelenkt oder – zumindest im Sinne des vorausseilenden Gehorsams – zu deren Erfüllungsgehilfen würden. Klassische Massenmedien wie TV, Print oder Radio stünden demnach im Dienste des sogenannten „power-blocs“, ein Begriff, der vom Medienwissenschaftler John Fiske ins Leben gerufen wurde.

Zur Erklärung: Der „power-bloc“ (zu Deutsch in etwa: Machtblock, Machteinheit) ist laut Fiske eine Allianz der gesellschaftsdominierenden Kräfte wie der Regierung, politischer Institutionen und Parteien allgemein, der Wirtschaft und Finanzindustrie, des Justiz-, aber auch Erziehungssystems und nicht zuletzt der Massenmedien. Trotz der formal relativen Unabhängigkeit dieser Kräfte verbinden sie doch die gleichen Interessen. Diese liegen in der Erhaltung des Status quo, nämlich der Machtausübung mit allen damit verbundenen Privilegien. Daraus ergibt sich Fiske zufolge ein beunruhigender Schluss: Auch wenn Medien die Regierungen, einzelne PolitikerInnen und Parteien kritisieren, so geschieht das immer nur zu konkreten Anlässen, bei diversen Skandalen und Skandalchen. Es handelt

sich somit um punktuelle und zeitlich begrenzte Kritik, nie wird aber die Legitimation des „power-bloc“ als solche, nie das bestehende System als Ganzes infrage gestellt. Fiske versteht somit den „power-bloc“ als informelle Interessengemeinschaft, die systemkonservierend wirkt, ebenso wie die Massenpresse als aktiver Teil dieser Gemeinschaft: Während sich die Presse noch im 19. Jahrhundert durch Parteilichkeit im positiven Wortsinn auszeichnete, indem sie die Anliegen verschiedener Bevölkerungsteile vertrat und somit ein Forum öffentlicher Diskussion darstellte, gelang es laut Fiske dem „power-bloc“ im 20. Jahrhundert, die Medien nach und nach unter Kontrolle zu bringen. Nachdem wirklich kritische Berichterstattung laut dieser Theorie nicht möglich ist, bleiben die WählerInnen uninformatiert. Sie wissen nicht, warum sie diese oder jene Partei wählen sollen – im medialen Getöse erscheinen alle Möglichkeiten gleichwertig, um nicht zu sagen: gleich schlecht. So wird letztlich nach persönlicher Sympathie entschieden oder gar nicht zur Wahlurne gegangen. Nach dem altbekannten Motto: „Ist ja egal, wo ich mein Kreuzerl mache, es ändert sich ja doch nichts und ‚die da oben‘ werden es sich ja sowieso immer richten.“

Elitenherrschaft

Wie bei Platon und Aristoteles ist der Ausgangspunkt der Demokratiekritik der Frankfurter Schule oder Fiskes also der/die nicht ausreichend informierte bzw. politisch ungebildete BürgerIn. Nur dass die antiken Denker eine Pöbelherrschaft, die KritikerInnen der Moderne das Diktat der Eliten fürchten. Vor allem der Finanz-Eliten. Der Politikwissenschaftler **Colin Crouch** spricht in diesem Zusammenhang in seinem gleichnamigen Buch von Tendenzen zur „Postdemokratie“. Crouch zeichnet damit die dunkle Vision eines politischen Systems, dessen demokratische Institutionen zwar weiterhin existieren (boshaft ausgedrückt: vegetieren), das von BürgerInnen und PolitikerInnen aber nicht mehr mit Leben gefüllt wird. Der/Die BürgerIn bzw. WählerIn ist in diesem Szenario vor allem desinteressiert und desillusioniert. Zur Revolte reicht die Kraft scheinbar nicht aus – Nutznießer ist ein außer Rand und Band geratener

„Manchester-Kapitalismus reloaded“. Auf der Strecke bleiben hingegen Solidarität, Sozialstaat und Selbstbestimmung.

Verkommen demokratische Wahlen somit tatsächlich zu Alibi-Handlungen, während das politische Geschehen unberührt, von einigen wenigen Mächtigen gesteuert bleibt, die in die eigene Tasche wirtschaften? Selbst an dieser kritischen Sicht darf Kritik geäußert werden. „Auch in der Hochblüte der Frankfurter Schule gab es für den/die BürgerIn die Möglichkeit sich umfassend und objektiv zu informieren. Diese Möglichkeiten sind heute im Zeitalter des Internets noch vielfältiger geworden“, meint Dr. Hannes Wimmer, Dozent an der Uni Wien. Der Politikwissenschaftler hat sich im Laufe seiner langjährigen akademischen Laufbahn intensiv mit der Theorie politischer Systeme und Demokratietheorie beschäftigt. Wimmer sieht das Problem nicht in einem Informationsmangel, sondern im Gegenteil in einem Informationsüberschuss: „Die entscheidende Frage lautet also: Wie bekommen die BürgerInnen die Info-Flut in den Griff?“ Dass hierbei ein möglichst hohes Bildungsniveau der Bevölkerung eine wesentliche Rolle spielt, liegt auf der Hand. Aber auch den Medien selbst würde eine Anhebung des Niveaus mancherorts nicht schaden. Als nicht gerade förderlich für die politische Kultur in Österreich sieht Wimmer zunehmende Boulevardisierungstendenzen und die starke Konzentration in der heimischen Medienszene, wobei die hohen Marktanteile der Kronen Zeitung mit ihrem ausgeprägten Kampagnenjournalismus ein Spezifikum der österreichischen Presselandschaft darstellen. Schließen wir mit einem Zitat von Crouch: „Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen.“ Wir brauchen also nicht weniger, sondern mehr Demokratie.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
haraldkolerus@yahoo.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

© OGB-Verlag/Paul Sturm



Nachdem wirklich kritische Berichterstattung laut dieser Theorie nicht möglich ist, bleiben die WählerInnen uninformatiert. Sie wissen nicht, warum sie diese oder jene Partei wählen sollen – im medialen Getöse erscheinen alle Möglichkeiten gleichwertig, um nicht zu sagen: gleich schlecht. So wird letztlich nach persönlicher Sympathie entschieden oder gar nicht zur Wahlurne gegangen.

Was, kein Kreuz?

In Österreich ist es selbstverständlich: Das Kreuz auf dem Stimmzettel. Doch nicht überall ist das der Fall, und auch hierzulande war das nicht immer so.

Autorin: Sonja Fercher
Freie Journalistin

Oh, das ist eine gute Frage! Das gibt's ja nicht, man beschäftigt sich mit so vielen Themen rund um die Wahl, doch so ein Detail lässt man links liegen“, ärgert sich ein Historiker. Immerhin geht es um die einfache Frage, ob man in Österreich eigentlich schon immer ein Kreuzerl auf dem Stimmzettel gemacht hat. Schließlich ist das zum Beispiel in Frankreich anders.

Dort erhält man mehrere Stimmzettel, auf denen die Namen der Parteien oder KandidatInnen stehen. In der Wahlkabine steckt man nur jenen ins Kuvert, den man wählen möchte. Die Zettel werden den WählerInnen nach Hause geschickt, außerdem liegen sie im Wahllokal auf. Eigentlich sollte man alle Stimmzettel mit in die Wahlkabine nehmen, doch gibt es mehrere KandidatInnen oder Parteien, nehmen manche WählerInnen nur zwei Stimmzettel mit, um dem Wahlgeheimnis Genüge zu tun. Andere wiederum verzichten selbst darauf und nehmen nur einen Stimmzettel mit.

Die Frage nach dem Stimmzettel

Das Interessante ist, dass das Kreuz bei der Wahl im deutschsprachigen Raum offenbar so normal ist, dass es gar nicht so leicht ist, seiner Geschichte auf die Spur zu kommen. Google spuckt nur sehr dürftige Ergebnisse aus, wenn man den Suchbegriff „Stimmzettel“ eingibt. Anders im Übrigen auf den englischen

Seiten, denn dort ist einiges zu finden. In politikwissenschaftlichen Lexika wird der Begriff nicht einmal extra angeführt. Sucht man nach Wahlrecht oder Wahlsystemen, findet man natürlich mehr – nur keine Antwort auf die Frage nach dem Stimmzettel und wie dieser früher ausgesehen hat.

Wahlrecht nur für Steuerzahlende

Dabei ist das doch die Essenz der Demokratie: Die Stimme, die man abgibt, unbeeinflusst, also geheim – einer der vielen Grundsätze der Demokratie, ebenso wie jener, dass jeder Stimmzettel gleich viel wiegt. All das aber musste hart erkämpft werden. Immerhin hatte lange nur ein bestimmter Personenkreis das Recht, seine Stimme abzugeben: die Steuerzahlenden nämlich.

So wurden in Österreich lange Honoratioren gewählt, und zwar ohne Kreuz: „Deren Namen wurden von den Wahlberechtigten auf einen Stimmzettel geschrieben“, erzählt Politikwissenschaftler Ferdinand Karlhofer. Im Jahr 1907 wurde das „allgemeine Männerwahlrecht“ eingeführt, erst im Jahr 1919 konnten auch Frauen ihre Stimme abgeben. Und es war in der Tat nicht immer so, dass man in Österreich ein Kreuzerl machte. Auch wurden die Stimmzettel nicht immer schon vom Staat gedruckt und im Wahllokal zur Verfügung gestellt. Vielmehr schickten die Parteien diese den WählerInnen zu oder VertreterInnen verteilten sie am Wahltag. Oder aber sie waren in Zeitungen abgedruckt und man musste sie – kein Scherz! – ausschneiden.

Gesetzlich waren die Farbe sowie die Größe des Stimmzettels festgelegt. So steht etwa im Wahlgesetz aus dem Jahre 1945, dass der Stimmzettel gültig ist, wenn er „1. aus weichem weißlichem Papier ist und 2. das ungefähre Ausmaß von 9 1/2 bis 11 1/2 cm in der Länge und von 6 1/2 bis 8 1/2 cm in der Breite aufweist und 3. a) die Parteibezeichnung oder b) wenigstens den Namen eines Bewerbers der gewählten Parteiliste unzweideutig dartut oder c) nebst der Parteibezeichnung den Namen eines oder mehrerer Bewerber der von dieser Partei aufgestellten Parteiliste enthält“.

Stimmzettel zum Ausschneiden

Stöbert man im Archiv der Arbeiterzeitung, so findet man in der Ausgabe vom 24. November 1945 einen Stimmzettel für die Nationalrats- und Landtagswahl – und auf dem steht nur ein Name: Sozialistische Partei. Auch zur Arbeiterkammerwahl wird man fündig: In der Arbeiterzeitung vom 23. Oktober 1949 ist auf Seite 1 zu lesen: „Wir veröffentlichen auf Seite 11 einen richtigen Stimmzettel, der ausgeschnitten und abgegeben werden kann.“ Auf diesem Stimmzettel steht ebenfalls nur ein Name: „Sozialistische Partei (Fraktion der sozialistischen Gewerkschafter im Österreichischen Gewerkschaftsbund)“.

Etwas entdecken kann man auch im Innenministerium: Der stellvertretende Bundeswahlleiter Robert Stein hat in seinem Büro verschiedene Stimmzettel aufgehängt. Von der Bundespräsidentenwahl im Jahr 1951 gibt es verschie-



Beim Computer hingegen könne man dies nicht mitverfolgen. Doch auch ohne politische Mehrheit bereitet man sich im Innenministerium auf den Fall der Fälle vor, immerhin will man dann gewappnet sein.

dene Stimmzettel mit den Namen der Kandidaten. Auch von der Nationalratswahl im Jahr 1956 hängen dort welche: Es sind vier verschiedene, auf denen jeweils „Sozialistische Partei Österreichs“, „Österreichische Volkspartei“, „Freiheitliche Partei Österreichs“ und „Kommunisten und Linksozialisten“ steht. Das heißt allerdings nicht, dass der Staat keine Stimmzettel zur Verfügung stellte, vielmehr gab es beides.

Im Jahr 1959 schließlich taucht der Begriff „Kreuz“ im Gesetz auf. In der Nationalratswahlordnung bzw. dem Bundespräsidentenwahlgesetz ist von einem Kreis rechts neben dem Namen des Kandidaten/der Kandidatin bzw. der Partei die Rede. Die Stimme ist dann gültig, heißt es im Gesetz, „wenn der Wähler in einem der (...) Kreise ein liegendes Kreuz (...) macht“. Außerdem wurde der „amtliche Stimmzettel“ bei der Nationalrats- und Präsidentschaftswahl zur Norm und jeder andere für ungültig erklärt. Bei der Arbeiterkammerwahl war dies im Jahr 1969 der Fall.

Ein „Ticket“ zur Wahl

Wer kann sich heute noch vorstellen, dass es keinen von der Wahlbehörde ausgegebenen Stimmzettel gibt? Und doch ist dies auch heute noch NiederösterreicherInnen oder VorarlbergerInnen nicht unbekannt. Denn in diesen Bundesländern ist es immer noch so, dass es bei Landtags- und Kommunalwahlen amtliche und nicht-amtliche Stimmzettel gibt.

Rechtswidrig ist dies nicht, wie der Verfassungsgerichtshof feststellte. Schreibt ein/eine WählerIn auf den nicht-amtlichen Wahlzettel nur einen Namen, geht diese Stimme an die Partei, auf deren Liste die betreffende Person steht. Zusätzlich bekommt diese Person eine Vorzugsstimme. Amtliche Stimmzettel gibt es in Niederösterreich übrigens erst seit den 1990er-Jahren.

Auch in den USA war es einst so, dass es mehrere Stimmzettel gab und man kein Kreuz machte. Heute ist vom Obama-Biden- oder Romney-Paul-Ticket die Rede. Hintergrund für den Begriff „Ticket“ sind die von Republikanern oder Demokraten ausgegebenen Stimmzettel, auf denen die KandidatInnen aufgelistet waren.

Weil diese die Größe von Fahrscheinen, also „railroad tickets“ hatten, ist bis heute vom „Ticket“ die Rede. Man vermutet, dass auch diese früher in Zeitungen publiziert wurden, aus denen man sie ausschneiden konnte. Und auch dort steckte man nur das Ticket von jener Partei ins Kuvert, die man wählen wollte. Das ist lange her und inzwischen wird mit Wahlmaschinen gewählt.

Gedanken zum E-Voting

Nicht zuletzt die Schwierigkeiten, die man im Jahr 2000 bei den Präsidentschaftswahlen mit eben diesen Maschinen hatte, sind der Grund dafür, dass man in Österreich nicht über eine Einführung von Wahlmaschinen nachdenkt. Außerdem seien sie zu teuer, erklärt Wahlleiter Stein: „Die Anschaffung rechnet sich

nicht bei einem System wie dem österreichischen, das auf Freiwilligen und ParteienvertreterInnen beruht.“ Sehr wohl aber denkt man im Innenministerium über E-Voting nach, selbst wenn dieses im Moment keine politische Mehrheit hat.

Ein Vorbehalt lautet, dass nicht auszuschließen ist, dass die Stimme am Ende einem bestimmten Computer und damit einer Person zugeordnet werden kann – ein Grundsatz der Wahl, nämlich jener der geheimen Wahl, wäre damit nicht mehr garantiert.

Für einen weiteren Vorbehalt bemüht Wahlleiter Stein eine Metapher: „Wenn ich heute im Casino spiele und ich setze auf Rot, es gewinnt aber Schwarz, so kann ich die Kugel verfolgen“, also nachvollziehen, wo sie landet. Beim Computer hingegen könne man dies nicht mitverfolgen. Doch auch ohne politische Mehrheit bereitet man sich im Innenministerium auf den Fall der Fälle vor, immerhin will man dann gewappnet sein.

Bis dahin aber werden österreichische WählerInnen weiterhin ihr Kreuzerl auf einem amtlichen Stimmzettel aus Papier machen.

Internet:

Mehr Infos unter:

de.wikipedia.org/wiki/Stimmzettel

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sonja.fercher@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Einsatz mit Semmerl

*Den Wahltag verbringen WahlhelferInnen gewöhnlich in ihrem Wahlsprengel.
Ein Überblick über diese demokratisch notwendige, triviale Tätigkeit.*

AutorInnen:

Christian Resei und Sophia T. Fielhauer-Resei
Freie JournalistInnen

Schreiten wir zur Wahl, dann kann nicht viel ohne die vielen freiwilligen WahlhelferInnen passieren. Im Dezernat Wählerevidenz, Wahlen und direkte Demokratie in der MA 62 weiß Leiter Otto Gmoser, wie viel Zeitaufwand dazugehört und wen wir in unserem Sprengel antreffen. „Eine Wahlbehörde besteht aus dem/der SprengelwahlleiterIn und seinem/seiner, ihrem/ihrer StellvertreterIn, die von der Gemeinde gestellt werden. Dazu kommen noch die drei politisch besetzten BeisitzerInnen.“ In Wien sind das derzeit zwei BeisitzerInnen der SPÖ und eine/r der FPÖ. Anzahl und Zusammensetzung sind freilich von den Ergebnissen der letzten Wahlen abhängig. „Daneben gibt es noch Wahlzeugen, die von allen kandidierenden Parteien gestellt werden können. Ein Wahlzeuge kann aber nur den Wahlgang beobachten, mehr nicht“, erklärt Gmoser. Die Wahlzeuginnen und Wahlzeugen sämtlicher kandidierender Parteien können von Sprengel zu Sprengel fahren und die Wahlsituation beobachten. Anders verhält es sich mit den BeisitzerInnen: „Sie sind Mitglieder der Wahlbehörde. Wenn entschieden werden muss, ob eine Stimme gültig oder ungültig ist, dann haben sie zu entscheiden.“

Vertrauenspersonen

Darüber hinaus können die kandidierenden Parteien auch Vertrauenspersonen entsenden. Gmoser: „Der Unterschied zu

den Wahlzeugen besteht darin, dass die Vertrauenspersonen der Wahlbehörde angehören und einem Sprengel zugeordnet sind. Bei der Auszählung der Stimmen können beide dabei sein, aber nicht mitbestimmen, wenn es Unsicherheiten bei der Zuordnung einer Stimme gibt.“ BeisitzerIn, Wahlzeuge, Wahlzeugin und Vertrauensperson kann jeder Mensch sein, der am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet hat – doch er/sie muss von einer Partei nominiert werden.

Wahl-Arbeitstag beginnt um fünf Uhr

Als Beisitzer war Dezernatsleiter Gmoser nie selbst tätig, denn seit er wahlberechtigt ist, arbeitet Gmoser für die MA 62. Doch der Wahltag ist auch für ihn purer Stress. Um fünf Uhr morgens ist Dienstbeginn und der Arbeitstag endet, wenn die letzte Bezirkswahlbehörde mit ihrer Auszählung fertig ist, zumeist um Mitternacht. Bei Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen kann es aber auch bis fünf Uhr in der Früh dauern – ein 24-Stunden-Dienst ist also möglich.

Lange Wahlabende kennt auch Wahlbeisitzer Alexander Koppensteiner, der diese Aufgabe bereits seit 1998 ausübt. Zwar erhalten die WahlbeihelferInnen 30 Euro Aufwandsentschädigung, doch Koppensteiner spendet den Betrag der politischen Bewegung – das ist nicht Pflicht, aber doch Tradition. „Meine Genossen haben mich gebeten als Wahlbeisitzer mitzuarbeiten, und es macht immer noch Spaß. Wenn man sich zu Wahlen bekennt, sollte man auch deren Abhaltung unterstützen“, erklärt Koppensteiner. Dass Wahlbei-

sitzerInnen aufeinander angewiesen sind, mit den BeisitzerInnen anderer Parteien gut zusammenzuarbeiten, ist für Koppensteiner kein Problem. „Das ist eigentlich sehr leicht, denn wir alle haben das gleiche Ziel: den Tag möglichst angenehm hinter uns zu bringen.“

Angenehm heißt etwa, nicht die ganze Nacht bei der Auszählung zu verbringen und als sogenannte „fliegende Wahlkommission“, die zu Gebrechlichen in die Wohnung kommt, nicht mehr nach dem eigentlichen Wahlschluss unterwegs zu sein. Otto Gmoser hat das Jahr 1996 noch genau in Erinnerung, denn damals fanden die Gemeinderatswahlen und die Wahlen zum Europäischen Parlament am gleichen Tag statt. „Das war fürchterlich. Zwar werden durch Wahlen am gleichen Tag auch Kosten eingespart, aber für die Wahlbehörden entstand 1996 das fürchterlichste und schlimmste Chaos, das man sich vorstellen kann.“

Nur ein kleiner Rückblick: Bei der Stimmzettelausgabe musste besonders aufgepasst werden – viele WählerInnen wussten überhaupt nicht, was zu tun war, und die Kuverts in unterschiedlichen Farben mussten freilich auch in verschiedene Urnen eingeworfen werden. Ein zusätzliches Problem: Die Stimmen für die Wahl zum Europäischen Parlament durften damals nicht vor 22 Uhr ausgezählt werden. Die meisten Freiwilligen waren deshalb bis Mitternacht im Einsatz, manche WahlbeisitzerInnen sogar bis halb zwei Uhr morgens. „Das hat zu einigen Unmutsäußerungen geführt“, erinnert sich Gmoser. „Angehörige haben angerufen



SeniorInnen bringen den BeisitzerInnen ein- bis zweimal am Tag eine Jause vorbei – meistens Wurstsemmeln. Hungrige Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien bekommen freilich etwas ab: „Wobei wir dem Koalitionspartner die Semmel tendenziell als erstes anbieten.“

und uns gefragt, ob wir verrückt geworden sind, weil etwa die Gattin um ein Uhr Früh noch immer im Wahlsprengel gegessen ist.“

Diese Zeiten sind Geschichte, denn bei Europawahlen wird mittlerweile ab 18 Uhr ausgezählt, bloß das Ergebnis darf nicht zu früh veröffentlicht werden. Es scheint, das Kreuzerl im Kreis ist eine simple Geschichte – doch ganz so fehlerfrei verläuft die Stimmabgabe wohl doch nicht. Über die Gültigkeit der Stimmzettel existiert ein Erlass des Bundesministeriums für Inneres: „In 99 Prozent der Fälle ist das eine relativ einfache Sache, ich mach mein Kreuzerl wohin und damit habe ich es meist angenagelt“, meint auch Gmoser. Doch immer wieder wird das Kreuz nicht in der Mitte gemacht und deshalb sieht der Erlass vor, dass der Wählerwille trotzdem eindeutig ist.

Komplizierte Vorzugsstimmen

Doch vor allem bei den Vorzugsstimmen ist die Wahl tatsächlich nicht mehr ganz so trivial. Dezernatsleiter Gmoser: „Wenn ich bei der Wien-Wahl ‚Häupl‘ in die SPÖ-Zeile schreibe, dann ist der Wählerwille eigentlich klar. Wenn das aber in einem Bezirk geschieht, wo der Herr Bürgermeister nicht kandidiert, ist die Stimme ungültig, wenn die SPÖ nicht zusätzlich angekreuzt wird.“ Die Vorzugsstimme ist aber ein durchaus starkes politisches Instrument. Als Josef Cap 1983 als unbequemer Juso-Chef nur mittels seiner Vorzugsstimmen ins Parlament kam, konnte er wahrscheinlich Stimmen von jungen WählerInnen, die eigentlich die

Grünen wählen wollten, für sich mobilisieren. Ergebnis: Die Grünen kamen damals nicht ins Parlament. Aber auch sie kennen sich inzwischen mit dem Vorzugsstimmen-Wahlrecht aus. Bei den letzten Gemeinderatswahlen hat Alexander Van der Bellen einen Vorzugsstimmenwahlkampf geführt und wurde dadurch in den Wiener Landtag gewählt. Seinen Platz im Gemeinderat hat er allerdings, wie bekannt, erst heuer eingenommen.

Heim, zum Wählen

Missstimmungen unter den Kolleginnen und Kollegen hat Beisitzer Koppensteiner noch bei keiner Wahl erlebt: „Es gibt nur ab und an Diskussionen, wie eine bestimmte Stimme zu zählen ist. Denn manchmal malen die Leute nur irgendwelche Kugerln hin und du kannst raten, was sie damit gemeint haben. Da haben die WählerInnen oft viel Phantasie.“ Schmunzelnd erinnert er sich an einen Stimmzettel bei der Bundespräsidentenschaftswahl 1998: „Da fand sich zwar kein Kreuz, aber der Satz ‚Ich wähle wieder den eitlen Gecken‘. Die Stimme bekam, weil es doch eindeutig zuzuordnen war, Thomas Klestil.“

Mit der fliegenden Wahlkommission war Koppensteiner auch im Hospiz der Caritas am Rennweg – Momente, die er nie vergessen wird. PatientInnen im Hospiz oder in Krankenhäusern können aber nur dort wählen, wenn sie auch eine Wahlkarte beantragt haben. Manche wissen das nicht, andere werden erst nach der Beantragungsfrist stationär aufgenommen. „Da bringen wir die Men-

schen schon in ihr Wahllokal im Heimatbezirk, wenn sie es wollen. Was mich aber auch tief berührt hat, ist die Bedeutung des Wahlrechts für Leute, die noch ganz andere Zeiten erlebt haben.“

Semmel für den Koalitionspartner

Koppensteiners Wahltag beginnt um sechs Uhr morgens in der Bezirksorganisation: „Da gibt es noch ein ordentliches Frühstück und dann können wir noch ein bisschen plaudern. Dann bekommt jeder seine Unterlagen ausgehändigt und geht zu seinem Wahllokal.“

Am Wahltag wird in der Bezirksorganisation regelrecht aufgeköchelt, die HelferInnen der Wiener SPÖ sind meistens gut mit Nahrungsmitteln versorgt. SeniorInnen bringen den BeisitzerInnen ein- bis zweimal am Tag eine Jause vorbei – meistens Wurstsemmeln. Hungrige Kolleginnen und Kollegen anderer Parteien bekommen freilich etwas ab: „Wobei wir dem Koalitionspartner die Semmel tendenziell als erstes anbieten.“ In Wien ist das seit Kurzem ein bisschen schwieriger, denn viele Grüne sind VegetarierInnen.

Internet:

Mehr Infos unter:

de.wikipedia.org/wiki/Wahlhelfer

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
resei@gmx.de
sophia.fielhauer@chello.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Big Player – nicht nur in Wahlzeiten

In Zeiten des Web 2.0 geht die Meinungsforschung neue Wege. Erstmals sind Trends in Echtzeit beobachtbar – auch wenn es um Politik geht.

Autorin: **Astrid Fadler**
Freie Journalistin

In der Politik – und besonders im Wahlkampf – spielt die Meinungsforschung eine bedeutende Rolle. Selbst kurz vor dem Urnengang können Umfrageergebnisse und Wahlprognosen sowohl PolitikerInnen als auch WählerInnen noch entscheidend beeinflussen.

Opinion Mining heißt der neueste Trend der Meinungs- und Marktforschenden. Dabei werden mittels Online-Analyse-Tool (Facebook-)Postings und Tweets nach bestimmten Inhalten durchsucht. So erfährt man theoretisch schon kurz nach einer TV-Diskussion, welchen Eindruck ein/eine SpitzenkandidatIn hinterlassen hat. Die Vision: Allmorgendlich zeigt der Blick auf den sogenannten Campaign **Alert** die neuesten Trends der vergangenen 24 Stunden im Web und in den Social-Media-**Streams**. Mit dem EU-finanzierten Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Trendminer“, an dem unter anderem das sozialwissenschaftliche Institut SORA beteiligt ist, sollen diese Tools bis 2014 die wichtigsten Sprachen, inklusive der etwa bei Twitter gebräuchlichen Abkürzungen und Akronyme, gelernt haben. Schon im Wahljahr 2013 sind erste Praxistests geplant.

Fehlprognosen als „part of the game“

Von derart raschen Ergebnissen in Echtzeit konnte George Gallup, der Pionier der Marktforschung, nicht einmal träumen. Ihm gelang 1936 sein erster großer Erfolg, als er nach der Befragung von le-

diglich ein paar Tausend nach bestimmten Kriterien ausgesuchten Wahlberechtigten prognostizierte, dass Franklin D. Roosevelt die Präsidentschaftswahlen gewinnen würde. Bis dahin waren vor Wahlen Millionen Fragebögen verschickt worden. Es galt die Devise: Je mehr Menschen befragt werden, desto besser das Ergebnis. Zwölf Jahre später erstellte Gallup allerdings eine Fehlprognose, die das Ansehen der Meinungsforscher empfindlich schmälerte. Sein „Favorit“ unterlag dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Harry S. Truman.

„Ich denke, dass es einen Weltmarkt für vielleicht fünf Computer gibt“, schätzte IBM-Boss Thomas Watson 1940. Ob diese Prognose mithilfe von MeinungsforscherInnen damals anders ausgefallen wäre, darf bezweifelt werden. Aber auch im Computerzeitalter gehören Fehlprognosen zum Alltag der DemoskopInnen. So kam beispielsweise 2009 der deutliche Wahlsieg des BZÖ in Kärnten für fast alle sehr überraschend. Beinahe sämtliche Meinungsforschungsinstitute hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von SPÖ und ÖVP prognostiziert.

Last-Minute-Swing

Nicht nur der „Sonderfall Kärnten“ macht den Expertinnen und Experten Probleme. Die anhaltende Tendenz, sich erst kurz vor dem Wahlgang für eine Partei zu entscheiden, sorgt für Unwägbarkeiten. Der Anteil all jener, die sich in der letzten Phase, also während des Intensivwahlkampfes entscheiden, ist von neun Prozent im Jahr 1979 kontinuierlich auf 33 Prozent bei den Nationalratswahlen 2008 angewach-

BUCHTIPP

Regula Troxler
**Der gläserne Wähler/
Konsument**
Holzhausen, 2009,
112 Seiten, € 7,-
ISBN 978-3-85493-162-1



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

sen. Die Bindungskraft der Parteien wurde in den vergangenen Jahren immer kleiner, entlang neuer politischer Spannungslinien haben sich Parteien gebildet, die oft nicht mehr den alten Rechts-Links-Ideologien entsprechen. Ein weiterer Trend ist die höhere Wählermobilität: 2008 haben laut GfK-Exit-Poll 28 Prozent der WählerInnen eine andere Partei gewählt als 2006. Das macht Prognosen nicht leichter. Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre (2007) hat die Wählermobilität und den Trend zum Last-Minute-Swing noch weiter verstärkt. Dementsprechend liefert auch die Sonntagsfrage oft trügerische Ergebnisse. „Die Zahl jener, die sich als ‚unentschlossen‘ deklarieren, ist seit Jahren relativ konstant, obwohl die klassischen Parteienbindungen deutlich zurückgegangen sind“, so Dipl.-Ing. Paul Unterhuber, GfK Austria. Soll heißen, in letzter Minute ist noch alles drin: Wer vier Monate vor einer Wahl noch für die SPÖ war, macht am Ende vielleicht sein Kreuz bei einer anderen Partei.

Während eines Wahlkampfes werden die WahlkampfmanagerInnen mindes-

Die Bindungskraft der Parteien wurde in den vergangenen Jahren immer kleiner, entlang neuer politischer Spannungslinien haben sich Parteien gebildet, die oft nicht mehr den alten Rechts-Links-Ideologien entsprechen.



INFO & NEWS

Schnelle Ergebnisse mit CATI – kleines Demoskopie-Lexikon

CAPI: Die Buchstaben CA bedeuten hier „computer assisted“ (computerunterstützt), zum Beispiel CAPI: computerunterstützte persönliche Interviews; außerdem möglich: Befragungen per SMS (CAMI – „mobile interviewing“), CATI – Telefonumfragen, CAWI – online etc.

Exit Poll: Befragung von WählerInnen direkt nach der Wahl; die unterschiedlich umfangreichen Ergebnisse dienen vor allem der Wählerstromanalyse, aber etwa auch der Motivforschung.

Qualitatives Interview: Fragen sind kaum oder nur wenige vorgegeben, ein Leitfaden enthält die wichtigsten Punkte, die angesprochen werden müssen. Die Interviewten können weitgehend frei sprechen. Repräsentativ ist eine Umfrage nur dann, wenn die Stichproben (das Sample) die Grundgesamtheit in allen Merkmalen möglichst gut widerspiegeln. Entscheidend dabei ist vor allem das Auswahlverfahren und weniger die Anzahl der Stichproben.

Standardisiertes Interview: Vorgegebene Antworten können angekreuzt werden. Diese Einschränkung ist für manche Fragestellungen wichtig, weil es sonst zu einer unübersichtbaren Fülle von Antworten kommen würde.

Wahlbeteiligung: Diese betrug bei den Nationalratswahlen 2008 knapp 79 Prozent. Laut aktueller Sonntagsfrage würden derzeit nur 53 Prozent wählen gehen. In Österreich ist die Wahlbeteiligung zwar – dem internationalen Trend folgend – rückläufig, allerdings immer noch höher als in Deutschland oder der Schweiz.

tens einmal pro Woche mit Umfrageergebnissen konfrontiert. Nicht selten richten sich die Aussagen der PolitikerInnen hauptsächlich nach diesen Zahlen. Das muss nicht unbedingt negativ sein, sofern es etwa die Themenschwerpunkte betrifft, birgt aber auch die Gefahr, letztendlich an Profil und Authentizität zu verlieren – sowohl als Partei als auch als einzelner/einzelne PolitikerIn.

Taktisches Wählen

Wie weit Umfragen und Prognosen tatsächlich die Wahlbeteiligung und -ergebnisse beeinflussen, darüber lässt sich lange diskutieren. Expertinnen und Experten haben dazu einige Theorien entwickelt, können sich aber nicht auf gemeinsame Antworten einigen. Taktisches Wählen jedenfalls ist fast nur mit Hilfe von Wahlprognosen möglich: Soll man eine kleine Partei wählen, deren Einzugs ins Parlament unsicher ist und damit quasi seine Stimme „verschenken“? Soll man nicht lieber doch den Wochenend-Trip nach Paris buchen, weil der/die GewinnerIn einer Wahl ohnehin schon feststeht? In Deutschland und Österreich gibt es übrigens – im Gegensatz zu anderen Staaten – kein Verbot zur Veröffentlichung von Meinungsumfragen kurz vor Wahlen.

Hochrechnungen der Wahlergebnisse dürfen am Wahltag allerdings erst publiziert werden, wenn das letzte Wahllokale geschlossen hat. Die Computer arbeiten allerdings schon lange davor, nämlich sobald die Auszählungsergebnisse der ersten Wahllokale im Laufe des Vormittags feststehen.

Wie liest man Umfrageergebnisse richtig bzw. woran erkennt man seriöse Umfragen? Folgende Angaben sollten keinesfalls fehlen: Stichprobengröße und Befragungsart (zum Beispiel: 500 Telefon-Interviews), Grundgesamtheit (zum Beispiel: WienerInnen ab 16 Jahren), Erhebungszeitraum/Zeitpunkt der Umfrage, Institut bzw. AuftraggeberIn. Außerdem ist es hilfreich, Fragen und Antwortmöglichkeiten genauer unter die Lupe zu nehmen.

Die Formulierung „In Österreich leben zu viele AusländerInnen“ wird vermutlich andere Ergebnisse liefern als „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die hier lebenden AusländerInnen in ihre Heimat schicken“. Interessant sind oft auch die Antwortmöglichkeiten. Häufig werden die Ergebnisse in den und für die Medien grob zusammengefasst.

Bei der Zusammenfassung mehrerer Attribute (immer, häufig, regelmäßig etc.) in einer Zahl ist prinzipiell Vorsicht geboten. Nicht selten werden in solchen Fällen zwei Wahlmöglichkeiten zusammengezogen, um das Ergebnis im Sinne der AuftraggeberInnen zu schönen.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/8pvrddx

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Sozial ungleiche Wahlbeteiligung

Je mehr Einkommen und Bildung Menschen haben, desto eher nutzen sie ihre demokratischen Rechte. Das führt zu mancher Schieflage.

Autor: Christian Zickbauer
Freier Journalist

Ein mondänes Lokal in einem Hamburger Nobelbezirk. Dicht gedrängt starren die Gäste auf einen großen Flachbildschirm. Ganz vorne steht ein Mitfünfziger mit Smoking und schwarzer Fliege, glattrasiertem Gesicht und akkuratem Seitenscheitel. An seiner Seite blickt eine etwa gleich alte Frau gebannt auf den Bildschirm. Sie trägt einen perfekt sitzenden Blazer und ein unaufdringliches, aber exquisites Perlencollier schmückt ihren Hals. Plötzlich bricht die versammelte Menge in Jubel aus. Der Mann im Smoking verliert kurz die Contenance, ballt mehrmals beide Hände zu einer Faust und brüllt dabei vor Freude. Ein anwesendes ReporterInnenteam hält für ein erstes Statement das Mikrofon vor die jubelnde Menge. „Das – finde ich – ist gelebte Demokratie“, verrät die Frau mit dem Collier.¹

„Feiner“ Bürgerentscheid

Was diese feine Gesellschaft in solch eine Jubelstimmung versetzte, war das Abstimmungsergebnis eines sogenannten „Bürgerentscheids“ über eine weitreichende Schulreform in Hamburg im Juli 2010. Die Grundschule sollte von vier auf sechs Jahre verlängert werden. Durch das längere gemeinsame Lernen sollten vor allem die „Schwächeren“ mehr gefördert werden. Dies war den gut situierten Eltern ein Dorn im Auge. Sie pochten darauf, dass ihre wohl behüteten Sprösslinge auch weiterhin nach der 4. Schulstufe von den „schwächeren“ SchülerInnen getrennt werden sollten und gründeten eine BürgerInneninitiative.

Diese machte erfolgreich gegen den einstimmigen (!) Beschluss für die Schulreform im Landesparlament mobil und erzwang einen Volksentscheid.

Blicken wir am Tag der Abstimmung aber auch in jene Teile der Stadt, die mit weniger Reichtum gesegnet sind. Zum Beispiel in den Bezirksteil Hamburg-Billstedt: Die Hälfte der Kinder wächst in einem Hartz-IV-Haushalt auf, ein Drittel der Jugendlichen schafft keinen Hauptschul- oder höheren Abschluss. Die Wahllokale sind am Tag der Abstimmung wie leergefegt. Lediglich die VertreterInnen der Wahlbehörden langweilen sich dort an diesem schönen Sommertag. Viele Menschen auf der Straße hören – von ReporterInnen dazu befragt – das erste Mal von der Abstimmung. Eine Frau hat ganz offensichtlich den Sinn der Fragestellung des Bürgerentscheids nicht erfasst: Sie habe gegen die Schulreform gestimmt, weil die Kinder sowieso schon so wenig Freizeit hätten, erklärt sie der erstaunten Reporterin.

Bei der Abstimmung stimmten 58 Prozent gegen die geplante Schulreform. Eine Analyse der Ergebnisse zeigte Folgendes: In den reicheren Stadtteilen, in denen das jährliche Durchschnittseinkommen rund 60.000 Euro pro Haushalt beträgt, lag die Wahlbeteiligung bei 54 Prozent. Dort, wo die Bevölkerung besonders von der Schulreform profitiert hätte, in den ärmeren Stadtteilen mit 20.000 Euro jährlichem Durchschnittseinkommen, nahmen nur 27 Prozent an der Abstimmung teil.² Handelt es sich bei diesem Beispiel um einen bedenklichen Einzelfall? Oder verabschieden sich einkommensschwache und bildungsferne

Schichten in westlichen Demokratien immer mehr von der Beteiligung an Wahlen?

Dann wäre eine der größten Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung infrage gestellt.

1906: Allgemeines Wahlrecht

Blicken wir kurz zurück in die Österreichisch-Ungarische Monarchie am Anfang des 20. Jahrhunderts: 5.000 Großgrundbesitzer wählen 85 Abgeordnete, 5,3 Mio. Menschen aus der allgemeinen Wählerklasse entsenden 72 Abgeordnete in den Reichsrat. Noch 1901 fanden die Wahlen zum Wiener Reichsrat nach dem Zensuswahlrecht statt. Nicht jede Stimme zählte gleich viel, sondern ihr Wert bemaß sich am Steueraufkommen, Grundbesitz oder Vermögen. Der politische Druck der Sozialdemokratie unter der Federführung **Viktor Adlers** und Massenproteste im November 1905 führten im Jahr darauf zur Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht war zunächst auf Männer beschränkt, galt 1918 dann auch für Frauen. Wenn alle³ ab Erreichung des Wahlalters wählen, sollten auch die politischen Interessen der Bevölkerung gleichwertig und unabhängig vom sozialen Stand im Parlament vertreten sein. Heute lässt sich ein deutliches Sinken der Wahlbeteiligung seit den 1980er-Jahren diagnostizieren.

¹ Volksentscheid Hamburg: Egoismus macht Schule – PANORAMA (DAS ERSTE, NDR, ARD), veröffentlicht auf YouTube am 23. 7. 2010, www.youtube.com/watch?v=xjB8z0_-2dQ [Stand: 27. 9. 2012]

² MigrantInnen ohne deutschen Pass, deren Kinder mittlerweile einen hohen Anteil in Grundschulen stellen, waren überhaupt von der Abstimmung ausgeschlossen.

³ Ausländische StaatsbürgerInnen waren und sind bis heute, unabhängig von der Dauer ihres Aufenthaltes in Österreich, nicht vom allgemeinen Wahlrecht erfasst.

Andere Vorschläge – wie die Zusammenlegung von mehreren Wahlen an einem Wahltag oder die Belohnung der Wahlteilnahme mit einem Lottoschein – bringen vielleicht eine Erhöhung der Wahlbeteiligung. Sie ändern aber nichts an dem Grundproblem – im Gegenteil: Das Ziehen eines Lottoscheins als bestimmendes Wahlmotiv kann wohl nicht das Ziel sein.



Lag bei österreichischen Nationalratswahlen die Wahlbeteiligung in der Zweiten Republik zunächst stets über 90 Prozent, so sank dieser Wert auf unter 80 Prozent bei den letzten beiden Wahlen 2006 und 2008. Der Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung ist auch in anderen westlichen Ländern⁴ feststellbar.

In den Debatten über Ursachen und Folgen der sinkenden Wahlbeteiligung wird eine Frage leider viel zu selten untersucht – jene nach Einkommen und Bildungsgrad der NichtwählerInnen. Der deutsche Politikwissenschaftler Sebastian Bödeker hat dies getan. Er zieht dazu die Ergebnisse einer in Deutschland regelmäßig stattfindenden Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)⁵ heran. Bödeker vergleicht die Wahlbeteiligung des ärmsten und des reichsten Fünftels der Bevölkerung bei den Bundestagswahlen 1987 und 2009. Bei den Wahlen 1987 war die Gesamtwahlbeteiligung mit 84,3 Prozent noch relativ hoch. Der Unterschied in der Wahlteilnahme zwischen Arm und Reich fiel mit 2,9 Prozent gering aus. 2009 betrug die Gesamtwahlbeteiligung nur mehr 70,8 Prozent. Die Wahlbeteiligung

des reichsten Fünftels war aber um 32 Prozent höher als jene des ärmsten Fünftels. Schaut man sich die Wahlbeteiligung nach Bildungsniveau getrennt an, ergibt sich ein ähnliches Bild: HauptschulabsolventInnen wählten weniger oft als MaturantInnen, der Unterschied ist auch hier 2009 gegenüber 1987 größer geworden.

Bödeker kommt zu folgendem Schluss: „Politische Partizipation steigt mit der Verfügbarkeit von Einkommen und Bildung. Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung führen nicht zu einer gesteigerten Bereitschaft für Protest und politischem Engagement, sondern zu politischer Apathie.“⁶ Dieses Ergebnis bestätigt auch Bödekers Kollege Armin Schäfer mit seiner Analyse der Wahlbeteiligung in 86 Kölner Stadtteilen in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote.⁷ Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 war in reichen Stadtteilen um bis zu 40 Prozent höher als in armen Stadtteilen. Schäfers Untersuchungen belegen auch: Je niedriger die Wahlbeteiligung, umso sozial ungleicher ist sie.⁸

Frustriert von denen da oben

Die Konsequenzen sozial ungleicher Wahlbeteiligung liegen auf der Hand. PolitikerInnen vertreten vor allem die Interessen ihrer WählerInnen. Brechen die unteren sozialen Schichten als WählerInnen weg, werden politische Maßnahmen eher zu ihrem Nachteil ausfallen.⁹ Immer mehr Menschen werden an den sozialen Rand gedrängt und sehen keine Aufstiegschancen mehr. Sie sind frustriert vom politischen System, von „denen da oben“ und verzichten auf politische Beteiligung. Dem demo-

kratischen System droht die Erosion. Aber was muss passieren, damit Menschen wie die BewohnerInnen von Hamburg-Billstedt wieder für ihre Interessen zur Wahl schreiten?

Vertrauensbildende Maßnahmen

In erster Linie müssen Maßnahmen gesetzt werden, die allgemein zu mehr Vertrauen in das politische System führen. Sebastian Bödeker nennt zum Beispiel die Beschränkung der Lobby-Macht wirtschaftlicher Interessen. Aber auch strenge Anti-Korruptionsgesetze würden „die Politik“ weniger angreifbar für berechtigte oder unberechtigte Pauschalverurteilungen machen. Andere Vorschläge, wie die Zusammenlegung von mehreren Wahlen an einem Wahltag oder die Belohnung der Wahlteilnahme mit einem Lottoschein, bringen vielleicht eine Erhöhung der Wahlbeteiligung. Sie ändern aber nichts an dem Grundproblem – im Gegenteil: Das Ziehen eines Lottoscheins als bestimmendes Wahlmotiv kann wohl nicht das Ziel sein.

Will man die Wurzel des Problems bekämpfen, müssen vor allem die sozialen Ungleichheiten verringert werden. Die Schulreform in Hamburg wäre wohl ein kleiner Mosaikstein dafür gewesen. Die Mehrheit war dagegen – das ist gelebte Demokratie. Oder auch nicht.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
christian.zickbauer@gmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁴ Werner T. Bauer, Wenn die Wähler weniger werden: Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung, Wien 2004.

⁵ ALLBUS: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften

⁶ Sebastian Bödeker, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland, 2012, Arbeitspapier Nr. 1 der Otto Brenner Stiftung

⁷ Armin Schäfer, Wer geht wählen? Die soziale Schieflage einer niedrigen Wahlbeteiligung, Köln 2009, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

⁸ Armin Schäfer, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, 2010, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4 (1), S. 131–156.

⁹ Für die USA hat dies der Politikwissenschaftler Martin Gilens u. a. in seinem aktuellen Buch „Affluence & Influence: Economic Inequality and Political Power in America“, 2012, nachgewiesen. In Europa gibt es zur Zeit noch wenig Forschung zu diesem Thema.

Klein(st)parteien-Party

Viele neue Parteien wollen bei der Nationalratswahl 2013 frischen Wind in die Politik bringen. Von Stronach, Piraten, Christen und Männern.

Autor: Martin Haiden
Freier Journalist

WTF – „Wahrheit, Transparenz und Fairness“. Das schreibt sich Frank Stronach auf die Fahnen, wenn er in den Nationalratswahlkampf zieht. „WTF – What The Fuck“, echot die Internetgemeinde – und wählt den Austrokanadier vermutlich trotzdem ins österreichische Parlament. Denn so viel Bedarf an und Bedürfnis nach neuen Parteien war noch selten gegeben. Nicht nur die Korruptionsaffären führten zu einem Tiefstand des Vertrauens in die etablierten politischen Parteien. Die Sehnsucht nach einer Veränderung ist hoch, dem System traut man einen Wechsel nicht zu. Darum ist Platz für Frank Stronach und viele Klein- und Kleinstparteien, die gerne den Protest gegen die herrschende politische Klasse auffangen und nutzen würden.

Let's be Frank

Die besten Chancen unter den vielen Bewerbern hat diesmal einfach Stronach. Mit seinem „Team“ hat er sich durch die Unterstützung von drei Nationalratsabgeordneten – Robert Lugar, Erich Tadler (beide vormals BZÖ) und Gerhard Köfer (vormals SPÖ) – bereits für die Nationalratswahl qualifiziert. Ihm werden von den MeinungsforscherInnen gute Chancen eingeräumt, in den Nationalrat einzuziehen. Und Politik zu machen ist ein lange bestehender Traum von Stronach. Schon 1988, als Magna vor dem Zusammenbruch stand, wollte Stronach mit einem intensiv und kostspielig geführten Wahlkampf für die Liberale Partei mit dem Slogan „Let's be

Frank“ ins kanadische Parlament einziehen, verlor aber in seinem Wahlkreis gegen einen eher unbekanntem Optiker. Das soll diesmal anders sein. Doch er hat Konkurrenz, denn mehrere MitbewerberInnen drängen ins politische Feld, ja sogar PiratInnen wollen die politische Bühne entern.

Meuterei auf dem Piratenschiff

Den Jolly Roger gehisst, will die 2006 gegründete Piratenpartei Österreichs (PPÖ) das Steuer in Österreich übernehmen und den Kurs ändern. Dabei hofft sie auf Rückenwind durch die Erfolge der deutschen Schwesterpartei. Sie setzt u. a. auf mehr direkte Demokratie und Mitbestimmung, mehr Transparenz in der Politik („gläserner Staat“) und eine Neuregulierung des Patent- und Urheberrechts. Noch stehen nicht alle Programmpunkte der PiratInnen fest, denn diese werden basisdemokratisch über das Online-Tool LiquidFeedback (LQFB) ermittelt, diskutiert und beschlossen. Doch damit sind nicht alle zufrieden, es gab bereits eine regelrechte Meuterei auf dem Piratenschiff! Ehemalige Bundesvorstände, Bundesgeschäftsführer und Mitglieder der Piratenpartei Österreich, unter ihnen der ehemalige Piratenpartei-Chef Stephan Raab, sahen die Leitsätze „Moral vor Technik“ und „Reale Demokratie leben“ bei den PiratInnen nicht umsetzbar und gründeten die Splitterpartei „RealDemokraten“ (RDÖ), wie sie am 2. September 2012 bekannt gaben. Die RealDemokraten bezeichnen sich als „eindeutig sozialliberal und bürgerliberal“. „Liberal in der ureigensten Wortform“ wollen sie sein und ziehen mit dem Schlachtruf „Sei real, sei Demokrat, sei Realdemokrat!“ ins Feld.

BUCHTIPP

Christian Eisner/Michael R. Kogler/Andreas Ulrich
Recht der politischen Parteien

Jan Sramek Verlag, 2012,
195 Seiten, € 44,90
ISBN 978-3-902638-87-8



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Eine weitere Absplittung will in den Nationalrat: Matthias Strolz wurde der ÖVP abtrünnig und gründet die Partei „Neos“, mit der er Österreich rundum erneuern will – so wie die anderen Parteien außer den etablierten eigentlich auch. Schlankerer Staat, „Entfesselung“ der Schulen, klares Europabekenntnis, freier Wettbewerb bei gleichzeitigem europäischem Sozialstaat und mehr direkte Demokratie stehen bisher im Infofolder, am 27. Oktober findet der Gründungskonvent statt. Das ist viel mehr Parteiprogramm, als die ÖPÖ, die „Online-Partei Österreichs“, vorweisen kann. Die will nämlich einfach „absolut direkte Demokratie“, und das online: „Entschieden wird immer per Onlineabstimmung nach dem Willen der Mehrheit. Es gibt kein Parteibuch, keine Versprechen, die wir nicht halten können, sondern ausschließlich direkte Demokratie.“ „Abgeordnete und Funktionäre sind per Statut verpflichtet, unabhängig von der persönlichen Meinung den Willen der Mehrheit nach außen zu vertreten.“ Dass sie damit

Die CPÖ will die christlichen Werte tiefer in der Gesellschaft verankern. Deshalb fordert sie die „Erhaltung der naturgegebenen, biologischen Strukturen“, will also die Vater-Mutter-Kind-Familie wieder zurück, die Homoeha wird strikt abgelehnt. Sie tritt vehement gegen Schwangerschaftsabbrüche auf und würde gerne ein „Mütter-Gehalt“ auszahlen, damit zu Hause auch wer kocht und nur nicht daran denkt, ins Erwerbsleben einzusteigen.



verfassungsrechtlich in Konflikt mit dem freien Mandat kommen, stört sie vorerst nicht. Die EU-Austrittspartei plädiert, wie der Name schon sagt, für den EU-Austritt Österreichs. Weitere Anliegen sind gegen „EU-Kriegspolitik“, Gentechnik, Glühbirnenverbot, ESM und Korruption gerichtet.

Christen und andere Männer

Die Europäische Union in der gegenwärtigen Form lehnen auch „Die Christen“ ab, die möglicherweise 2013 wieder antreten. Allerdings – nach gewissen Abspaltungen und Uneinigkeiten – unter dem Namen „CPÖ – Christliche Partei Österreichs“. 31.080 Stimmen, also 0,49 Prozent, erreichten sie 2008 und verfehlten damit den Einzug in den Nationalrat bei Weitem. Doch sie möchten es noch einmal wissen. Die CPÖ will die christlichen Werte tiefer in der Gesellschaft verankern. Deshalb fordert sie die „Erhaltung der naturgegebenen, biologischen Strukturen“, will also die Vater-Mutter-Kind-Familie wieder zurück, die Homoeha wird strikt abgelehnt. Sie tritt vehement gegen Schwangerschaftsabbrüche auf und würde gerne ein „Mütter-Gehalt“ auszahlen, damit zu Hause auch wer kocht und nur nicht daran denkt, ins Erwerbsleben einzusteigen. In eine ähnliche Kerbe schlägt die „Männerpartei“, die nicht gerade zimperlich gegen den „menschenfeindlichen Feminismus“ kämpft. Ihrer Meinung nach werden Frauen vor allem nach Trennungen im Kampf um das Sorgerecht zu stark bevorzugt. Die sofortige Angleichung des Pensionsalters der Frauen an jenes der Männer und die Schaffung von Männerhäusern

sind der Männerpartei ebenso ein Anliegen. Um bei der Nationalratswahl kandidieren zu dürfen, müssen diese Parteien noch Unterstützungserklärungen von entweder drei ParlamentarierInnen oder für ganz Österreich von 2.600 WählerInnen sammeln. Die Kleinparteien KPÖ, LIF sowie das BZÖ werden 2013 wieder antreten und kein Problem haben, die Unterstützungserklärungen zu bekommen. Umfragen zufolge sind außerdem die Chancen des BZÖ, wieder die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen und damit in den Nationalrat einzuziehen, gar nicht mal schlecht. Dass so viele Parteien in den Nationalrat wollen, ist sicherlich nicht alltäglich, doch hat Österreich schon einige Parteien gesehen, wie die Gaddafi Partei Österreichs, die zur wFPÖ (Weiße Friedenspartei Österreichs) wurde, die MUT-Partei, die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs, die Unabhängigen oder den VdU.

Karteileichen

Insgesamt gibt es in Österreich derzeit 930 gemeldete politische Parteien – der größte Teil von ihnen existiert nur mehr auf dem Papier, das heißt, sie haben ihre Satzungen im Innenministerium hinterlegt. Die meisten Parteien sind Karteileichen. „Mit der Hinterlegung der Satzung ist es getan. Der Staat hat sich hier verfassungsrechtlich bewusst zurückgehalten: Parteigründungen soll keine große Hürde entgegenstehen“, sagt Michael Kogler, der mit zwei Kollegen vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts das Buch „Recht der politischen Parteien“ (Jan Sramek Verlag) geschrieben hat. Weil es in Österreich leicht

ter ist, eine Partei ins Leben zu rufen als einen Verein, kamen immer neue Initiativen an die Öffentlichkeit – oft ohne auch nur eine geringe Anzahl an MitstreiterInnen gefunden zu haben. Etliche Parteigründungen waren Abspaltungen von bestehenden Parteien, was zum Beispiel in den 80ern zu einer wahren Flut an ökologischen Parteien führte, um keine Verwechslung zuzulassen mit ausführlichen Namen wie „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“. Einige Parteien wurden vermutlich jedoch genau deshalb ins Leben gerufen – um für Verwirrung unter den WählerInnen zu sorgen. Aber diese Parteien bleiben weiterhin geführt, obwohl hinter vielen der Karteileichen überhaupt niemand mehr steht. „Wenn es keinen Vertreter der Partei gibt, weil der einzige verstorben ist, bleibt die Satzung auf ewig hinterlegt. Eine Partei hat keine Pflicht, aktiv zu sein – und es gibt auch keine amtswegige Aufsicht“, sagt Koautor Andreas Ulrich.

Welche von den vielen Parteien tatsächlich zur Nationalratswahl 2013 antreten werden, muss 20 Tage vor dem Wahltermin feststehen. Dass aber eine Bereicherung des Nationalrats durch frische Initiativen sinnvoll ist – schon um den etablierten Parteien Feuer unter dem Hintern zu machen –, darüber dürften sich wohl alle ÖsterreicherInnen einig sein.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
martin.haiden@tele.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Keimzelle betrieblicher Demokratie

Eine Initiative der Gewerkschaft GPA-djp hebt die besonderen Stärken von Betriebsratskörperschaften hervor.

Autorin: Eva Angerler

Mitarbeiterin der Abteilung Arbeit und Technik der GPA-djp

Seit mehr als einem halben Jahrhundert leben wir in einer repräsentativen Demokratie, und dennoch ist eine Vielzahl von Institutionen autokratisch geprägt. Dazu kommt, dass unser demokratisches System durch die zunehmende Macht der multinationalen Unternehmen immer mehr unter Druck gerät. Diese können einzelne Standorte gegeneinander auspielen und (demokratisch legitimierte) politische Entscheidungen zu ihren Gunsten herbeiführen, denn sie verantworten sich gegenüber keiner konkreten, regional verorteten menschlichen Gemeinschaft.

Im Wirtschaftsleben gibt es nur wenige Organisationen, die wirklich demokratisch oder konsensual geführt werden. Die typischen privatrechtlichen Unternehmensformen – wie etwa die international bedeutsamen Aktiengesellschaften – sind in erster Linie ihren Shareholdern verpflichtet, während die ArbeitnehmerInnen als Produktionsfaktoren gelten. Demokratische Verhältnisse erleben die Beschäftigten daher im Betrieb in der Regel nicht.

Wichtige Aufgabe des Betriebsrats

Umso wichtiger ist die Aufgabe des Betriebsrates, die demokratischen Rechte der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz zu sichern. Die Arbeit des Betriebsrates hat allerdings eine demokratische Basis, und genau das hebt eine Initiative der

GPA-djp als besondere Stärke hervor. Der Betriebsrat kann eine Keimzelle für mehr Demokratie im Betrieb werden, wenn die Demokratie wirklich gelebt wird. Davon geht die Initiative aus, die im Beirat für Arbeit und Technik entstanden ist, einem GPA-djp-Gremium, das sich mit neuen Entwicklungen in der Arbeitswelt auseinandersetzt.

Vision: Demokratiewerkstatt

„Durch das eigene demokratische Handeln übernehmen Betriebsrätinnen und Betriebsräte eine Vorbildrolle als ‚DemokratInnen im Betrieb‘ und vermeiden, sich gegenseitig in Machtspielen oder Fraktionskämpfen aufzureiben. Die demokratische Gestaltung der Arbeit wird zu einem wichtigen Anliegen des Betriebsrates, das unter demokratischer Einbeziehung möglichst vieler MitarbeiterInnen umgesetzt wird. Dabei werden MitarbeiterInnen zu ‚Mit-Betriebsrätinnen und -räten‘ und fördern eine demokratische Unternehmenskultur, in der offene Meinungsäußerung und Zivilcourage im Mittelpunkt stehen. Der Betriebsrat wird so zu einer demokratischen Keimzelle im Betrieb und versucht, die gesamte Organisation zu demokratisieren“ (Vision, in: Skript Der Betriebsrat als demokratische Keimzelle, GPA-djp, 2012).

Folgende Aktivitäten dienen dazu, dieser Vision näher zu kommen:

In einer Arbeitsgruppe von GPA-djp-Betriebsrätinnen und -Betriebsräten wurde eine Checkliste erarbeitet, die dabei unterstützt, die eigene Arbeitsweise im Hinblick auf die Qualität

des eigenen demokratischen Handelns zu evaluieren. Dabei geht es in einem ersten Schritt darum, zu überprüfen, inwieweit der rechtliche Rahmen, den das Arbeitsverfassungsgesetz bietet, für eine demokratische Betriebsratsarbeit genutzt wird. Die Fragen beziehen sich auf die Betriebsratswahl, die Betriebsversammlung, die Kommunikation mit und Beteiligung der Belegschaft und die Arbeit mit dem Betriebsrat. Aufbauend auf dieser Standortbestimmung kann dann gezielt an der Demokratisierung der Betriebsratsarbeit weitergearbeitet werden.

Hinter der Initiative steht die Überzeugung, dass es eine Kraft in der Demokratie gibt, wenn sich die Betroffenen wirklich einbringen und mitentscheiden können. Diese Kraft sprengt jede Hierarchie und ist leider oftmals chaotisch, unberechenbar und eine Bedrohung für Gewohnheitstiere und die derzeitigen MachthaberInnen.

Damit die Kraft der Demokratie wirksam werden kann, braucht es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Eine ausschließlich repräsentative Demokratie ohne direktdemokratische Instrumente konzentriert die Macht in den Händen Weniger, was die Wahrscheinlichkeit von Korruption und Lobbyismus erhöht.

Werkzeuge und Ideen

Wie das konkret in der Betriebsratsarbeit aussehen kann, ist neuerdings Gegenstand des Seminars „Der Betriebsrat als demokratische Keimzelle“. Die Ange-

Diese Kraft sprengt jede Hierarchie und ist leider oftmals chaotisch, unberechenbar und eine Bedrohung für Gewohnheitstiere und die derzeitigen MachthaberInnen.

bote reichen von Werkzeugen, um Einigkeit und konsensuale Entscheidungsfindung im Betriebsrat zu stärken, über hilfreiche Arbeitsstrukturen bis hin zu Ideen für gemeinsame Aktionen mit den MitarbeiterInnen.

Die SeminarteilnehmerInnen können neue Methoden für direktdemokratische Arbeitsweisen kennenlernen, zum Beispiel das Organisationsmodell der **Soziokratie** aus Holland, bei dem die Beschäftigten alle wesentlichen Entscheidungen im Team mitbestimmen und auch Personen (Delegierte, Führungspersonen) gewählt werden. Die Soziokratie kann in jeder Organisation angewendet werden, fördert ein kooperatives Miteinander und ist geeignet, Herrschaftshierarchien in Richtung funktionale Hierarchien zu verändern.

Entscheidungsfindung mit Konsent

Wesentlich für dieses Modell ist die Entscheidungsfindung mit Konsent und die dazugehörige Moderation, die zum Beispiel in Betriebsratsgremien oder Gesundheitszirkeln angewendet werden kann. Konsent bedeutet, keiner hat einen schwerwiegenden Einwand im Hinblick auf das gemeinsame Ziel. Liegt ein schwerwiegender Einwand vor, wird das Argument dahinter gehört und dann mit der bisherigen Lösung zu einem neuen Vorschlag vereint, der dann diesen Einwand inkludiert. Es gibt kein Veto, sondern eine Aufforderung zu mehr Gruppenkreativität, um eine Lösung zu finden, bei der das Argument im Mittelpunkt steht. Das führt dazu, dass es bei dieser Form der Entscheidungsfindung keine

VerliererInnen gibt, die überstimmt werden. Vielmehr wird eine konstruktive Fehlerkultur gefördert. Voraussetzung ist ein hohes Maß an Transparenz beim Zugang zu den nötigen Informationen.

Soziokratische Moderation

Die soziokratische Moderation beginnt immer mit der bildformenden Runde, die der für die Meinungsbildung notwendigen Informationssammlung dient. Danach folgt die meinungsbildende Runde, bei der Ideen, Meinungen und Kriterien gesammelt werden und darauf aufbauend ein gemeinsamer Vorschlag erarbeitet wird. In der Konsent-Runde wird abgefragt, ob es schwerwiegende Einwände gibt, wenn nicht, kommt ein Beschluss zustande.

In der Soziokratie werden der/die ModeratorIn und auch die Führungskraft im Konsent gewählt. Prinzipiell kann jede Stellenbesetzung/Aufgabe so gewählt werden. Folgender Ablauf ist dafür vorgesehen: Erst wird die Funktion bzw. Aufgabe, die es zu besetzen gibt, definiert und ein Konsent zu der Funktionsbeschreibung inklusive der Amtsdauer und der Messkriterien für den Erfolg hergestellt. Danach macht jeder/jede einen Wahlvorschlag und begründet diesen in einer offenen Diskussion.

Die Vorteile dieser Wahlform sind Offenheit, gegenseitige Wertschätzung und Wahl aufgrund von Argumenten. Wie die Erfahrungen im Seminar zeigen, nimmt die Verantwortung jedes/jeder Einzelnen für das Gesamtergebnis schnell zu.

Die gewerkschaftliche Initiative „Demokratiewerkstatt Betriebsrat“ hat mit der zivilgesellschaftlichen Initiative für die Gemeinwohl-Ökonomie eine entscheidende Gemeinsamkeit: Beide Seiten wollen die demokratische Mitbestimmung im Unternehmen weiterentwickeln. Aus diesem gemeinsamen Ziel heraus hat sich eine neue Form der Kooperation entwickelt, in der das Know-how aus beiden Initiativen gebündelt und für die Betriebsratsarbeit genutzt wird.

In weiterer Folge sollen auch mögliche Spannungsfelder diskutiert werden. Dabei wird die Frage gestellt, inwieweit direktdemokratische Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen und Betriebsratsarbeit (repräsentative Mitbestimmung) einander ergänzen können. Auch die Frage, welche Rolle Betriebsrätinnen und Betriebsräten in selbstverwalteten Betrieben haben können – in denen MitarbeiterInnen auch MiteigentümerInnen sind –, kommt hier auf die Tagesordnung.

Internet:

Skript zum Seminar
„Der Betriebsrat als demokratische Keimzelle.
Für ein Erwachen der Demokratie im
Unternehmen“, GPA-djp, 2012:
soziokratie.org/was-ist-soziokratie
www.gemeinwohl-oekonomie.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
eva.angerler@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gefährliche Elektrowahl

Auch wenn E-Voting bei Betriebsratswahlen gewisse Vorteile brächte – es gibt Bedenken, die noch über die Probleme bei allgemeinen Wahlen hinausgehen.

Autor: Florian Kräftner

Redakteur ÖGB-Kommunikation

Betriebsratswahlen sind im Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) geregelt, und das stammt aus dem Jahr 1974. Es war ein Meilenstein der innerbetrieblichen Demokratie und Mitbestimmung der ArbeiterInnen und Angestellten. Neben dem Ausbau der Mitbestimmung, verbessertem Kündigungs- und Entlassungsschutz für ArbeitnehmervertreterInnen brachte es auch die Vertretung der Betriebsräte in den Aufsichtsräten.

Betriebsratswahlordnung

Die Betriebsratswahlordnung (BRWO), die ein Teil des ArbVG ist, ist detailliert, paragrafenreich und enthält Vorschriften über die Einberufung der Betriebsversammlung, die Wahl eines Wahlvorstands bis zum exakten Ablauf der Wahl. Auch eine Briefwahl ist vorgesehen, allerdings nur als Ausnahme für ArbeitnehmerInnen, die am Tag der Wahl nicht dort arbeiten, wo das Wahllokal eingerichtet ist.

Was hingegen gar nicht vorkommt, ist irgendeine Form der elektronischen Wahl, weder über Wahlcomputer noch über Internet bzw. Intranet. Obwohl das, besonders in Unternehmen, in denen ohnehin alle Beschäftigten am Computer arbeiten, den Wahlablauf vereinfachen könnte. In Firmen, in denen die ArbeitnehmerInnen auf viele Filialen verteilt, zu Hause oder unterwegs arbeiten, könnte diese Möglichkeit helfen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Dennoch

gibt es zahlreiche Gründe, die nahelegen: Hände weg von vorschneller Einführung von E- und I-Voting.

Da wären zuerst einmal die allgemeinen Bedingungen, wie sie vor jeder elektronischen Wahl garantiert werden müssten: Dass alle die gleichen Möglichkeiten haben, an der Wahl teilzunehmen – also zum Beispiel auch unabhängig davon, ob sie sich einen Computer leisten können. Dass die Wahl geheim erfolgt – also so, dass bei der Stimmabgabe niemand zusehen und im Nachhinein kontrollieren kann, wie jemand abgestimmt hat. Der/Die einzelne WählerIn soll hingegen überprüfen können, ob ihre Stimme korrekt gezählt wurde. Die Identität der WählerInnen muss ohne Zweifel überprüft werden. Es muss gesichert sein, dass jeder/jede nur einmal wählen kann. Die WahlhelferInnen dürfen keine Gelegenheit haben, anstatt jener Wahlberechtigten abzustimmen, die nicht an der Wahl teilgenommen haben. Die WählerInnen dürfen keine Möglichkeit haben nachzuweisen, wen sie gewählt haben – etwa durch Ausdruck einer Wahlbestätigung –, denn das würde dem Stimmenkauf Tür und Tor öffnen.

In Österreich beschränkt sich die Erfahrung mit E-Voting bisher auf die ÖH-Wahl 2009. Von Anfang an heftig umstritten und kritisiert, wurde die Wahl zwar elektronisch durchgeführt, die zugrundeliegende Verordnung aber 2011 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Schon vor der Aufhebung wurde die folgende ÖH-Wahl jedoch wieder auf herkömmliche Weise bestritten. Das Höchstgericht stellte unter anderem

fest, dass nicht präzise genug geregelt war, wie und mit welchen Mitteln sowie unter welchen Kriterien die Wahlkommission überprüfen kann, ob das System fehlerlos funktioniert hat.

Beim derzeitigen Stand der Technologie sei E-Voting schwer bis unmöglich durchzuführen. Wenn man eine elektronische Wahl durchführen wolle, müssten entsprechende Anforderungen erfüllt werden. „Das war nicht gegeben“, meinte damals VfGH-Präsident Gerhart Holzinger.

Esten wählen online

In Deutschland verfolgte die Bundesregierung bereits 2001 das Ziel, internetbasierte Volksvertretungswahlen einzuführen – bisher erfolglos. Betriebsratswahlen haben hingegen bereits online stattgefunden, etwa 2002 bei der Siemens-Tochter T-Systems, allerdings war dafür der Erlass einer „Erprobungsklausel“ notwendig, damit die Wahl auch rechtlich gültig war. In anderen Fällen wurden hingegen vereinsinterne Online-Wahlen gerichtlich untersagt. Mögliche Sicherheitslücken oder Systemabstürze könnten die Rechtmäßigkeit von Online-Wahlen gefährden, so das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg. Internationaler Vorreiter bei Online-Wahlen ist Estland. Dort wurden Wahlen über das Internet 2005 eingeführt, sowohl für nationale Parlamentswahlen als auch für Europawahlen.

Aber zurück zu den Betriebsratswahlen: Es gibt noch weitere Argumente, die dagegen sprechen, diese online durchzuführen. Denn bei allge-

Auch bei elektronischen Meinungsumfragen des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin im Intranet werden die TeilnehmerInnen manchmal vom mulmigen Gefühl beschlichen: „Kann der/die CheffIn meine anonymen Antworten vielleicht doch zu mir zurückverfolgen?“, was zu verfälschten Ergebnissen führen kann.



meinen Wahlen in entwickelten Demokratien, in denen der Staat die Wahlen organisiert und die Technik zur Verfügung stellt, muss man davon ausgehen können, dass er prinzipiell daran interessiert ist, dass die Wahlen sauber und unverfälscht ablaufen. Das könnte sich bei Betriebsratswahlen anders gestalten: Hier hat der Wahlvorstand die Wahlen abzuhalten. Er wäre dazu aber wohl in den allermeisten Fällen auf die technische Infrastruktur (Computer, Intranet) des Arbeitgebers angewiesen – und der kann natürlich massives Interesse daran haben, den Wahlausgang zu beeinflussen. Entweder zugunsten einer bestimmten Wahlliste oder aber zulasten der Zahl der gültigen Stimmen. Auch zu wissen, wer wie gewählt hat, könnte für Vorgesetzte von Interesse sein.

Liest der Chef mit?

Derartig illegales Verhalten soll den ArbeitgeberInnen gar nicht unterstellt werden, aber allein, dass die ArbeitnehmerInnen bei der Stimmabgabe Zweifel überkommen könnten, ob nicht doch der/die CheffIn heimlich protokolliert, könnte die Wahlbeteiligung drücken und/oder das Wahlverhalten zugunsten arbeitgeberInnen-naher Listen beeinflussen. Zum Vergleich: Auch bei elektronischen Meinungsumfragen des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin im Intranet werden die TeilnehmerInnen manchmal vom mulmigen Gefühl beschlichen: „Kann er/sie meine anonymen Antworten vielleicht doch zu mir zurückverfolgen?“, was zu verfälschten Ergebnissen führen kann. Wird von den Computern an den Arbeitsplätzen

der Beschäftigten aus gewählt und nicht von speziell in einem Wahllokal aufgestellten Abstimmungscomputern, kann nicht garantiert werden, dass auch tatsächlich der/die wahlberechtigte ArbeitnehmerIn den entscheidenden Klick im Wahlprogramm abgegeben hat. Man stelle sich insbesondere Betriebe vor, wo nicht wie in Büros alle Beschäftigten über eigene Arbeitsplätze mit Internetanbindung verfügen. Zum Beispiel eine Filiale einer Handelskette: Ein Büro, ein Computer, bei dem dann alle VerkäuferInnen kurz vorbeischauchen müssten, um zu wählen – oder von der Filialleitung dazu gerufen werden, Blick über die Schulter beim virtuellen Kreuzermachen inklusive.

Soweit absehbar, wird die Online-Betriebsratswahl nicht so bald österreichische Wirklichkeit werden. Heuer hat die Elektronik aber in anderer Form Einzug ins ArbVG gehalten: Betriebsratsbeschlüsse sind seit Mai prinzipiell auch als Umlaufbeschluss per E-Mail möglich, Betriebsversammlungen können auf elektronischem Weg einberufen werden und auch die Bekanntgabe von Betriebsratswahlergebnissen kann „durch eine sonstige geeignete schriftliche oder elektronische Mitteilung erfolgen“. Mit selbiger Novelle wurde übrigens auch entschieden, dass AusländerInnen (auch aus Nicht-EWR-Ländern) für den Betriebsrat kandidieren dürfen.

Forderungen des ÖGB

In der traurigen Realität sind es aber ohnehin nicht technische Schwierigkeiten, die so manche Betriebsratswahl erschwe-

ren oder gar unmöglich machen, sondern ArbeitgeberInnen, die Druck auf diejenigen Beschäftigten ausüben, die eine Betriebsratswahl initiieren wollen. Der ÖGB fordert, dass das Be- oder Verhindern von Betriebsratswahlen strafrechtlich geahndet wird.

Damit sich die UnternehmerInnen „unangenehmer“ MitarbeiterInnen nicht mehr so einfach entledigen können, muss daher der Kündigungsschutz ausgeweitet und verbessert werden, und zwar für Ersatzmitglieder des Betriebsrats und für alle, die sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Betriebsrats- und Personalvertretungswahlen beteiligen. Auch der Schutz ehemaliger Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie PersonalvertreterInnen vor Kündigung und Benachteiligung ist zu verbessern. Außerdem fordert der ÖGB in seinem Grundsatzprogramm, dass ArbeitnehmerInnen, die an einem Standort arbeiten, auch dann eine einheitliche Vertretung wählen können, wenn sie arbeitsrechtlich bei verschiedenen Unternehmen beschäftigt sind.

Internet:

Alles über die Betriebsratswahl:
www.betriebsraete.at

Wikipedia über Internetwahlen
(Technik, Verschlüsselung, Beispiele):
de.wikipedia.org/wiki/Internetwahlen

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
florian.kraeftner@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Alternative Mehrheitswahlrecht?

In Großbritannien und auch in Kanada gibt es mittlerweile starke Bewegungen für die Änderung der jeweiligen Wahlsysteme.

Autor: Martin Bolkovac

GPA-djp Grundlagenabteilung

Großbritannien im Jahr 2005: Tony Blair wird zum zweiten Mal zum Premierminister gewählt. Seine Labour Party bekommt 353 der 646 Sitze im Unterhaus und erringt damit die absolute Mehrheit. 64 Prozent der WählerInnen haben zwar gegen Blair gestimmt, doch das relative Mehrheitswahlrecht ermöglicht ihm mit nur 36 Prozent die absolute Mehrheit.

Kanada 2011

Über 60 Prozent der WählerInnen stimmen gegen die regierenden Konservativen und wählen größtenteils liberale und linke Parteien. Dennoch zieht auch der kanadische Regierungschef Stephen Harper mit einer absoluten Mehrheit ins Parlament ein. Sowohl in Großbritannien als auch in Kanada gibt es mittlerweile starke Bewegungen für die Änderung der jeweiligen Wahlsysteme, vor allem die Disproportionalität der abgegebenen Stimmen zu den erhaltenen Mandaten wird heftig kritisiert.

In Österreich wurde dagegen in der Vergangenheit schon des Öfteren die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes diskutiert. Vom ehemaligen ÖVP-Verteidigungsminister Fasslabend bis zum Ex-Bundeskanzler Gusenbauer (SPÖ) reichen die Namen prominenter PolitikerInnen, die mit dem Gedanken einer Adaptierung des österreichischen Verhältniswahlrechtes spielten.

Die beiden bekanntesten Varianten der Mehrheitswahlsysteme sind das rela-

tive und das absolute Mehrheitswahlrecht. Daneben gibt es aber auch diverse Mischmodelle.

Beim relativen Mehrheitswahlrecht, das zum Beispiel in Großbritannien, den USA oder Kanada angewendet wird, gibt es genauso viele Wahlkreise wie Mandate. Gewählt ist jener/jene KandidatIn, der/die die meisten Stimmen im Wahlkreis erhält. Das heißt, er/sie ist auch dann gewählt, wenn er/sie etwa nur 22 Prozent der Stimmen bekommt, falls die anderen MitbewerberInnen weniger Stimmen erhalten haben.

Beispiel:

KandidatIn A: 20 Prozent; KandidatIn B: 17 Prozent; KandidatIn C: 8 Prozent; KandidatIn D: 22 Prozent; KandidatIn E: 18 Prozent; KandidatIn F: 15 Prozent;

SiegerIn wäre also KandidatIn D. Die restlichen abgegebenen Stimmen verfallen.

Beim absoluten Mehrheitswahlrecht, das zum Beispiel bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl Anwendung findet, gibt es einen zweiten Durchgang mit den beiden stärksten KandidatInnen der ersten Runde, also nach unserem Beispiel mit KandidatIn A und KandidatIn D. Der Nachteil ist hier zweifelsohne, dass die Menschen innerhalb eines kurzen Abstandes ein zweites Mal zu den Urnen pilgern müssen. Außerdem führt die Konzentration auf zwei KandidatInnen zu sogenannten Lagerwahlkämpfen.

Einen ganz eigenen Weg beim Mehrheitswahlrecht geht Australien. Hier müssen alle im Wahlkreis antretenden

KandidatInnen nach Beliebtheit gereiht werden. Der/Die schwächste KandidatIn wird eliminiert und seine/ihre Zweit-, Dritt- und weiteren Stimmen auf die anderen KandidatInnen übertragen. Dieser Schritt wird so lange wiederholt, bis nur mehr ein/eine KandidatIn überbleibt. Diese Form des Mehrheitswahlrechtes wird auch bei der Präsidentschaftswahl in Irland angewendet.

Die Praxis: Zwei Beispiele

Das Wahlergebnis von 2010 bescherte Premierminister David Cameron, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Tony Blair, zwar keine absolute Mehrheit, doch sind die Verzerrungseffekte genauso beachtlich.

Die Conservative Party als stärkste Partei erhielt für 36,1 Prozent der Stimmen 47,1 Prozent der Mandate. Die zweitplatzierte Labour Party erhielt mit 29 Prozent der Stimmen immer noch 39,7 Prozent der Mandate, während die Liberal Democrats mit immerhin 23 Prozent der Stimmen nur mehr 8,8 Prozent der Mandate gewannen. Die beiden rechtsradikalen Gruppierungen **British National Party** und **United Kingdom Independent Party** konnten zwar nicht ins Parlament einziehen, doch ermöglichte es das Mehrheitswahlrecht, regionalen Gruppierungen aus Nordirland, Schottland und Wales zahlreiche Mandate zuzusprechen.

Auch im Falle Australiens lässt sich bei den jüngsten Wahlen ein Verstärkungseffekt zugunsten der größten Partei, der Labor Party, feststellen. Die zweitplatzierte Liberal Party erhielt pro-



Der Nachteil ist hier zweifelsohne, dass die Menschen innerhalb eines kurzen Abstandes ein zweites Mal zu den Urnen pilgern müssen. Außerdem führt die Konzentration auf zwei KandidatInnen zu sogenannten Lagerwahlkämpfen.

portional ungefähr so viele Mandate wie Stimmen. Wenig erfreuliche Auswirkungen hatte das australische Wahlrecht auf die Grünen, erhielten sie doch für beinahe zwölf Prozent der Stimmen nur ein einziges Mandat, also 0,7 Prozent der zu vergebenden Sitze!

Verhinderung radikaler Gruppen?

Ein Argument für die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes ist seit jeher die Behauptung, man könne sogenannte radikale Gruppen von der Politik fernhalten. Das stimmt nur zum Teil. Denken wir nur an das bekannteste Zweiparteiensystem der industrialisierten Welt, nämlich das US-amerikanische. Dort hat die radikale, antisoziale Plattform **Tea Party** große Teile und lokale Organisationen der Republikanischen Partei übernommen und stellt mit **Paul Ryan** sogar den Vizepräsidentenskandidaten für die diesjährigen Wahlen. Eines seiner wichtigsten Anliegen: Krankenversicherungsbeiträge für PensionistInnen stark anheben und Gesundheitsleistungen für SozialhilfeempfängerInnen einschränken.

Ein anderes Beispiel: In Australien konnte bei den Wahlen von 1998 zwar der Einzug der rechtsradikalen **One Nation Party** von **Pauline Hanson** verhindert werden, obwohl diese 8,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dennoch waren die Folgen fatal.

Die regierende Liberal Party (bis 2007 an der Macht), auf die WählerInnen der Rechtsradikalen schielend, rückte noch weiter nach rechts, bekämpfte Gewerkschaften, zerschlug den

ohnehin nur rudimentär ausgebauten Sozialstaat und fuhr einen extrem brutalen Kurs gegen Einwanderinnen und Einwanderer sowie AsylwerberInnen. Letztere wurden etwa in menschenunwürdige Internierungslager auf kleinen Inseln verbannt. In der Politikwissenschaft nennt man das „contagion from the right“, d. h. eine Regierungspartei wird von rechts von ihr stehenden politischen Bewegungen – innerhalb sowie außerhalb des Parlamentes – mit konstantem Druck selbst weiter nach rechts gezogen. Die Regierungspartei setzt dann in weiterer Folge viele Forderungen der Rechten um. Das Mehrheitswahlrecht schützt davor nicht.

Übrigens: Hätte man bei den Wahlen von 2010 in Großbritannien das österreichische Verhältniswahlrecht angewandt, dann würden statt derzeit zehn nur drei Parteien im britischen Unterhaus sitzen. Im Falle Kanadas wären 2011 vier statt fünf Parteien eingezogen ...

Stabile Regierungen?

Ein immer wieder vorgebrachtes Argument für das Mehrheitswahlrecht ist die Bildung von stabileren Regierungen, sprich Alleinregierungen, die sofort einsatzfähig wären und ohne mühsame Koalitionsverhandlungen gleich die Arbeit aufnehmen könnten. Das ist tatsächlich häufig der Fall, aber öfter als man glauben mag auch nicht.

Kanada hatte beispielsweise innerhalb der letzten 50 Jahre sieben Minderheitskabinetts, die sowohl für die Budgeterstellung als auch bei der Ge-

setzgebung auf eine oder mehrere Oppositionsparteien angewiesen waren. Derzeit müht sich auch Australien mit einem Labor-Minderheitskabinetts unter Premierministerin Julia Gillard ab. Dieses wird zwar von den Grünen unterstützt, aber auch mit allen grünen Abgeordneten hat es keine Mehrheit im Unterhaus und ist auf zusätzliche Stimmen angewiesen. Die diesem Konstrukt vorausgehenden Verhandlungen erwiesen sich als schwieriger als alles, was wir aus Österreich kennen. Das unerwartete Wahlergebnis von 1974, bei dem keine Parteienkoalition eine Mehrheit zustande brachte, stürzte einst auch Großbritannien in eine schwere Regierungskrise. Neben Minderheitskabinetts können durch das relative Mehrheitswahlrecht aber durchaus auch klassische Koalitionsregierungen hervorgehen, wie die Britinnen und Briten es mit ihrer Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten aktuell vorzeigen.

Das österreichische Verhältniswahlrecht ist in manchen Teilaspekten sicher verbesserungswürdig, doch sollte seine Ersetzung durch ein Mehrheitswahlrecht keine ernstzunehmende Alternative sein!

Internet:

Mehr Infos unter:

de.wikipedia.org/wiki/Mehrheitswahl

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

martin.bolkovac@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Fast „FORWARD“?

Was die amerikanische Präsidentenwahl für ArbeitnehmerInnen und die Gewerkschaftsbewegung bedeuten könnte.

Autoren: Stefan Moritz

*Campaigner der Gewerkschaft Unite Here
Local 8 in Washington*

Willi Mernyi

*Leiter des Referates für Organisation,
Koordination, Service*

Mitt Romney und seine superreichen UnterstützerInnen haben keinen Zweifel daran gelassen, dass sie einen Wahlsieg als Auftrag verstehen würden, die Rechte von ArbeitnehmerInnen sowohl im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft frontal zu attackieren. In ihrer „Parteiplattform“ verspricht die republikanische Führung unter anderem, das Organisieren von ArbeitnehmerInnen im Privatbereich praktisch unmöglich zu machen, öffentlich Bediensteten das Recht auf kollektives Handeln und gewerkschaftliche Vertretung zu entziehen, Mindestlöhne für staatliche Infrastrukturprojekte zu eliminieren und die Krankenversicherungsreform rückgängig zu machen. Vor allem aber wollen die RepublikanerInnen sogenannte Right-to-Work-Gesetze landesweit einführen.

Das Ziel dabei ist es – wie schon vor allem in den südlichen USA praktiziert –, Gewerkschaften das Organisieren und Einheben von Mitgliedsbeiträgen so sehr zu erschweren, dass gute Gewerkschaftsarbeit unmöglich wird und sie finanziell in den Ruin getrieben werden. So gesehen sind die RepublikanerInnen unter Mitt Romney sogar aggressiver und antigewerkschaftlicher eingestellt, als sie es unter George W. Bush je waren.

INFO & NEWS

Facts zu den KandidatInnen der US-Wahl 2012

Barack Obama, geb. 4. August 1961 in Honolulu, ist seit dem 20. Januar 2009 der 44. Präsident der Vereinigten Staaten. Obama, Sohn einer weißen US-Amerikanerin und eines Kenianers, ist der bisher einzige Afroamerikaner in diesem Amt. Er ist Politiker und Jurist und hat im Jahr 2009 den Friedensnobelpreis erhalten. Barack Obama kandidiert für die demokratische Partei. Joe Biden, amtierender Vizepräsident, tritt ebenso wie Obama für eine zweite Amtszeit an.

Mitt Romney, geb. 12. März 1947 in Detroit, ist US-amerikanischer Multimillionär und ehemaliger Gouverneur des Bundesstaates Massachusetts. Bereits im Jahr 2008 war Mitt Romney einer der Kandidaten für die Nominierung zur Präsidentschaftswahl. Auch 2012 tritt er wieder für die Republikanische Partei zur Wahl an, mit Paul Ryan, dem Vizepräsidentschaftskandidaten und Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus aus Wisconsin.

Jill Stein, geb. 14. Mai 1950 in Chicago, ist eine US-amerikanische Ärztin und Politikerin. Sie kandidiert für die Green Party.

Obwohl viele im amerikanischen „Labor Movement“ enttäuscht sind, dass während der Präsidentschaft Barack Obamas viele der Ziele, mit denen sich die amerikanischen GewerkschafterInnen im Wahlkampf vor vier Jahren identifiziert haben, nicht erreicht wurden, ist es heute wichtiger als jemals zuvor, dass er die Wiederwahl gewinnt.

Finanzielles Ungleichgewicht

Das amerikanische Höchstgericht hat Milliardären und Großkonzernen seit den letzten Wahlen einen wesentlichen Vorteil verschafft. In der sogenannten Citizens-United-Entscheidung wurden Barrieren zur Wahlfinanzierung eliminiert und Konzernen die gleichen Rechte wie Menschen zugesprochen. Es ist nun möglich, ohne Limitierungen Geld

in Wahlkampagnen zu stecken. Das kommt natürlich Mitt Romney und seiner arbeitnehmerInnenfeindlichen Politik zugute. „Corporations are people, my friends“, verkündete Romney triumphierend vor laufenden Fernsehkameras. Aufgrund der veränderten Regeln zur Wahlfinanzierung wird der amtierende Präsident zum ersten Mal in der Geschichte amerikanischer Wahlen weniger Geld zur Verfügung haben als sein Herausforderer. Und dieser investiert momentan fast alles in „negative-campaigning“. Ganz übel ist auch das in diesem Wahlkampf zum ersten Mal sehr breit auftretende „ethnic-campaigning“.

Ein Beispiel: republikanische Wahlspots, in denen man sieht, wie weiße Arbeiter arbeitslos werden, während farbige AmerikanerInnen Sozialhilfe kassieren. Im Text wird darauf zwar

Am wichtigsten für die UnterstützerInnen Barack Obamas wird aber sein, dass es ihnen gelingt, die Menschen trotz der unerfüllten Träume und Versprechen erneut zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und für die Wiederwahl von Präsident Barack Obama zu stimmen.



nicht eingegangen, aber die Spots zeichnen ein Bild von einer klassischen weißen Arbeitnehmerschicht, die ihre Jobs verliert, und farbigen „Sozial-schmarotzerInnen“, die vom farbigen Präsidenten Geld bekommen.

Ist die Euphorie noch da?

Es wird fast unmöglich sein, die Euphorie von 2008 wieder zu entfachen. Die hartnäckige Wirtschaftskrise hat viele derjenigen, die Präsident Obama unterstützt haben, schwer getroffen. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit hoch, und während Konzerne schon wieder Rekordgewinne verzeichnen, sind Löhne kaum gestiegen und die Lebenskosten werden immer höher. Von den Ideen wie „HOPE“ und „CHANGE“ ist leider nicht mehr viel geblieben. Die Umsetzung des Ziels, Amerika zu verändern und ein wenig europäischer zu gestalten, haben die Weltwirtschaftskrise und die Blockadepolitik der RepublikanerInnen verhindert. Der aktuelle Wahlspruch „FORWARD“ kann bei Weitem nicht an die bei der vorigen Wahl geweckten Hoffnungen auf Wandel im großen Stil anknüpfen. Allerdings beschreibt der Begriff „FORWARD“ gut den Unterschied zu den rückwärtsgewandten, antidemokratischen und konservativen RepublikanerInnen, die von der Tea Party vor sich hergetrieben werden.

Aber es zeigt sich in den letzten Monaten immer mehr, dass die Euphorie durch Entschlossenheit und harte Arbeit an der Basis ersetzt wird. Barack Obama ist den hohen Erwartungen vieler vielleicht nicht gerecht geworden,

aber Mitt Romney als Alternative wäre eine Katastrophe für US-amerikanische ArbeitnehmerInnen.

Wie kann Obama die Wahl gewinnen?

Obama hat vor vier Jahren eine unglaubliche Infrastruktur erschaffen, auf die er jetzt zurückgreifen kann und die täglich weiter ausgebaut wird. Seine Wahlstrategen wissen mehr über ihre UnterstützerInnen als jemals zuvor, und sie werden sicherstellen, dass so viele Leute wie möglich zur Wahl gehen. Die Gewerkschaften haben angekündigt, so viel wie noch nie in diese Wahl zu investieren. Da sich die RepublikanerInnen vehement gegen Verbesserungen für MigrantInnen gestellt haben, können sie nicht erwarten, von Latinos, den Einwanderinnen und Einwanderern aus Mexico und Lateinamerika, unterstützt zu werden – und Latinos sind die am schnellsten wachsende WählerInnengruppe in den USA. Außerdem werden in den Vereinigten Staaten die Rechte schwuler und lesbischer Paare vielerorts mehr und mehr anerkannt. In Washington State werden zum Beispiel einem Referendum für die komplette Gleichstellung von schwulen und lesbischen Paaren im Ehe-recht gute Chancen eingeräumt. Entgegen diesem Trend hat Mitt Romney verlangt, die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in der Verfassung festzuschreiben, während Obama sich für Gleichberechtigung ausgesprochen hat.

Aufgrund all dieser Punkte werden diese wichtigen Interessengruppen wieder für Obama als Präsident stimmen.

Die jüngsten Ausrutscher von Mitt Romney – etwa seine Aussage, 47 Prozent der AmerikanerInnen seien vom Sozialstaat abhängige, selbsternannte Opfer, die niemals Republikaner wählen würden und deshalb nicht zu seinem Job gehören – haben sein wahres Gesicht gezeigt und der Basis der US-DemokratInnen sowie den vielen Tausenden WahlhelferInnen neue Energie gegeben.

Am wichtigsten für die UnterstützerInnen Barack Obamas wird aber sein, dass es ihnen gelingt, die Menschen trotz der unerfüllten Träume und Versprechen erneut zu überzeugen, zur Wahl zu gehen und für die Wiederwahl von Präsident Barack Obama zu stimmen. Besonders in den sogenannten „Swing States“, also in den Bundesstaaten, wo es unsichere Mehrheitsverhältnisse gibt, ist jede Stimme wichtig und kann den Unterschied ausmachen.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.barackobama.com
www.whitehouse.gov
www.mittromney.com
www.jillstein.org
www.usa2012.at
www.demconvention.com

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
willi.mernyi@oegb.at
info@unitehere8.org
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Beobachtungen eines Beobachters

Das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Republik Moldau war kein Wahlwunder – Erlebnisse rund um eine sehr zweifelhafte Wahl.

Autor: Marcus Strohmeier

Internationaler Sekretär des ÖGB

Hartgesotten und in den entlegensten Regionen des Balkans als Wahlbeobachter erprobt, folgte ich im Frühjahr 2009 der Einladung unseres Außenministeriums, für die OSZE an den Parlamentswahlen in der Republik Moldau teilzunehmen. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte es größere Komplikationen gegeben, da die regierende Kommunistische Partei, laut Berichten unabhängiger Medien, ihre politischen Gegner massiv einzuschüchtern versuchte.

Bei der für den 5. April 2009 angesetzten Parlamentswahl ging es für die Kommunisten um den Verbleib ihres Vorsitzenden, **Vladimir Voronin**, im Amt des Staatspräsidenten, da dieser nur durch eine Mehrheit der Parlamentsabgeordneten bestätigt werden konnte. Aber gerade dessen pro-russische Politik führte, zumindest in den Umfragen, zu einem Aufschwung der Oppositionskräfte.

Ankunft am Einsatzort

Nach der zweitägigen und sehr intensiven Einschulung wurden die WahlbeobachterInnen aus über 40 verschiedenen Ländern, jeweils in Zweierteams, zu ihren Einsatzorten entsandt. Ich durfte gemeinsam mit meiner Kollegin Françoise, einer etwa 35-jährigen Französin aus Paris, in die im Norden liegende Bezirkshauptstadt Gloden reisen. Einer Stadt, die außer einem Hotel und einer von Einheimischen meist gemiedenen

Bar keinerlei touristische Infrastruktur bot. Vor Ort lernten wir dann auch unsere lokalen BetreuerInnen kennen. Diese waren unser Fahrer Sascha, der unseren altersschwachen Lada Taiga steuerte, und unsere Übersetzerin Irina. Dank unseres jungen Lenkers wurde jede Fahrt im Wahlkreis zu einer kleinen Rallye, da es notwendig war, auch die unwegsamsten Feldwege zu den dahinter liegenden Dörfern zu benutzen. So beeindruckend Saschas Fahrkünste auch waren, so beeindruckend übel wurde zumeist meiner französischen Mitstreiterin.

Nachdem wir als Team gemeinsam den Wahlkreis kennengelernt hatten, gönnten Françoise und ich uns am Abend vor der Wahl noch ein paar Getränke in der angeblich so verruchten Bar von Gloden. Trotz einiger zwielichtiger Typen, deren Geldquellen bzw. Arbeit wohl zum Ruf des Lokals beitragen, war es dennoch ein netter Abend am vermeintlichen Ende der Welt.

Wahltag

Die Frühlingstemperaturen in Südosteuropa sind meist im April schon sehr freundlich und so brach bereits am frühen Morgen die Sonne durch die Fenster des ersten von uns besuchten Wahllokales.

Seit sieben Uhr früh war nun in der gesamten Republik die Stimmabgabe möglich, so auch in dem von uns begutachteten Wahlkreis. Rund ein Dutzend solcher Wahllokale sollten wir im Laufe des Tages in der zerpflogten Hügellandschaft Nordmoldaus inspizie-

ren. Mit Saschas Hilfe, so waren wir uns sicher, wäre dies zeitlich kein Problem. So „flogen“ wir mit unserem Lada von Dorf zu Dorf und besuchten die meist in Schulen eingerichteten Wahllokale.

Stets wurden wir freundlich von dem/der örtlichen WahlleiterIn begrüßt und konnten die meist vorbildliche Stimmabgabe mitverfolgen. Nicht nur, dass die LeiterInnen wie auch alle WahlbeisitzerInnen in ihrer schönsten Kleidung erschienen waren, so waren auch sämtliche Wahllokale mit Blumen und Nationalsymbolen reichlich geschmückt. Auch die WählerInnen waren an diesem 5. April allesamt fein gekleidet. Besonders herausgeputzt waren aber die kleinen Mädchen, die, so wie zu Sowjetzeiten üblich, ihre Haare mit bunten Schleifen hochgesteckt trugen.

Für den erfahrenen, aber sehr skeptischen Wahlbeobachter war dieses ländliche Wahlidyll allerdings eine Spur zu perfekt, denn gerade in unserem Wahlkreis befand sich eine Domäne der Kommunisten und das positive Abschneiden der Partei war gerade hier im Norden entscheidend für den Wahlausgang. Besonders genau sahen wir uns daher das laut Wahlstatut legale Wählen mit kopierten Ausweisen wie auch die Arbeit der mobilen Wahlkommissionen an.

Fliegende Wahlabgabe

Wir fuhren in ein größeres Dorf, in dem insgesamt rund 100 ältere und gebrechliche Leute auf der Liste standen. Diese



Als die erste Hochrechnung von der zentralen Wahlkommission veröffentlicht wurde, war die Überraschung doch sehr groß: Die Kommunistische Partei hatte mit über 50 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von vier Prozent gewonnen.

sollten innerhalb von nur zwei Stunden ihre Stimmen abgeben. Wir schlossen uns daher der „fliegenden Wahlkommission“ an und erreichten schon nach wenigen Minuten den ersten Bauernhof.

Als der Wahlleiter, ein offensichtlich bekannter Gemeindebeamter, das Tor öffnete, kamen ihm schon die zwei BewohnerInnen des Gehöfts freudestrahlend entgegen. „Ion, Ion!“, riefen die beiden und begrüßten voller Freude den Vorsitzenden, den Rest der Kommission, die beiden Polizisten, wie auch Françoise und mich. Wie es die moldauische Gastfreundschaft traditionell vorschreibt, wurden den Gästen Brot, Käse, Wurst, aber auch Wein und Schnaps gereicht. Eigentlich war Letzteres am Wahltag untersagt, aber der Duft der meist aus Zwetschgen hergestellten Hausschnäpse ließ uns augenzwinkernd eine Ausnahme machen. Nach dem ausschweifenden Begrüßungsritual wurde flink eine kleine Wahlzelle aufgestellt und die Bäuerin wie auch ihr Mann gaben ihre Stimmen ab. Insgesamt aber dauerte die Abgabe dieser zwei Stimmen über 20 Minuten.

Käse und Schnaps

Auch die nur hundert Meter weit entfernten, ebenfalls gebrechlichen Nachbarn empfingen unsere Gruppe mit ebenso großer Gastfreundschaft. Wieder wurden ein paar Stücke Käse gegessen, wieder erhob Vorsitzender Ion, diesmal unter unseren zunehmend kritischer werdenden Augen, das Glas zu Ehren der beiden WählerInnen. Wieder dauerte der ganze

Vorgang mehr als eine Viertelstunde. Unsere Skepsis wuchs mit dem Voranschreiten der Zeit. Wie sollten die noch verbliebenen 96 WählerInnen denn ihre Stimme abgeben, fragten wir Ion. Dieser gab sich aber zuversichtlich und meinte, dass er von nun an die „Verbrüderungsaktionen“ einstellen werde. Da wir allerdings noch zwei Wahllokale auf der Liste hatten, mussten wir schließlich die „fliegende“ Kommission verlassen, wiesen allerdings freundlich daraufhin, dass wir uns die Wahlergebnisse am nächsten Tag genauestens ansehen würden.

Wahlwunder

Als die erste Hochrechnung von der zentralen Wahlkommission veröffentlicht wurde, war die Überraschung doch sehr groß: Die Kommunistische Partei hatte mit über 50 Prozent der Stimmen und einem Zuwachs von vier Prozent gewonnen. Nicht minder verwundert waren Françoise und ich über dieses Resultat. Sofort begannen wir, die einzelnen Ortsergebnisse genauer zu überprüfen. Und – wir hatten es bereits befürchtet – in der zuvor erwähnten Gemeinde hatten doch alle 100 Wahlberechtigten ihre Stimme bei der mobilen Wahlkommission abgegeben. Mehr noch, die Kommunistische Partei hatte im Ort einen überwältigenden Sieg mit fast 80 Prozent aller Stimmen davongetragen. Diese und auch andere Beobachtungen meldeten wir natürlich sofort den zuständigen OSZE-Stellen.

Doch die von Russen und Kasachen dominierte OSZE-Wahlmission schloss wider Erwarten ihren Abschlussbericht

damit, dass die Wahlen sämtlichen internationalen Standards entsprochen hätten. Ein Affront gegen alle, die ganz offensichtlichen Wahlbetrug aufgezeigt hatten.

Die britische Wahlbeobachterin und Europaparlamentarierin Emma Nicholson machte sich selbst zur Sprecherin all jener, die nicht an das Wunder vom 5. April glaubten, und kritisierte heftig den Ausgang der Wahlen. Aber auch die Bevölkerung ging auf die Straße, um gegen die Wahlmanipulationen zu protestieren. In der Endauszählung blieben die Kommunisten zwar die stärkste Partei, allerdings fehlten sie die notwendige Mehrheit für die Wiederwahl des Staatspräsidenten. Aus diesem Grund wurden nur dreieinhalb Monate später Neuwahlen ausgeschrieben, die dann mit einem Sieg der geeinten Opposition endeten.

Filmtipp: Mama Illegal

Wer mehr über den harten Alltag in der Republik Moldau wissen möchte, sollte sich den soeben in den Kinos angelaufenen österreichischen Film „Mama Illegal“ ansehen.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.aspr.ac.at/broschuere_dt.pdf

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor

marcus.strohmeier@oegb.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Der freie Wille und die Wahl

Die Verwunderung über so manche (auch politische) Einstellung und ein Erklärungsversuch dazu.

Autorin: Elke Radhuber

Mitarbeiterin im Büro des ÖGB-Präsidenten

Am Beginn der Artikelrecherche stand ein Experiment: Eine Umfrage unter Bekannten, ob sie meinen, dass sie freie Entscheidungen treffen. In den Antworten schwang Verwunderung darüber mit, dass diese seltsame Frage ernsthaft an sie gerichtet werde. Alle Befragten betonten ihre Entscheidungsfreiheit. Setzt man sich aber mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema Entscheidungs- und Willensfreiheit auseinander, findet man eine kontroverielle Diskussion darüber, ob es so etwas wie einen „freien Willen“ geben kann. Gleichzeitig scheint der Gedanke unerträglich, die eigenen Entscheidungen seien nicht durch diesen geprägt.

„Lasst jene, die sich selbst Philosophen nennen, das Risiko für ihre geistige Gesundheit auf sich nehmen, das zu intensives Nachdenken über den freien Willen mit sich bringt“, meint der Philosoph John Earman – und fasst damit treffend zusammen, dass bei genauerer Betrachtung dieses Themenfeldes innere Konflikte vorprogrammiert sind. Wie treffen wir nun aber unsere Entscheidungen und wie frei sind diese wirklich? Welche Kriterien ziehen wir – bewusst oder unbewusst – heran? Wie nehmen wir unsere Umwelt wahr und verarbeiten die sich uns präsentierenden Informationen?

Das Wunder „Freier Wille“

In unserem Körper ist kein Organ namens „freier Wille“ zu finden. Vielmehr

denkt und fühlt der Mensch mit schätzungsweise 100 Milliarden bis zu einer Billion Nervenzellen. Neben der Aufgabe, die Körperfunktionen zu regeln, passiert im Zentralnervensystem Folgendes: Erinnerungen werden abgespeichert und bei Bedarf abgerufen, mit anderen Erfahrungen verglichen und daraus werden wiederum Schlüsse gezogen bzw. Entscheidungen getroffen. So werden Gedanken geformt, die zu Handlungen motivieren oder die bestimmtes Handeln vermeiden.

Vereinfacht dargestellt funktioniert das Gehirn so: Die Synapsen (Kontaktstellen) zwischen den Nervenzellen werden durch Signale verschaltet und dienen der Speicherung von Informationen. Je nachdem, welche Informationen zur Verfügung stehen, werden entsprechende Handlungen und Entscheidungen gesetzt. Ein Beispiel: Ein Kleinkind, das noch nie die schmerzvolle Erfahrung mit extremer Hitze gemacht hat, kann in seinem Forscherdrang, Neues zu erlernen, der Versuchung nicht widerstehen, auf eine heiße Herdplatte zu greifen. Nach der eindrucksvollen Erfahrung einer Brandblase wird es diese Handlung künftig vermeiden.

Freier Wille und Verantwortung

Das Prinzip ist einfach: Ursache – Wirkung. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz nannte diese Kausalitätserwartung einen „angeborenen Lehrmeister“. Für den Menschen ist dies überlebenswichtig. Allerdings wird dieser Entscheidungsprozess durch die Vielzahl an Erfahrungen im Laufe eines Lebens immer

BUCHTIPP

Wolfgang Seidel

Das ethische Gehirn

Der determinierte Wille und die eigene Verantwortung, Spektrum Akademischer Verlag, (Paperback), 2009, 222 Seiten, € 19,95
ISBN 978-3-8274-2165-4



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien, Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

undurchschaubarer. Dennoch können wir bei sehr engen FreundInnen oder LebenspartnerInnen häufig voraussehen, wie diese handeln werden. Nicht etwa, weil wir hellseherische Fähigkeiten haben, sondern aus dem einfachen Grund, dass wir viele ihrer Erfahrungen teilen.

Zudem konnten wir beobachten, wie sie in der Vergangenheit gehandelt haben und können so ihre bevorstehenden Entscheidungen einschätzen. Diese Beispiele machen deutlich, dass streng betrachtet dieses Kausalitätsprinzip bedeutet, dass jede Entscheidung bereits im Vorhinein determiniert ist.

Der Gedanke könnte auch so weit gesponnen werden, dass somit ein „freier Wille“ nicht existiert, da scheinbar freies Handeln nur als Resultat von Vorerfahrungen zu werten ist. In letzter Konsequenz würde dieser Gedanke aber auch die Menschen für unmündig erklären bzw. die Verantwortlichkeit für das eigene Tun ad absurdum führen. Diese



Es ist nämlich schier unmöglich, die Welt so zu sehen, wie sie tatsächlich ist. Denn schon rein anatomisch haben wir ein eingeschränktes Wahrnehmungspotenzial.

Überlegungen verführen zu einer schicksalsergebenen Haltung, da demnach eins zum anderen führt.

Eine wichtige Frage lautet daher, wie „freier Wille“ definiert wird. Thomas Hobbes hat sich bereits im 17. Jahrhundert eingehend damit beschäftigt. Für ihn existiert zwar kein „freier Wille“, da sich im Sinne des Determinismus alle Zustände der Welt aus ihren vorhergegangenen bestimmen. Allerdings erkennt er sehr wohl die Handlungsfreiheit des Einzelnen an. Demnach handelt ein Mensch dann frei, wenn er anders handeln könnte, insofern er anders handeln wollte.

Für Michael Pauen, einen Philosophen unserer Zeit, stehen Determinismus und Willensfreiheit nicht im Widerspruch zueinander. Seiner Ansicht nach ist vielmehr entscheidend, wodurch die Handlungen in ihren Vorerfahrungen bestimmt werden: Werden diese durch die Person selbst bestimmt – nicht unter Zwang –, dann sind sie frei.

Empfinden der Realität

Unsere Handlungen werden also im Rekurs auf unsere Erfahrungen bestimmt – und diese sind auch davon abhängig, wie wir die Welt wahrnehmen. Es ist nämlich schier unmöglich, die Welt so zu sehen, wie sie tatsächlich ist. Denn schon rein anatomisch haben wir ein eingeschränktes Wahrnehmungspotenzial. So ist beispielsweise für das menschliche Auge nur der Wellenlängenbereich des Lichts von ca. 380 Nanometer (Violett) bis 780 Nanometer (Rot) sichtbar. Außerdem selektiert unser Gehirn. Dies ist

etwa dann wichtig, wenn an einer Sache konzentriert gearbeitet werden muss und überflüssige Umweltgeräusche beinahe komplett ausgeblendet werden können. Oder es konstruiert bei unzureichenden Informationen aufgrund der Vorerfahrungen weitere hinzu, damit wir nicht immer auf alle Details angewiesen sind und uns trotzdem ein Bild machen können. Hinzu kommt, dass gleichzeitig ein Abgleich mit den bisherigen Erfahrungen erfolgt – natürlich auch mit den dazugehörigen emotionalen Bewertungen. So kommt es, dass jeder Mensch durch seine „persönliche Brille“ sieht und urteilt.

„Alles ist möglich“

In Bezug auf die Wahrnehmung unserer Welt kommt noch ein erschwerender Faktor hinzu: Wir leben in einer Gesellschaft, in der ein „Alles ist möglich“-Bewusstsein herrscht. In der Regel ist dem aber nicht so, da die unterschiedlichsten Faktoren auf unsere Möglichkeiten einwirken. Unsere Erkenntnisquellen sind davon nicht ausgenommen.

So wird in unserer Informationsgesellschaft, in der ein unüberschaubares Datenmaterial potenziell vorhanden ist, dieses auf ein erfassbares Maß dezimiert. Dies erledigen unter anderem die Medien. Selbstverständlich gibt es auch hier Selektionskriterien, mit denen die Medien arbeiten. Dazu kommt die Beeinflussung durch Werbung und andere Umweltfaktoren. Dies ist zweifellos frei meist fremdgesteuert und folgt häufig nicht dem Anspruch auf möglichst objektive Information, sondern anderen Direktiven. Man denke nur an das Bild

der fröhlich muhenden Kuh auf der Weide im TV-Spot und an die damit heraufbeschworene Illusion, Milch einer von Heidi höchstpersönlich gemolkenen Kuh kaufen zu können.

Reflexion kann helfen

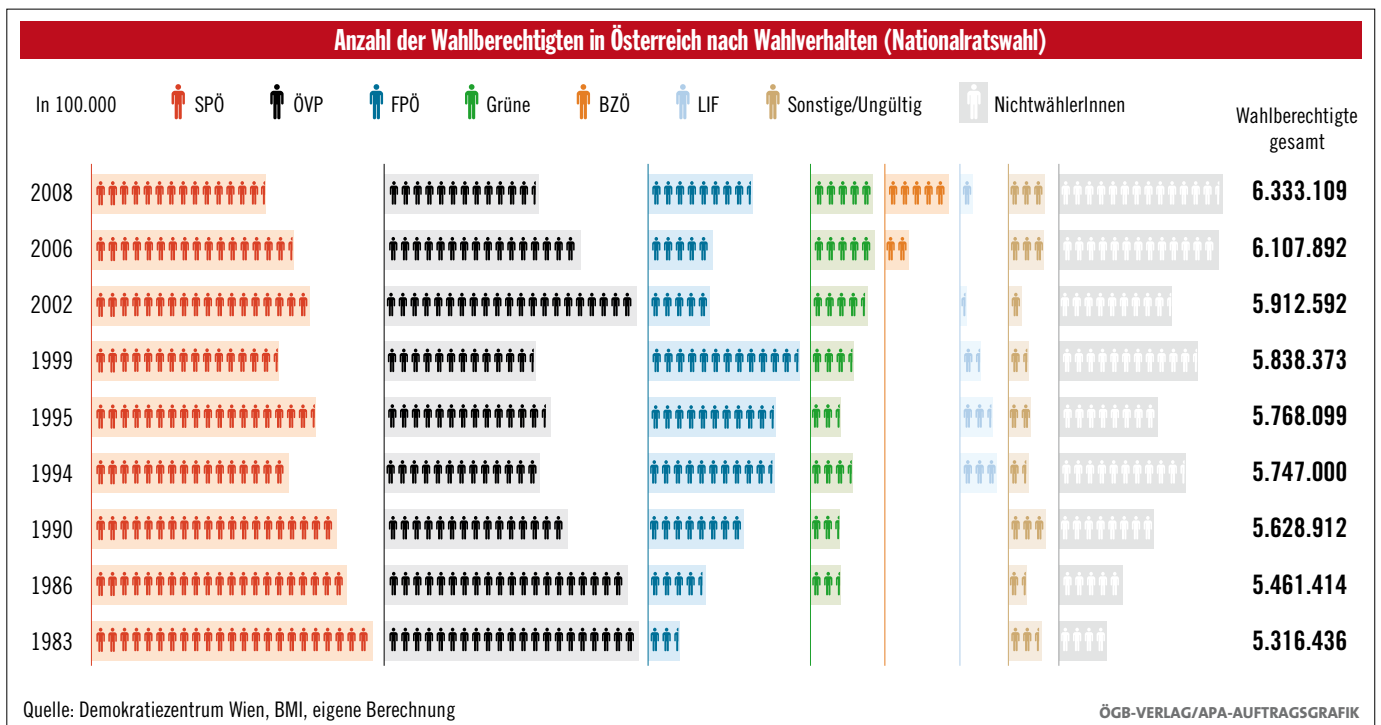
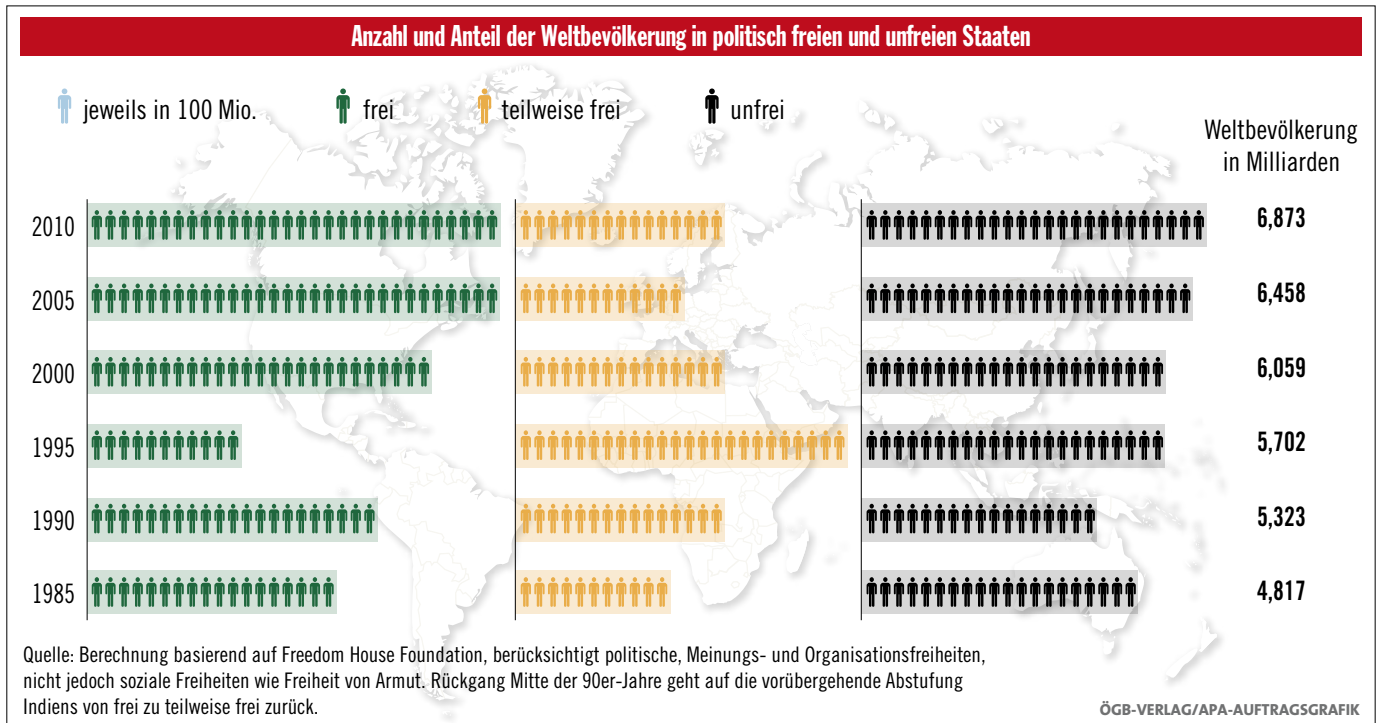
All das spielt natürlich auch in der politischen Meinungsbildung eine Rolle. Mit dem Bonus des Selfmade-Millionärs und einigen hübsch klingenden und einleuchtenden Schlagworten wie „Wahrheit“, „Transparenz“ und „Fairness“ können im Gehirn so einige positive Assoziationen geweckt werden. Auch wenn es grundsätzlich an Stimmigkeit fehlt. So lautet bekanntlich die goldene Regel des Neopolitikers: „Wer das Gold hat, macht die Regeln“. Diese Aussage kann wohl kaum mit der Inszenierung als „Mann des Volkes“ vereinbart werden. Wenn man den erstaunlich guten Umfragewerten Glauben schenken darf, kann dem Gehirn offensichtlich leicht ein Schnippen geschlagen werden.

Da wir auch sind, was wir waren – philosophisch gesprochen –, kann es nicht schaden, sich die Grundlagen unserer Entscheidungen bewusst zu machen. Scharfes Nachdenken, Reflektieren und intensiver Meinungs austausch sind sicherlich gute Hilfsmittel, um den eigenen „freien Willen“ zu stärken.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
elke.radhuber@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

Freie Wahlen sind auf diesem Erdball noch längst nicht überall selbstverständlich und dort, wo es sie gibt, verzichten leider zu viele auf dieses demokratische Recht.



	EinwohnerInnen 2009	Wahlberechtigte 2009	Wahlbeteiligung	Abgeordnete aktuell	So viele EinwohnerInnen kommen auf einen Abgeordneten/ eine Abgeordnete	So viele Wahlberechtigte vertritt er/sie damit	So viele WählerInnenstimmen braucht er/sie im Schnitt	
Land	In Tausend				In Tausend			Land (Original-Bezeichnung)
Belgien	10.753	7.754	90 %	22	489	352	299	Belgique
Bulgarien	7.607	6.685	39 %	18	423	371	143	Bulgaria
Tschechische Republik	10.468	8.401	28 %	22	476	382	107	Česká republika
Dänemark	5.511	4.057	60 %	13	424	312	180	Danmark
Deutschland	82.002	62.223	43 %	99	828	629	266	Deutschland
Estland	1.340	909	44 %	6	223	152	66	Eesti
Irland	4.450	3.258	58 %	12	371	272	152	Éire
Griechenland	11.260	9.996	53 %	22	512	454	233	Elláda
Spanien	45.828	35.493	45 %	54	849	657	289	España
Frankreich	64.350	44.283	41 %	74	870	598	233	France
Italien	60.045	50.342	65 %	73	823	690	420	Italia
Zypern	797	526	59 %	6	133	88	51	Kýpros
Lettland	2.261	1.486	54 %	9	251	165	86	Latvija
Litauen	3.350	2.692	21 %	12	279	224	46	Lietuva
Luxemburg	494	241	91 %	6	82	40	33	Luxembourg
Ungarn	10.031	8.046	36 %	22	456	366	132	Magyarország
Malta	414	322	79 %	6	69	54	41	Malta
Niederlande	16.486	12.445	37 %	26	634	479	175	Nederland
Österreich	8.355	6.363	46 %	19	440	335	151	Österreich
Polen	38.136	30.565	25 %	51	748	599	144	Polska
Portugal	10.627	9.705	37 %	22	483	441	152	Portugal
Rumänien	21.499	18.197	28 %	33	651	551	147	România
Slovenien	2.032	1.700	28 %	8	254	212	58	Slovenija
Slovakische Republik	5.412	4.346	20 %	13	416	334	64	Slovensko
Finnland	5.326	4.132	40 %	13	410	318	128	Suomi
Schweden	9.256	7.088	46 %	20	463	354	158	Sverige
Vereinigtes Königreich	61.595	45.316	34 %	73	844	621	207	United Kingdom
EU 27	499.687	386.572	43 %	754	663	184	84	EU 27

Die Zahlen der Abgeordneten beziehen sich auf die aktuelle Aufteilung nach dem Vertrag von Lissabon, die Zahlen der EinwohnerInnen, WählerInnen und Wahlbeteiligung beziehen sich auf die letzte Wahl 2009. Die Daten stammen einerseits von der Internetseite des EU-Parlaments, andererseits von der Europäischen Wahldatenbank.

Some of the data used here are based on material from the „European Election Database“. The data are collected from original sources, prepared and made available by the Norwegian Social Science Data Services (NSD). NSD are not responsible for the analyses/interpretation of the data presented here.

Bad Ischler Dialog 2012: „Zukunft Europa“

Österreichische Sozialpartner fordern Kurswechsel in der europäischen Politik.

Autor: Valentin Wedl

AK Wien, Abteilungsleiter EU und Internationales

Der Bad Ischler Dialog 2012 stand im Zeichen der europäischen Integration und ihrer gegenwärtigen Krise. Vom 15. bis 16. Oktober diskutierten hochkarätige VertreterInnen der österreichischen und europäischen Politik, der Sozialpartnerverbände, der Wissenschaft und der Medien über die großen Herausforderungen Europas und darüber, wie sie zu bewältigen sind. Vor diesem Hintergrund präsentierten die österreichischen Sozialpartner ein umfassendes Positionspapier. Darin halten sie ungebrochen an der europäischen Integration als Leitidee für Österreich fest, erachten jedoch einen grundlegenden Kurswechsel der europäischen Politik in vielen Punkten für dringend geboten.

Enorme Herausforderungen

Die EU ist seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise mit enormen Herausforderungen konfrontiert: Rekordarbeitslosigkeit und erneuter Wachstumseinbruch, wachstumsfreundlicher Abbau der Staatsschulden und Stabilisierung der Eurozone, generelle Bedrohung des Europäischen Sozialmodells und Bekämpfung der Armut, Sicherung des sozialen Zusammenhalts und gerechte Einkommensverteilung, demokratische Legitimation und Transparenz der europäischen Entscheidungen sowie das allgemein schwindende Vertrauen der Menschen in die EU-Lösungskompetenz. In Reaktion darauf präsentierten die Sozialpartner eine Reihe von

Lösungsvorschlägen, mit denen Europa wieder in eine Vorwärtsbewegung gelangen kann. Einigkeit besteht darin, dass die Entschärfung der gegenwärtigen Krise eine Übertragung bislang nationaler Befugnisse auf die europäische Ebene erfordern wird. Die allmählich in die Gänge kommende Debatte zur Reform der Europäischen Verträge sollte nicht nur die Mängel der einseitigen Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion beheben, sondern – etwa durch konsequente Aufwertung des Europäischen Parlaments – auch die demokratische Legitimität der EU stärken. Ein weiterer wichtiger Punkt wird in der (Wieder-)Herstellung des rechten Gleichgewichts zwischen Markt- und kollektiven ArbeitnehmerInnenrechten liegen. Dieses Gleichgewicht ist zuletzt durch einige Urteile des EuGH zuungunsten der ArbeitnehmerInnen verschoben worden.

Vehement weisen die Sozialpartner indessen alle Untergangsszenarien zurück, mit denen ein – zumindest teilweiser – Zerfall der Eurozone herbeigeseht wird. Der Euro hat als gemeinsame Währung eindeutigen Nutzen für Österreich gebracht. Ähnlich wie das WIFO gelangen auch die Sozialpartner zum Schluss, dass ein Zerfall der Eurozone letztlich mit äußerst negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung verbunden wäre. Schon allein aus österreichischem Eigeninteresse muss Vorstößen in Richtung einer geldpolitischen Renationalisierung oder eines Hinausdrängens einzelner Länder aus der Eurozone entschlossen entgegengewirkt werden. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone (z. B. Teilung in einen „Nord-“ und einen „Südeuro“

oder Rückkehr zum „Schilling“) hätte massive wirtschaftliche und soziale Nachteile für Österreich als exportorientiertes Land.

Unbeschadet dessen erachten die österreichischen Sozialpartner eine intensive Debatte über die systemischen Defizite der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion als vordringliches Ziel. So sind wirksame Mechanismen zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte sowie zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte für eine stabile Entwicklung der Eurozone ebenso unerlässlich wie ein entschiedenes Auftreten aller europäischen Institutionen – einschließlich der EZB –, um den Zusammenhalt der Eurozone nachhaltig zu sichern.

Elemente eines Kurswechsels

Die Positionierung der Sozialpartner kann in weiteren zentralen Punkten als wegweisend für die anstehende Debatte zur Ausrichtung Europas dienen. Sie macht deutlich, wie sehr sich die EU-Politik in einigen Fragen in den vergangenen Jahren auf den falschen Weg einer primär neoliberalen Wirtschaftsentwicklung begeben hat.

Im Hinblick auf die Finanzmarktregulierung bekennen sich die Sozialpartner zum Leitprinzip, wonach die Finanzmärkte der Realwirtschaft dienen müssen und nicht als Konkurrenz zu dieser aufzutreten hätten. Erforderlich sind u. a. Maßnahmen zur Reduktion spekulativer Transaktionen und einmal mehr die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wichtig ist auch, die Abhängigkeit von Urteilen der Ratingagenturen generell zu



Ein Auseinanderbrechen der Eurozone (z. B. Teilung in einen „Nord-“ und einen „Südeuro“ oder Rückkehr zum „Schilling“) hätte massive wirtschaftliche und soziale Nachteile für Österreich als exportorientiertes Land.

reduzieren. Ferner gilt es, eine neuerliche Belastung aller SteuerzahlerInnen durch einen unsoliden Bankensektor zu vermeiden.

Sozialen Ausgleich verbessern

Klar ist zudem, dass die EU – anstatt durch gleichzeitiges Sparen in allen Mitgliedsstaaten eine ruinöse Abwärtsspirale zu bewirken – aus der Krise herauswachsen muss. Dazu muss auch der soziale Ausgleich verbessert und die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage behoben werden. Damit wird ein weiterer zentraler Punkt in der europäischen Politik angesprochen, der im Zusammenhang mit der einseitigen Orientierung der europäischen Politik am Prinzip der globalen Wettbewerbsfähigkeit oftmals übersehen wird: Nach wie vor kommen mehr als 80 Prozent der Gesamtnachfrage in der EU aus den EU-Mitgliedsstaaten selbst!

Die EU ist mithin aufgerufen, das Potenzial eines Binnenmarktes von 500 Mio. zu erschließen. Der Schlüssel dazu liegt weniger in einer abermaligen Fixierung auf angebotsseitige, in erster Linie unternehmensorientierte Maßnahmen, sondern – namentlich in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen – in der Stärkung der Binnennachfrage. Das erfordert nicht zuletzt eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik.

In engem Zusammenhang damit steht das Anliegen der Sozialpartner, die Stärken des Europäischen Sozialmodells entsprechend als Produktivkraft zu nutzen. Ein Erfolgsrezept der nordischen Länder und auch Österreichs liegt darin, dass wirtschaftlicher Erfolg und interna-

tionale Wettbewerbsfähigkeit einerseits und sozialer Ausgleich andererseits nicht als Gegensätze gesehen werden, sondern großteils so ausgestaltet sind, dass sie einander unterstützen.

Die österreichischen Sozialpartner sprechen sich konsequent neben Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung älterer Personen und zur Gleichstellung von Frauen und Männern insbesondere für eine rigorose Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aus. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in manchen Ländern (Spanien und Griechenland) bereits mehr als 50 Prozent. Es droht eine verlorene Generation. Jedem/Jeder Jugendlichen muss deshalb wie in Österreich die Möglichkeit gegeben werden, eine Erstausbildung abzuschließen und damit die Grundlage für einen dauerhaften Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Keine/Kein Jugendliche/r soll am Ende der Schulpflicht ohne individuelle Perspektive für den weiteren Bildungsweg oder gar außerhalb des Systems Arbeitsmarkt, Ausbildung oder Schule stehen. Gerade das System der dualen Berufsausbildung erweist sich als attraktives Ausbildungsmodell sowohl für Jugendliche als auch für Betriebe und als Best-Practice-Modell für die gesamte EU.

Standortoptimierung

Weitere vorgeschlagene Maßnahmen der Sozialpartner betreffen die Optimierung des Wirtschaftsstandorts im Sinne von Wachstum und Beschäftigung, eine stärker auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruhende Weiterentwicklung des Binnenmarktes sowie der Außenhandelspoli-

tik Europas, die Schaffung wachstums- und beschäftigungsfreundlicher Steuersysteme einschließlich der Harmonisierung der Körperschaftssteuer und der stärkeren Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steueroasen sowie eine zukunftsorientierten Ausgestaltung des EU-Haushaltes. Das Papier enthält aber auch einige Vorschläge, die zu einer Stärkung von Transparenz, Demokratie und europaweiter Partizipation beitragen würden. Die Sozialpartner erklären sich schließlich bereit und willens, entschlossen für jenes Europa einzutreten, das ihrem Leitbild gerecht werden soll: ein Europa für die Menschen.

Für eine Umkehr

Resümierend sprechen sich die österreichischen Sozialpartner – jedenfalls implizit – für eine Abkehr von den marktideologischen Irrwegen aus, denen die europäische Integration in den vergangenen rund 15 Jahren zunehmend verfallen ist. Ihre Steilvorlage zur Zukunft Europas ist damit Auftrag an eine mutige Politik, die richtigen Schlüsse aus dem Scheitern des Neoliberalismus zu ziehen.

Internet:

Das Positionspapier ist im Volltext unter:
www.sozialpartner.at
beziehbar.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
valentin.wedl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Adler, Viktor: österreichischer Politiker (1852–1918), ursprünglich als Armenarzt tätig, vereinte er 1889 die unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung durch die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Sein Bestreben war, die Radikalen einzubinden, um Revolten und blutige Auseinandersetzungen auf dem Weg von der Monarchie zur Demokratie zu verhindern. Wenige Wochen vor seinem Tod wurde der bereits schwer herzkranken Adler Außenminister und trat für den Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich ein. (Seite 26)

Alert, engl., sprich elört: Einsatz(bereitschaft), Alarm (Seite 24)

Böhm, Johann: österreichischer Gewerkschaftsfunktionär und SP-Politiker (1886–1959), 1927–30 Gemeinderat, danach bis 1934 Nationalrat. Böhm war 1945 einer der Gründer des überparteilichen ÖGB, dessen Präsident er bis 1959 war. Außerdem war er einer der Hauptinitiatoren der Sozialpartnerschaft. (Seite 14)

British National Party: rechtsextreme Partei in Großbritannien, gegründet 1982 durch Abspaltung von der National Front. Schwerpunkt ihres Parteiprogramms ist die Forderung nach Rückführung aller nicht-weißen Immigranten in ihre Heimatländer. (Seite 34)

Crouch, Colin: britischer Politikwissenschaftler und Soziologe, geb. 1944. Er wurde international bekannt mit seinem Werk „Postdemokratie“, in dem er unter anderem Wahlen mehr als von Wirtschaftsbossen mit Unterstützung von PR-Experten veranstaltete Shows denn als echte Willenskundgebung der Bevölkerungsmehrheit bezeichnete. (Seite 19)

Euripides: antiker griechischer Dichter (485–406 v. Chr.). Er integrierte in seine Tragödien die Ideen der damaligen griechischen Aufklärung; Werke: Medea, Andromache, Elektra, Iphigenie in Aulis etc. (Seite 18)

Fiske, John: britischer Medien- und Kulturwissenschaftler, geb. 1939, der sich besonders mit den Bereichen Fernsehen und Populärkultur beschäftigte. (Seite 18)

Frankfurter Schule: Bezeichnung für eine Gruppe von Wissenschaftlern, die an die Theorien von Freud, Hegel und Marx anknüpfte und deren Zentrum das 1924 eröffnete Institut für Sozialforschung (IFS) an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main war. Berühmte Mitglieder waren u. a. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Leo Löwenthal. Später war die Frankfurter Schule für die 68er-Bewegung von großer Bedeutung. (Seite 18)

Hanson, Pauline: australische Unternehmerin und (Ex-)Politikerin, geb. 1954, war 1997 Mitbegründerin der rechtspopulistischen und rassistischen One Nation Party. 1998 gewann die Partei auf Anhieb mehr als 22 Prozent der Stimmen in Queensland.

Nach dieser Legislaturperiode kandidierte Hanson mehrmals, wurde aber nicht wiedergewählt. 2011, nach der letzten erfolglosen Kandidatur, zog sie sich aus der Politik zurück. (Seite 35)

Ingelen: 1907 von Ing. Ludwig Neumann in Wien gegründetes Unternehmen, 1921 Gründung der Ersten Österr. Porzellanfabrik in Frauenthal (Steiermark), ab 1924 Erzeugung von Radiobestandteilen und Detektoren, ab 1956 einer der bedeutendsten Portablehersteller in Österreich. 1966 wurde Ingelen vom ITT-Konzern übernommen, der eine Zeit lang einen Teil der Produktpalette noch unter altem Namen in Österreich produzierte. (Seite 14)

Kienzl, Heinz: österreichischer Gewerkschafter und Bankmanager, geb. 1922. Nach seinem Welthandelsstudium war er mehr als 20 Jahre lang für den ÖGB tätig, danach Generaldirektor und von 1988 bis 1993 Erster Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank. Bekannt wurde Kienzl vor allem durch sein Engagement für Zwentendorf und die friedliche Nutzung der Kernkraft. (Seite 14)

Manchester-Kapitalismus: (abwertende) Bezeichnung für die Zeit der industriellen Revolution in England ab Mitte des 18. Jahrhunderts, die durch Ausbeutung der ArbeiterInnen gekennzeichnet war. (Seite 19)

Olah, Franz: österreichischer Politiker (1910–2009), während des NS-Regimes von 1938–45 in verschiedenen KZs interniert; 1950 verstärkte er – um gegen etwaige kommunistische Bedrohungen gerüstet zu sein – mit Unterstützung des CIA die bereits 1947 gegründete, geheime paramilitärische Organisation „Österreichischer Wander-, Sport- und Geselligkeitsverein“. Sie wurde Anfang der 1960er-Jahre aufgelöst. 1959–63 war Olah ÖGB-Präsident; 1959 gab er der Kronen Zeitung mit Gewerkschaftsgeldern geheime finanzielle Starthilfe, um ein SP-freundliches Massenblatt zu ermöglichen. Später verwendete er Gewerkschaftsgelder zur Unterstützung der FPÖ unter Friedrich Peter. 1963 war Olah nur sieben Monate lang Innenminister. Nach dem Ausschluss aus der SPÖ gründete Olah 1965 die rechtspopulistische Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). 1969 wurde er wegen Veruntreuung zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. (Seite 14)

Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen: 1957 ursprünglich als zeitlich begrenztes, informelles System der freiwilligen Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und Regierung eingesetzt, war die Paritätische Kommission lange Zeit ein zentrales Instrument der Sozialpartnerschaft. Durch Marktöffnungen und den EU-Beitritt hat sie an Bedeutung verloren, vor allem im Bereich der Preise wurde seit 1994 keine Regelung mehr getroffen. (Seite 14)

Raab, Julius: österreichischer Politiker (1891–1964), 1945 Mitbegründer der ÖVP, als Bundeskanzler (1953–61) der großen Koalition erreichte

er u. a. die sowjetische Zustimmung zum Staatsvertrag. (Seite 14)

Ryan, Paul: US-Politiker, geb. 1970, seit 1999 republikanischer Kongressabgeordneter, gilt als einer der einflussreichsten Finanz- und Wirtschaftspolitiker in seiner Partei; Vizepräsidentenskandidat von Mitt Romney. (Seite 35)

Soziokratie: Organisationsform, durch die Organisationen verschiedenster Größe – von der Familie bis zum Staat – konsequent Selbstbestimmung umsetzen können. Der Begriff entstand schon im 19. Jahrhundert, die ursprüngliche Idee wurde Mitte des 20. Jahrhunderts von dem niederländischen Reformpädagogen Kees Boeke aktualisiert und weiterentwickelt. Ziel ist der sogenannte Konsent, bei dem Entscheidungen erst dann möglich sind, wenn niemand mehr einen begründeten/ernsthaften Einwand dagegen hat. In größeren Gruppen ist diese Art der Entscheidungsfindung nur mit Delegierten möglich. (Seite 31)

Stream: Datenstrom, kontinuierliche Übertragung von Daten (Seite 24)

Tea Party: Die Tea-Party-Bewegung ist eine US-amerikanische populistische Protestbewegung mit rechtslibertären Zügen. Ihre Anhänger setzen sich aus Mitgliedern der Christian Right, Neokonservativen und Libertären zusammen. Die Bewegung hat 2009 als Reaktion auf Bankenrettungsversuche und Konjunkturpakete in Zusammenhang mit der Finanzkrise damit begonnen, ihre AnhängerInnen gegen die Steuerpolitik und andere Maßnahmen der Bundesregierung in Washington zu mobilisieren. Der Name der Bewegung bezieht sich auf die Boston Tea Party von 1773, wo symbolisch als Indianer verkleidete Bostoner als Akt des Widerstandes gegen die britische Kolonialpolitik Teelieferungen der britischen East India Company ins Meer warfen. (Seite 35)

Theben: altägyptische Stadt in Oberägypten, die sich um 2000 vor Christus zur Hauptstadt entwickelte. Noch vor Christi Geburt wurde die Stadt zerstört. Theben mit seinen Ausgrabungen und Tempelanlagen steht heute auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes. (Seite 18)

United Kingdom Independence Party (UKIP): 1993 gegründete, rechtspopulistische britische Partei, deren Hauptziel der EU-Austritt ist. Im Herbst 2010 gründeten Mitglieder der UKIP gemeinsam mit der FPÖ und weiteren Parteien aus sechs Ländern die Europäische Allianz für Freiheit (EAF). Die EAF wurde im Februar 2011 vom Europaparlament als Politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt. (Seite 34)

Voronin, Vladimir: moldauischer Politiker, geb. 1941, 1991 Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Republik Moldau (PCRM), 2001–2009 Staatspräsident. (Seite 38)

Verlag des Österreichischen
 Gewerkschaftsbundes GmbH
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien
 Telefon: +43 1 405 49 98-132
 Fax: +43 1 405 49 98-136
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

garantiert gut informiert

ANTON BENYA

Der Vertrauensmann



Zeitgeschichte

Nani Kauer (Hg.)

2012 || 156 Seiten || EUR 24,90

ISBN: 978-3-7035-1567-5

Anton Benya, der am 8. Oktober 2012 100 Jahre alt geworden wäre, war ein großer Mitgestalter der österreichischen Politik; wichtige Teile der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik tragen seine Handschrift: das Modell der österreichischen Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft, die Sozialgesetzgebung, das Arbeitsrecht. Er war mitverantwortlich für jenen „österreichischen Weg“, der unserem Staat weltweiten Respekt und Anerkennung eingetragen hat. Benya war 24 Jahre Präsident des ÖGB und 15 Jahre Präsident des Nationalrats. Und er war und ist eine der wichtigsten Symbolfiguren der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

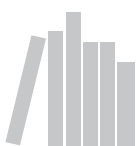
Nani Kauer, MA, Leiterin des Referats für Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

DER SOZIALSTAAT IST GUT FÜR ALLE.

Er sorgt dafür, dass das tägliche Leben funktioniert:
Bei der Bildung, im öffentlichen Verkehr, bei Müllentsorgung
und sauberem Wasser, bei Krankheit, in der Pension –
und zwar für Arme und für Reiche.

Der Sozialstaat hat uns gut durch die Krise gebracht.
Wir müssen ihn ausbauen, umbauen und für die Zukunft
sicher machen.



ÖGB www.oegb.at
www.facebook.at/oegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW